

Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie

7. Jg. Nr. 1
Juli 1992



Herausgegeben im Auftrag der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für
Soziologie von Wendelin Strubelt, Bonn

Die Dokumentation der Tagung der Sektion im Mai dieses Jahres in Göttingen steht im Mittelpunkt dieses Heftes. An dieser Sektionssitzung nahmen leider nur sehr wenige Kolleginnen und Kollegen aus den fünf neuen Ländern der Bundesrepublik teil. Dies signalisiert einerseits Kommunikationsschwierigkeiten, aber andererseits auch den Umbruch, der insbesondere im Bereich von Forschung und Lehre an den Universitäten der fünf neuen Länder noch nicht abgeschlossen, noch nicht bewältigt ist. Es wäre zu wünschen, daß der Soziologentag im Herbst in Düsseldorf eine weitere und neue Möglichkeit gibt, hier Brücken zu schlagen.

Bessere Nachrichten gibt es im Hinblick auf die Etablierung von neuen Forschungsinstituten in den fünf neuen Ländern. Das Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden hat inzwischen seine Arbeit voll aufgenommen. In seinem Arbeitsprogramm stehen sehr viele Fragestellungen, die auch die Arbeit der Sektion direkt betreffen. Dies gilt gleichermaßen für das neue Institut in Berlin/Brandenburg, das als Institut für Strukturplanung und Regionalentwicklung seine Arbeit aufgenommen hat und zwar unter der Leitung unseres Kollegen Dieter Keim. Last not least hat das Institut für Länderkunde in Leipzig seine Arbeit als geographisch orientiertes Institut aufgenommen, das mit seinen Fragestellungen aber auch wichtige Hintergründe für unsere Arbeiten liefern kann. Aus all dem schließe ich, daß die Sektion in Zukunft in einem sehr viel stärkeren Maße auch ein Forum sein wird, in dem Kollegen aus den fünf neuen Ländern vertreten sein werden. Es wäre zu wünschen, daß die Frühjahrstagung der Sektion im Jahre 1993 hier ein gutes Beispiel bietet.

Dankbar bin ich für viele wichtige Anregungen zur Ausgestaltung unseres "Blättchens" und für die vielen Beiträge, die gekommen sind. Ich schließe daraus, daß das "Blättchen" sich als ein wichtiges Informationsinstrument für unsere Sektion entwickelt hat und wünsche mir, daß die Abonnentenzahl noch steigt. Die Resonanz bestärkt mich auch darin, daß die Arbeit, die in diesem Herausgeben steckt, nicht nur eine Pflicht ist, sondern auch eine wichtige Funktion erfüllt.

Die nächste Ausgabe des "Blättchens" soll nach dem Soziologentag erscheinen. Soweit als möglich sollen auch Beiträge, die innerhalb der Sektion dort vorgetragen werden, wieder dokumentiert werden.

Der Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist deshalb der 31. Oktober 1992.

Auf viele Beiträge freut sich

Wendelin Strubelt

Bonn, im Juli 1992

Schicken Sie Ihre Beiträge bitte an meine Adresse:

Wendelin Strubelt
c/o Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
Postfach 20 01 30
5300 Bonn 2

Die Abbildung auf der Vorderseite gibt den von Martin Weinberg gestalteten Schutzumschlag der von Robert Seitz und Heinz Zucker herausgegebenen Anthologie "Um uns die Stadt" wieder. Sie erschien 1931 im Berliner Sieben-Stäbe Verlag.

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
I. <u>Berichte und Ankündigungen aus der Sektion</u>	
- Die nächsten Termine	3
- Protokoll zum Treffen der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in Göttingen am 8. und 9. Mai 1992	4
- Protokoll der Mitgliederversammlung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie am 9. Mai 1992 in Göttingen	5
- Bericht vom Sektions-Frauen-Treffen, das vom 27. bis 29. März 1992 in Aachen stattfand	7
- Adressen und (teilweise aktuelle) Arbeitsschwerpunkte der derzeit am AK teilnehmenden Sektionsfrauen	8
- Dokumentation der Frühjahrstagung der Sektion am 8./9.5.92	
-- Programm der Tagung	9
-- Manfred Kühn: Region und regionale Identität zwischen Fremd- und Selbstbildern	10
-- Richard Pieper: Zur Theorie regionaler Identität	16
-- Rainer Stierand: Regionalismus als soziologisches Forschungsfeld	23
-- Ulla Terlinden: Gesellschaftliche Modernisierung durch Stadterneuerung?	35
-- Christine Hannemann: Behutsame Stadterneuerung in Berlin - Überlegungen zum Ende eines Modells	43
-- Ingrid Breckner: Armut durch Wohnungspolitik	54
II. <u>Berichte / Informationen / Hinweise</u>	
- Klaus M. Schmals: Die Utopie ist tot - Es lebe die Utopie	62
- Veranstaltungshinweis	75
III. <u>Forschungsprojekte</u>	
- Universität Hannover: Neue Lebensstile in der Arbeiterschaft? Zum Zusammenhang von Arbeit und Freizeit in der Stadt.	76
- Universität Dortmund: Private Kulturförderung und Stadtentwicklung in Dortmund	77
IV. <u>Lehrveranstaltungen</u>	
Universität Dortmund	78
V. <u>Literatur-Hinweise</u>	
- Diverse Literaturhinweise	79
- Auszug aus den "Schnellinformationen" der BfLR über neu erworbene Literatur für die Bibliothek	85

I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion

Die nächsten Termine



1. Veranstaltungen der Sektion auf dem Kongreß für Soziologie in Düsseldorf

a. Dienstag, d. 29.9.92, 14.00-17.30

Sektionsveranstaltung und Mitgliederversammlung

Thema: "Ost- und westdeutsche Stadt- und Regionalentwicklung im Vergleich" mit Beiträgen von Hater/Kabisch, Weiske, Böthen/Schwandt/Strubelt, Henckel, Gornig

b. Donnerstag, d. 1.10.92, 9.00-12.30

Plenum

Thema: "Regionale Ungleichheiten in europäischen Ländern" mit Beiträgen von Mignone (Mailand), Dunford (Sussex), Veltz (Paris), Läßle (Hamburg)

c. Freitag, d. 2.10.92, 14.00-17.30

Sektionsveranstaltung

Thema: "Regionalismus und regionale Identität" mit Beiträgen von Pieper, Pohl, Stierand, Brauerhoch, Ipsen

2. Die Arbeitsgruppe der Frauen in der Sektion trifft sich nicht wie erst vorgesehen am 18./19. Juni, sondern am 30./31.10.92 zum Thema "Modernisierung und Frauen in städtischen Lebensverhältnissen" in Hannover. Organisation: Barbara Lettko (Hannover)

3. Die Frühjahrstagung der Sektion 1993 findet vom 22.-24.4.93 in einer Tagungsstätte in der Nähe von Bonn statt.

Thema: "Der Raumbegriff in den Sozialwissenschaften".
Organisation: Dieter Läßle (Hamburg) und Richard Pieper (München). Wer hierzu einen Beitrag leisten möchte, möge sich bitte bald an die Organisation wenden.

Marianne Rodenstein

Protokoll zum Treffen der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in Göttingen am
8. und 9. Mai 1992

Das Thema der Nachmittagssitzung am 8. Mai war:
Regionalismus in Europa.

Ipsen, Kühn und Fuchs stellten ihr laufendes Forschungsprojekt "Raumbilder" vor. Den Vortrag mit dem Titel "Regionalität zwischen Selbst- und Fremdbildern" hielt Kühn. Die Diskussion berührte vor allem das Problem der Schichtungen und Grenzen von Regionen und erörterte regionale Identität als Bewußtseinsinhalt von regionalen Gemeinschaften sowie deren soziale Qualitäten, Handlungsabsichten und -möglichkeiten. Mit der "Theorie der regionalen Identität" befaßte sich Pieper in seinem Referat. In der Diskussion spielten u.a. Wert und Sinn der Konstituierung eines Idealtyps Region eine Rolle, tauchte die Frage nach den sozialen Trägern eines solchermaßen theoretisch gefaßten Regionalbewußtseins auf. Region wurde dargestellt als nicht formalisierte Ebene der Regulation - Region als Regulationsraum.

Den letzten Vortrag des Tages hielt Stierand mit dem Titel "Regionalismus in Osteuropa". Diskutiert wurden die politischen und ökonomischen Aspekte von Regionalismus im Zusammenhang mit dem Modernisierungs-Modell.

Am 9. Mai wurden

Probleme und soziale Folgen der Stadtsanierung besprochen.

Terlinden sprach zum Thema: Gesellschaftliche Modernisierung durch Stadterneuerung? Thesen und empirische Befunde. Die Debatte danach drehte sich um das Verhältnis zwischen den sozialen Zielen der Sanierung und den politischen Instrumentarien, sie zu erreichen während der zwei Abschnitte der Sanierung. Die Diskrepanz zwischen Ziel und Mittel wurde durch kommunalpolitische Erfahrungen mit der Sanierung bestätigt.

Hannemann gab einen Bericht über: Aktuelle Probleme der Stadterneuerung in Berlin und schloß damit eng an Terlinden an. Sie meinte vor allem, daß mit den Sanierungsaufgaben in Ostberlin die 2. Phase der Stadtsanierung, die der behutsamen Stadterneuerung, zu Ende geht.

Die Diskussion betraf u.a. die Akteure des Stadterneuerungsprozesses, von denen einige vermutlich außerhalb der Optik geblieben sind, und berührte das Kriterium des Milieuschutzes im Sanierungsprozeß. Modernisierung schließt die Sozialstruktur einer Gesellschaft ein, was die Forderung nach Milieuschutz problematisch erscheinen läßt.

Danach sprach Lettko über: Stadterneuerung am Beispiel Hannover Linden-Süd - einige Anmerkungen. Das Verhältnis zwischen Marginalisierung und Initiative zur Selbsthilfe stand danach zur Debatte.

Breckners Beitrag betraf: Armut durch Wohnungsnot. Der Zusammenhang zwischen der Disfunktionalität von Politiken und Wohnungsnot wurde deutlich. Das Projekt "Wohnforum München" wurde in den Absichten und erfolgreichen Ergebnissen vorgestellt, den fatalen Zusammenhang zwischen Wohnungsnot und Armut anzugehen.

Ch. Weiske, K. Rempel

PROTOKOLL DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER SEKTION STADT- UND REGIONALSOZIOLOGIE AM 9. MAI 1992 IN GÖTTINGEN

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

1. Sektionsveranstaltungen auf dem Kongreß für Soziologie in
Düsseldorf im Herbst 1992

Neben dem von H. Häußermann organisierten Plenum am 1.10.92 zum Thema "Regionale Ungleichheiten in europäischen Ländern" werden zwei weitere Sektionsveranstaltungen stattfinden.

Am 29.9.92 von 14.00 bis 17.30 Uhr wird die ost- und westdeutsche Stadt- und Regionalentwicklung vergleichend behandelt werden in Beiträgen von Katrin Hater, Sigrun Kabisch, Hartmut Häußermann und Christine Weiske sowie in einem Kommentar zu Christine Weiskes Ausführungen von Wendelin Strubelt. Desweiteren sollten - wenn möglich - Ergebnisse einer vergleichenden Difu-Studie vorgestellt werden. Anschließend wird ab ca. 17.00 Uhr die Mitgliederversammlung durchgeführt.

Am 02.10.92 von 14.00 bis 17.00 Uhr soll das Thema "Region, Regionalismus, regionale Identität" fortgesetzt werden. Richard Pieper wird sich um die weitere inhaltliche und personelle Konzeption der Veranstaltung kümmern.

2. Sektionsveranstaltung im Frühjahr 1993

Sie wird vom 22. bis 24. April 1993 in einer Tagungsstätte in der Nähe von Bonn stattfinden. Als Hauptthema ist die Diskussion des Raumbegriffs vorgesehen. Die Organisation dieses Themenbereichs liegt in den Händen von Dieter Läßle und Richard Pieper, der mit interessierten Sozialgeographen wegen möglicher Beiträge sprechen wird.

Ein weiterer Themenkomplex zur kritischen Diskussion des Modernisierungsbegriffs bzw. dem, was heute in den fünf neuen Bundesländern unter dem Stichwort "Modernisierungsprozeß" läuft, könnte hier begonnen und auf der Herbsttagung fortgesetzt werden.

In jedem Fall soll wieder Zeit für kurze Berichte aus Forschungsprojekten zur Verfügung stehen.

3. Zur Arbeitsweise der Sektion

- Quelle der Informationen über die Sektionsveranstaltungen ist das von Wendelin Strubelt, Bonn, herausgegebene Nachrichtenblatt der Sektion, wo sich auch die Termine für die Anmelde- und Sektionsveranstaltungen finden. Das "Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie" kann bei Wendelin Strubelt abonniert werden. Darüber hinaus wird einmal im Jahr von der Sprecherin langfristig über Termine und Vorhaben informiert.

- Um mehr Zeit für Diskussionen auf den Sektionstagungen zu gewinnen und eine intensivere inhaltliche Auseinandersetzung mit den jeweiligen Thesen zu ermöglichen, wurde beschlossen, daß ab Frühjahr 1993 nur noch diejenigen Referate auf die Tagesordnung kommen, die

vorher an alle TeilnehmerInnen der Sektionsveranstaltung verschickt worden sind. Dies ist keine Neuregelung, sondern nur die Wiederaufnahme einer bewährten Praxis früherer Sektionsarbeit. Inhaltlich wurde angeregt, daß sich die Sektion langfristig mit dem Thema Sozialökologie beschäftigen sollte (Sigrun Kabisch).

4. Frauengruppe in der Sektion

Gabriele Sturm berichtete über das von Katrin Hater und ihr vorbereitete Treffen der Frauengruppe Ende März 92 in Aachen. Der bisher vorgesehene Termin für ein weiteres separates Treffen der Frauen in der Sektion wurde vom 18./19.6.92 auf den 30./31.10.92 verschoben. Tagungsort sollte Hannover sein. Thema: Modernisierung und Frauen in städtischen Lebensverhältnissen.

5. Aktivitäten der Sektion bezüglich Forschung und Lehre in Ostdeutschland

Marianne Rodenstein berichtete über die Reaktion auf das Schreiben der Sektion, das auf die Erhaltung der Professur für Stadtsoziologie an der Universität Leipzig zielte. Es kam von Prof. Schluchter, dem Gründungsdekan, die Mitteilung, daß Frau Kabisch in den Lehrkörper des Instituts für Soziologie aufgenommen sei. Nachdem Frau Kabisch aber hier gekündigt hat und nur noch unentgeltlich einen Lehrauftrag wahrnimmt, ist die Stadt- und Regionalsoziologie derzeit institutionell nicht mehr an der Universität Leipzig vertreten.

Wendelin Strubelt berichtete, daß die auf der letzten Sektionsitzung in Leipzig gegründete Arbeitsgruppe zur langfristigen Förderung der weiteren universitären Institutionalisierung der Stadt- und Regionalsoziologie keine Aktivitäten entfaltet hat, dafür aber verschiedene Mitglieder der Sektion bezüglich der "Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern" tätig geworden sind. Ergebnis der Diskussion dieser Aktivitäten war, daß sich eine Gruppe aus der Sektion (Herlyn, Neef, Strubelt) darum bemühen sollte, neben dem bereits bestehenden Schwerpunkt Regionalismus einen eigenen Schwerpunkt zum Thema Stadtentwicklung und Wohnen in der Kommission durchzusetzen.

6. Ethik-Kodex

Der von einer Arbeitsgruppe der Deutschen Gesellschaft für Soziologie entwickelte Ethik-Kodex, über dessen Annahme auf der Mitgliederversammlung der DGS auf dem Kongreß für Soziologie in Düsseldorf abgestimmt werden soll, wurde nur kurz und eher zustimmend diskutiert. "Man habe keine Probleme damit", war der Tenor.

7. Verschiedenes

Es wurde über die Absicht von Dieter Keim u.a. berichtet, zusammen mit der Sektion im Frühjahr und Herbst 1993 zwei Tagungen bei der Reimers-Stiftung zum Thema "Urbanisierungsprozesse in Mexiko" zu beantragen. Inzwischen erreichte mich die Mitteilung, daß sich Dieter Keim wegen beruflicher Veränderung zur Zeit nicht im Stande sieht, dieses Projekt weiter zu verfolgen.

Marianne Rodenstein

♀♀ netzwerk Stadt- und Regionalsoziologie

Bericht vom Sektions-Frauen-Treffen, das vom 27.-29. März 1992 in Aachen stattfand

Beim Leipziger Sektionstreffen im Oktober letzten Jahres artikulierten sich im Laufe des Frauen-Abends der Wunsch nach einem Sondertreffen der Sektionsfrauen, das nicht nur auf einen Abend beschränkt sein sollte. Darüber hinaus entstand die Idee, bei einem solchen Treffen den Arbeitsstil eines universitätsähnlichen Seminars mit Vorträgen und Diskussionen aufzugeben zugunsten eines offenen Arbeitens mit Werkstattcharakter.

So machten sich Katrin Hater und Gabriele Sturm an die Vorbereitung. Die frühzeitige Festlegung des Termins hatte die sehr positive Auswirkung, daß in Aachen wunderbare Tagungsräume gefunden werden konnten: Die Teilnehmerinnen wohnten im Gästehaus der RWTH und arbeiteten im "Gartenhaus" des französischen Instituts, beides mehr oder weniger historische Gebäude, deren Ambiente einen angenehmen Rahmen für das Treffen bildeten.

Und inhaltlich wurde ein Experiment gewagt. Ausgangspunkt war die Überlegung, daß die Gruppe der Sektionsfrauen sehr heterogen ist. Nicht nur gehören wir unterschiedlichen universitären Bereichen mit entsprechend verschiedenen Anforderungen an, sondern durch das Zusammenfügen von Ost- und West-Sektionen bringen wir auch differierende Erfahrungen und berufsbezogene Lebensentwürfe mit. Nur ein Kennen und Verstehen dieser verschiedenen Kontexte ermöglicht eine bestmögliche Unterstützung, Aufgabenverteilung und Zusammenarbeit innerhalb unseres professionsgebundenen Frauennetzwerkes. Um diesen Austausch zu erleichtern und praxisrelevant werden zu lassen, wurde für den ganzen Samstag eine professionelle Moderatorin hinzugezogen, die themenzentrierter Supervision die Sitzungen leitete.

Gearbeitet wurde an den Berufsbiographien der Teilnehmerinnen: Reflexion der persönlichen beruflichen Situation mit ihren Mängeln, Bindungen, Chancen, Befriedigungen; wie war/ist der Ausbildungsweg - wie gestaltet sich die berufliche Laufbahn insbesondere bzgl. Brüchen, Wendepunkten und bewußten / unbewußten Entscheidungen; welche Erfahrungen gibt es bzgl. Gleichheit / Differenz bzw. Solidarität - Individualität; welcher Zugang zum Feminismus. Daraus folgernd ging es um Typisierungen bzgl. der unter uns deutlich gewordenen Wissenschaftlerinnen-Biographie. Deren am deutlichsten werdende

♀♀ netzwerk Stadt- und Regionalsoziologie

Aspekte sind sehr vielschichtige, "krumme" Ausbildungs- und Berufswege mit mehrfachen Abschlüssen oder Qualifikationen; hauptsächlich befristete, abhängige Arbeitsverhältnisse mit hoher materieller Unsicherheit trotz großer Zielklarheit und vielseitigen Kompetenzen; relativ große Verquickung von persönlichen, familiären Lebensbedingungen mit beruflichen Entscheidungen.

Für die weitere Arbeit der Sektions-Frauengruppe bedeutet diese Berufsbiographie-Werkstatt nicht nur ein wesentlich besseres Einschätzen der gruppeneigenen Potenzen. Deutlicher geworden sind insbesondere das allgemeine Interesse an Netzwerkpflge, Diskussion und Weiterentwicklung feministischer Theorie sowie stadtsoziologischer Ansätze, Unterstützung bei Berufsfragen und Karriereplanung.

Als eine Folgerung sollen nunmehr regelmäßig hier im Nachrichtenblatt Informationen des Frauennetzwerkes Stadt- und Regionalsoziologie erscheinen. Und das nächste Frauenseminar ist auch schon festgelegt: vom 30. bis 31. Oktober 1992 in Hannover. Dort sollen Arbeiten zum Themenbereich "Modernisierungsprozeß und Rolle von bzw. Auswirkungen auf Frauen" vorgestellt und diskutiert werden. Organisation dieses Treffens hat Barbara Lettko übernommen, bei der sowohl Themen als auch Teilnahme bis zum 4.6.1992 anzumelden sind

Gabriele Sturm

Adressen und (teilweise die aktuellen) Arbeitsschwerpunkte der derzeit am AK teilnehmenden Sektionsfrauen:

Breckner, Ingrid, Viktor-Scheffel-Str. 18, 8000 München 40

*Armut & EG-Sozialpolitik
Wohnungspolitik
Frauen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt*

Dörhöfer, Kerstin, Sybelstr. 29, 1000 Berlin 12

Frenzel, Tina, Hans-Beimler-Str. 31, 1020 Berlin-Ost

Hannemann, Christine, Hallandstr. 34, 1100 Berlin-Ost

Hater, Katrin, Roonstr. 10, 5100 Aachen

*Sozialverträglichkeit und Konfliktperspektiven in der
Braunkohlenplanung*

Hildersperger, Angelika, Wespienstr. 29, 5100 Aachen

Kabisch, Sigrun, Hauptstr. 128, 7101 Rāpitz

Kitzer, Hedwig, Balanstr. 197, 8000 München 90

Lettko, Barbara, Am Schatzkampe 32, 3000 Hannover

Individualisierung, Pluralisierung, neue Lebensstile

Martwich, Barbara, Finkenau 24, 2000 Hamburg 76

Erwerbs-, Ausbildungs- Lebensläufe von Architektinnen

Mussel, Christine, Otto-Bähr-Str. 34, 3500 Kassel

*Entwicklung eines Beteiligungsmodells bei der
Gefährdungsabschätzung von Rüstungsalasten*

Reich, Doris, Wittener Str. 222, 4600 Dortmund 1

Rodenstein, Marianne, Ebersheimerstr. 15, 6000 Frankfurt 1

*Geschlechterverhältnis und Entwicklung von
Agglomerationsräumen
Feminismus und Stadtkrise in den USA*

Schäfer, Uta, Braugasse 12a, 5000 Köln 40

*Veränderungen in Struktur und Funktion privater
sozialer Netze in den neuen Bundesländern am Beispiel
Weimar*

Spiegel, Ingrid, Stockaweg 7, 8221 Bergen

*Evaluation eines regionalspezifischen
Gesundheitsförderungsprogramms (Transfer alte-neue
Bundesländer)
Implementation von Selbsthilfeförderung im ländlichen
Sozial-/Versorgungssystem*

Stein, Ursula, Frankenallee 155, 6000 Frankfurt 1

*public-private partnership - Projektorganisation auch in
öffentlichen Verwaltungen*

Sturm, Gabriele, Sonnenstr. 118, 4600 Dortmund 1

*Erprobung von Forschungsmethoden für die/ in der
Raumplanung
Beteiligung von Frauen am Planungsprozeß*

Terlinden, Ulla, Sybelstr. 29, 1000 Berlin 12

Thömmes, Cornelia, Kleine Str. 5, 3300 Braunschweig

Weirich-Lurk, Rita, Flachsbadweg 24, 6100 Darmstadt

*Gentrifikationsprozesse und Auswirkungen auf Frauen am
Beispiel Frankfurt am Main*

Weiske, Christine, Torweg 12, 5300 Weimar

*Regionale Identität
Entstehung von Wohnungsmarkt und -not im Osten*

Wienecke, Mecki, Jakobstr. 222, 5100 Aachen



Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt am Main

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
Prof. Dr. Marianne Rodenstein
Sprecherin der Sektion Stadt-
und Regionalsoziologie

Wissenschaftliche Betriebseinheit
Produktion/Sozialstruktur

Robert-Mayer-Straße 5
Postfach 11 19 32
D-6000 Frankfurt am Main 11

Telefon (069) 798-1
Durchwahl (069) 798. 3570
2929

Datum 1.4.1992

EINLADUNG

zur Frühjahrstagung der Sektion Stadt- u. Regionalsoziologie

am 8. und 9. Mai 1992 in Göttingen

Tagungsort: MED 27, Goßlerstr. 10 (alte Pathologie)

Beginn: Freitag, d. 8.5. 14.00 Uhr
Ende: Samstag, d. 9.5. 16.00 Uhr

PROGRAMM

Freitag: 14-18 Uhr

Regionalismus in Europa

Opfen: Raumbilder und regionale Identität

Kühn: Fremd- und Selbstbilder von Regionen

Fuchs: Heimat Nordhessen

Dieper: Zur Theorie regionaler Identität

Wittner: Regionalismus in Osteuropa

Samstag: 9-12 Uhr

Probleme und soziale Folgen der Stadterneuerung

Terlinden: Gesellschaftliche Modernisierung durch
Stadterneuerung? Thesen und empirische
Befunde

Hannemann: Aktuelle Probleme der Stadterneuerung in
Berlin - ein Bericht

Lettko: Stadterneuerung am Beispiel Hannover Linden-
Süd - einige Anmerkungen

Breckner: Armut durch Wohnungspolitik

14-16 Uhr

Mitgliederversammlung

Themen u.a.:

- Vorbereitung zweier Sektionsveranstaltungen auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Düsseldorf 1992 (Dienstag, d. 29.9. u. Freitag, d. 2.10., jeweils nachmittags)
- Ethik-Kodex
- Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel
- Planungen der Frauengruppe in der Sektion

Hinweise

1. Treffen der Frauengruppe vor der Tagung ab 11.30 im Café Cron und Canz, Weender Str. in der Fußgängerzone

2. Unterkunft

Jürgen Krämer (Goßlerstr. 3, 34 Göttingen, Tel. 0551/48336) oder
Rainer Neef (Zur Scharfmühle 60, 34 Göttingen, Tel. 0551/793742)
können ca. 8-10 private Übernachtungsmöglichkeiten vermitteln.

Region und regionale Identität zwischen Fremd- und Selbstbildern

Vortrag auf der Sitzung der Stadt- und Regionalsoziologie am 8. Mai 1992 in Göttingen
von Manfred Kühn, Kassel

Die Region ist zu einem vielgebrauchten Schlagwort und Schlüsselbegriff der letzten Jahre geworden. Wissenschaft und Planung sind auf der Suche nach "regionalen Potentialen", "regionaler Kultur" und "regionaler Identität". Das Regionale übt offenbar eine große Faszinationskraft aus, es enthält viele Sehnsüchte und Wünsche. Durch seinen utopischen Gehalt wird ihm auch perspektivische Bedeutung für die Entwicklung der Gesellschaft beigemessen. Regionale Identität wird geradezu zu einer normativen Forderung der Planung. Ohne Liebe zur Region keine Entwicklung, scheint es. Der Begriff des Regionalen ist heute, nachdem er noch vor zwanzig Jahren mit "Rückständigkeit" und "Provinz" gleichgesetzt worden ist, überaus positiv besetzt. In vielen Fällen wird er mit Werten wie "ökologisch", "demokratisch" und "selbstbestimmt" in Verbindung gebracht. Daß dem nicht unbedingt so ist, lehrt bereits ein Blick auf die aktuelle Landkarte des ehemaligen Jugoslawien.

Ich werde zunächst die Begriffe der "Region" und der "regionalen Identität" einmal kritisch auf ihren ideologischen und fiktionalen Gehalt hin hinterfragen - ohne allerdings das Kind mit dem Bade ausschütten zu wollen. Vielleicht tragen meine Reflexionen aber etwas dazu bei, eine Antwort auf die Frage zu finden, warum die Suche nach regionalen Potentialen und regionalen Identitäten so merkwürdig erfolglos bleibt und im wesentlichen einen akademischen Diskurs darstellt. Anders gefragt: Warum schweigen die Betroffenen?

Zum Begriff der Region

Die Region ist zunächst ein Raum, irgendwo zwischen der lokalen und der nationalen Ebene, mit bestimmtem einheitlichen Merkmalen, die es erlauben, diesen Raum von anderen Räumen abzugrenzen. Hier liegt schon das erste Problem. Denn je nachdem welche Kriterien man anlegt, ergeben sich ganz unterschiedliche Regionsgrenzen. Politische Verwaltungsräume, Landschaftsräume,

lokalen und regionalen Handlungsebene und der kulturellen Vereinheitlichung wird das Bild der bunten, vielfältigen regionalen Kulturlandschaft entgegengesetzt. Insofern lassen sich keine Unterschiede zwischen den Begriffen "Heimat" und "Region" ausmachen. Auch die Hochhaltung der Heimat diene der Kompensation faktischer Modernisierungsprozesse.

Ebenso wie die Heimat-Ideologie nicht von den sogenannten "bodenständigen" Schichten getragen wurde, sondern vom Bildungsbürgertum,² genauso wird die Orientierung an der Region heute nicht oder kaum von den jeweils regional verwurzelten Schichten getragen. Ohne die noch bestehenden kulturellen oder mentalitätsmäßigen Unterschiede zwischen Friesen und Oberbayern leugnen zu wollen, kann man doch wohl sagen, daß es innerhalb des deutschen Raumes - anders als in Schottland, der Bretagne oder dem Baskenland - eigentlich keinen Regionalismus als politische oder ethnische Bewegung gibt.

Es ist auffällig, daß die Diskussion um regionale Identitäten bei uns nicht "von unten", sondern "von oben" geführt wird. Der ideologische Gehalt des Begriffes liegt darin, daß Regionen von verschiedenen Interessen aus scheinbar beliebig produziert werden können:

1. von der staatlichen Administration, die will, daß sich die Bürger mit einem Verwaltungsraum (also Landkreis, Regierungsbezirk oder Bundesland) verbunden fühlen und die deshalb Identifikationsangebote wie z.B. den "Hessentag" schafft;
2. von modernen Massenmedien, die täglich ein Bild der Region in den Köpfen ihrer Konsumenten produzieren. Untersucht worden ist dies anhand der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", deren regionale Berichterstattung als bisher einzige Tageszeitung das Rhein-Main-Gebiet umfaßt und damit so etwas wie eine Rhein-Main-Identität begründet.³
3. von den Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft, die das Image ihres Raumes verbessern und damit Investoren gewinnen

Pendlerverflechtungsräume oder Dialekträume sind nur in den seltensten Fällen deckungsgleich. In der aktuellen Diskussion über regionale Entwicklung spielen kulturelle Aspekte eine wichtige Rolle. Die kulturräumliche Gliederung nach Regionen geht auf alte, vorindustrielle Landschafts- und Territorialräume zurück. Regionale Kultur war in ihrem Kern bäuerliche Kultur. Daß viele Landschaften ihre eigene Sprache, Küche, Kleidung, Bauformen, Viehrassen usw. hervorgebracht haben, lag an engen politischen, ökonomischen und konfessionellen Grenzen. Das Programm der Moderne seit der Aufklärung und der industriellen Massenproduktion war dann gerade die Überwindung der regionalen Schranken und Traditionen, um nationale und internationale Markt- und Staatsräume durchzusetzen. Mit der universellen und egalitären Werten verpflichteten Moderne wurden regionale Eigenarten und Besonderheiten weitgehend abgeschliffen. Der allgemeine Ort entstand als Ausdruck eines zentral von Märkten oder Staaten beherrschten und somit vereinheitlichten Raumes. Im 19. Jahrhundert beispielsweise entstanden unter der preußischen Verwaltung beim Bau der Eisenbahnen einheitliche Bahnhofsarchitekturen, die quer zu den regionalen Bautraditionen entlang der Schienen standen. Das Unternehmen Horten, -um ein Beispiel aus der Wirtschaft zu nennen, ließ in der Nachkriegszeit in allen Kaufhaus-Filialen der Bundesrepublik die überall gleiche kubische Waben-Fassade als Markenzeichen errichten. Horten setzte dies auch gegen Widerstand des regionalen Heimat- und Denkmalschutzes durch, wie es sich am Beispiel der Stadt Kempten belegen läßt.¹ Dieser Prozeß der räumlichen Angleichung und Vereinheitlichung durch Marktintegration ist heute ja keineswegs abgeschlossen. Der europäische Binnenmarkt steht kurz bevor. Die Produkte von Ikea, Benetton und Swatch sind bereits fester Bestandteil der Lebenswelten zwischen Skandinavien und den Kanarischen Inseln. Neue Einrichtungen wie das Euro-Disneyland verstärken den Trend zu einer europäischen Einheitskultur.

Wo bleibt angesichts dieses Trends zur Internationalisierung die regionale Kultur? Von politischer Seite wird die Vision eines "Europa der Regionen" propagiert. Ein schönes Konzept, mit nur einem Fehler: es hat keine Träger. In meinen Augen handelt es sich um ein ideologisches Konstrukt, das in erster Linie der Legitimation der EG-Politik dient. Der damit verbundenen Enteignung der

¹ Ipsen, Detlev/ Fuchs, Thomas/ Kühn, Manfred (1992): Das Verhältnis von Tradition und Moderne im Modernisierungsprozeß des ländlichen Raumes am Beispiel nordhessischer und südbayerischer Regionen, unv. Zwischenbericht eines DFG-Forschungsprojektes, Kassel;

² Ditt, Karl (1990): Die deutsche Heimatbewegung 1871 bis 1945, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven, Bd. 294/I, S. 135-154;

³ Schilling, Heinz (1990): Region im Kopf. Das Rhein-Main-Gebiet als Heimat für F.A.Z.-Leser, in: Harnening, Dieter/ Wimmer, Erich (Hg. 1990): Volkskultur-Geschichte-Region, Würzburg, S. 597-617;

wollen. Die Aktion der IHK Kassel "Pro Nordhessen", die damit dem negativen Image Nordhessens begegnen will, ist dafür ein Beispiel;

4. von Vertretern des Fremdenverkehrs, die mit folkloristischer Regionalkultur ihre Region vermarkten. Hierzu sei nur auf die bekannte volkskundliche Studie über das Zillertal verwiesen.⁴

5. schließlich auch von der kritischen Wissenschaft und Planung, die Region und regionale Identität als emanzipatorische Potentiale im Kampf gegen die zunehmende Fremdbestimmung und Abhängigkeit des Weltmarktes begreifen und nach Auswegen aus den ökologischen Gefährdungen der Industriegesellschaft suchen.

Die nachmodernen Träger der Regions-Idee sind vor allen Dingen akademisch gebildete, gutsituierte, großstädtische und sehr mobile Schichten. Die berufliche und private Mobilität innerhalb Europas, ja der Welt ist heute längst nicht mehr auf eine kleine Elite oder die klassische Urlaubsreise beschränkt. Der Ortswechsel, das Reisen in und durch verschiedene Regionen, gehört zur alltäglichen Lebenswirklichkeit gerade der neuen Mittelschichten. Bei aller Bereicherung, die diese entfesselte Mobilität bringt, ist damit jedoch auch, so die These, eine Verlust Erfahrung verbunden. Die Welt wird durch die modernen Verkehrs- und Kommunikationsmittel nicht nur kleiner. Das was "Welt" ausmacht, die Erfahrung von zeitlicher und räumlicher Ausdehnung und Gliederung, ist einem unwiderruflichen Schwund ausgesetzt. Das behauptet zumindest der französische Philosoph Paul Virilio, der sich mit dem Phänomen der Beschleunigung beschäftigt.⁵

Der mobile Mensch, dem der ICE zur Heimat geworden ist, erfährt eher als der Selbsthafte und Immobiler die Angleichung und "Entzauberung" des Raumes, zu der er ja selbst beiträgt. Erst aus dieser Erfahrung entsteht ein neues Bedürfnis nach räumlichen Unterschieden und Besonderheiten. Der postmoderne "Hunger nach traditionellen Zeichen", wie es der Architekturhistoriker Dieter Hoffmann-Axthelm ausdrückt,⁶ entsteht aus den ästhetisch-kulturellen Defiziten einer durchrationalisierten modernen Welt. Das Bild der regionalen Kulturlandschaft greift deshalb auf Relikte vormoderner Traditionen zurück und wertet diese auf. So kämpft

⁴ Jeggle, Utz/ Korff, Gottfried (1974): Zur Entwicklung des Zillertaler Regionalcharakters, in: Zeitschrift für Volkskunde, 70. Jg. 1974, S. 39-54;

⁵ Virilio, Paul (1992): Rasender Stillstand, München;

⁶ Hoffmann-Axthelm, Dieter (1983): Dialektik des Regionalismus, in: Arch plus 72, 1983, S.46;

Diese Aufwertung von Traditionen auch jenseits des Konservatismus in der Nachmoderne erfolgt im wesentlichen aus zwei Motiven: ökologischen und landschaftsästhetischen. Ein Beispiel dafür, das wir untersucht haben, ist die Renaissance bäuerlich-handwerklicher Produktionsformen, wie sie sich über das sogenannte "Öko-Modell Allgäu" abzeichnet. Im Allgäu war ein wichtiger regionsspezifischer Modernisierungsprozeß die Konzentration der Milchverarbeitung in großen, rationalisierten Molkereien. Damit verbunden war ein Sennereisterben großen Ausmaßes. Gegenüber den noch in den fünfziger Jahren ca. 200 Sennereien im Landkreis Oberallgäu existieren heute nur noch 8 Großmolkereien und einige Kleinbetriebe. Die Käseherstellung wandelte sich vom Handwerk zu einer Industrie, die auf billige, standardisierte Massenproduktion setzte (des Allgäuer Emmentalers). Die naturräumlich benachteiligten Bergbauern am Rand der Alpen konnten mit der geforderten Mengenproduktion nicht mithalten und wurden schleichend marginalisiert. Sie standen lange Zeit völlig im Schatten des Fremdenverkehrs. Seit 1985 zeichnet sich nun eine gewisse Trendwende im regionalen Modernisierungsprozeß ab. Das von Naturschutz- und Fremdenverkehrsinteressen initiierte und getragene Projekt "Öko-Modell" unterstützt die Bergbauern in Hindelang, indem deren ökologische und landschaftspflegerische Leistungen honoriert werden. Mit der medienwirksamen Vermarktung des Öko-Modell Allgäus ist weniger eine ökonomische, als eine kulturelle Aufwertung der Bergbauern verbunden. Waren sie früher "rückständig", stehen sie heute an der Spitze des ökologischen Fortschritts. Als nächster Schritt ist in Hindelang die Wiederinbetriebnahme einer aufgegebenen Sennerei geplant, die die örtlichen Produkte aufgrund ihrer besonderen Qualität zu höheren Preisen an die Touristen vermarkten wird. Das Öko-Modell ist also ein Beispiel dafür, wie ökologische und landschaftsästhetische Ansprüche zu ersten Ansätzen von Regionalisierung und Retraditionalisierung führen.

Zum Begriff der regionalen Identität

Der Begriff der "regionalen Identität" meint, daß sich Bewohner eines Raumes mit diesem Raum identifizieren, sich ihm zugehörig fühlen und ihn bewußt gegenüber anderen Räumen abgrenzen. Nach der klassischen Soziologie bezieht sich die Identifikation nicht auf den Raum selbst, sondern auf die Zugehörigkeit zu einer

die Agraropposition für die Erhaltung der klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaft, grüne Programme einer "eigenständigen Regionalentwicklung" fördern alte Handwerksbetriebe und -techniken. Selbst die hessische SPD, einst eine Partei des rigorösen Modernismus, strebt in ihrem neuen Programm eine Landesplanung an, die nicht mehr auf Vereinheitlichung setzt, sondern auf die "planmäßige Stärkung von Eigenart und Vielfalt".⁷ Wie diese zentral geplante Dezentralisierung bzw. die fremdbestimmte Selbstbestimmung aussieht, läßt sich gut in den "dorferneuten" Dörfern studieren. Die "Verländlichung" des Ortbildes mittels Fachwerckfreilegung, Pflasterungen, Dorfbrunnen und alt erscheinenden Laternen ist hier im Grunde die Fortsetzung der Verstädterung mit anderen Mitteln, die eine neue Stufe der Angleichung bedeutet.⁸

Aber auch die Praxis der "Eigenständigen Regionalentwicklung" in Hessen hat gezeigt, daß regionale Eigenständigkeit nicht regionale Autonomie heißt. Über das "ländliche Regionalprogramm" wurden in Hessen vornehmlich solche Betriebe und Projekte in ländlichen Regionen gefördert, die nicht die innerregionale Kreislaufwirtschaft aktivierten, sondern die neue Austauschbeziehungen zu den Zentren herstellten. Der Markt für biologische Lebensmittel, für hochwertige, nicht-standardisierte Handwerksprodukte oder für den "sanften Tourismus" liegt eben überwiegend in den Großstädten. Die "alternativen" Ansätze einer eigenständigen Regionalentwicklung haben im Grunde eine Brücke geschlagen zwischen den nachmodernen Werten und Konsumpräferenzen in den Großstädten und zum Teil vormodernen Produktionsweisen in ländlichen Regionen.

Der Philosoph Hermann Lübbe interpretiert den neuen Regionalismus entsprechend "als Antwort auf die Herausforderungen des zivilisatorischen Modernisierungsprozesses (...). Der Regionalismus ist insofern keine Traditionalismus, vielmehr ein Modernismus kraft der Einsicht, daß unter den Lebensbedingungen einer dynamischen Zivilisation Traditionen ein sehr knappes Gut sind, mit dem wir im Interesse unserer Zukunft schonend umzugehen haben."⁹

⁷ SPD-Landesvorstand Hessen (1989): Neue Kraft fürs Land. Das Hessenprogramm der SPD für den ländlichen Raum (Entwurf), Wiesbaden;

⁸ vgl. Kühn, Manfred (1990): Die Inszenierung des Ländlichen. Schriftenreihe des Fb Stadt-/Landschaftsplanung der GhK, Kassel;

⁹ Lübbe, Hermann (1982): Die große und die kleine Welt. Regionalismus als europäische Bewegung, in: Nordfriesland, Bd. 16/ 1-2, S. 14/15;

sozialen Gruppe.¹⁰ "Region" ist damit analog Simmels Definition der Grenze nicht eine räumliche Tatsache mit soziologischen Wirkungen, sondern eine soziologische Tatsache mit räumlichen Wirkungen. Die Identifikation kann nach Ansicht von Hermann Bausinger jedoch auch in der Übernahme von Zeichen und Symbolen der regionalen Kultur bestehen.¹¹

Wie entsteht nun regionales Bewußtsein?

Planerische und regionalwissenschaftliche Begriffe wie "endogene Potentiale" und "eigenständige Entwicklung" unterstellen ja eine innere Bildung regionaler Identität. Ist jedoch nicht auch das Gegenteil richtig? Entstehen Regionen nicht auch von außen?

Die ironische Bemerkung des Geographen Gerhard Hard, daß viele Mitglieder des Fichtelgebirgsvereins, der sich die Erhaltung der Eigenarten des Fichtelgebirges auf seine Fahnen geschrieben hat, Berliner sind,¹² verweist auf einen interessanten Sachverhalt: die Dialektik von Region und Moderne. Im Vogelsberg waren es vorzugsweise Frankfurter, die seit den siebziger Jahren anfangen, alte, verlassene Bauernhäuser aufzukaufen und im regionstypischen Stil zu renovieren. Erst danach setzte eine zögerliche Aufwertung des Fachwerks auch bei den Einheimischen ein. Die Volkskunde hat belegt - um ein drittes Beispiel anzuführen - daß die Tracht als regionale Kleidungskultur sich gerade nicht in abgelegenen, stadtfernen Gebieten am längsten erhalten hat, sondern in ländlichen Regionen, die in einem intensiven Austauschverhältnis mit Städten standen. Die Trachten dienten nämlich häufig als Werbeträger für die Echtheit und Herkunft bäuerlicher Produkte auf den städtischen Märkten.¹³ Schließlich: Ist die Renaissance der regionalen Küche - oder was dafür ausgegeben wird - nicht auf die touristische Nachfrage der genannten Schichten zurückzuführen, die nicht mehr überall Jägerschnitzel mit Pommes Frites serviert bekommen wollen?

¹⁰ Treinen, Heiner (1965): Symbolische Ortsbezogenheit, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 17. Jg., 1965, S. 81 ff.;

¹¹ vgl. Bausinger, Hermann (1977): Zur kulturellen Dimension von Identität, in: Zeitschrift für Volkskunde, 73. Jg., 1977, S. 210-215;

¹² Hard, Gerhard (1987): Das Regionalbewußtsein im Spiegel der regionalistischen Utopie, in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 7/8 1987, S. 427;

¹³ Bausinger, Hermann (1978): Identität, in: ders. u.a.: Grundzüge der Volkskunde, Darmstadt, S. 232; Bredrich, Rolf Wilhelm (1985): Über die Rolle der Tracht in der Werbung, in: Ottenjann, Helmut (Hg.): Mode. Tracht. Regionale Identität, Cloppenburg, S. 166-174;

Oft sind es also Fremde, die das Besondere suchen und neue Werte in die Region hineinbringen. Damit kann eine Aufwertung und Reflexivierung von bisher verdrängten Traditionen bei den Einheimischen verbunden sein. Systematischer formuliert heißt dies: Regionale Identität entsteht aus überregionaler Kommunikation, nicht aus regionaler Autonomie. Erst die Vermittlung von Außen- und Innenperspektive, von Fremd- und Selbstbildern schafft die Bedingungen für Regionalbewußtsein. Dem entspricht im übrigen auch die sozialpsychologische Theorie, die sich auf die Identitätsbildung des Individuums bezieht.¹⁴ Identität entsteht danach aus der Wechselbeziehung zwischen Individuum und Gesellschaft. Die Bedeutung zwischenmenschlicher Beziehungen und Kommunikation für die Identitätsbildung wird besonders von der Schule des symbolischen Interaktionismus betont.

Übertragen aus der sozialpsychologischen Identitätstheorie müßte sich regionale Identität ausdrücken in drei Merkmalen:

1. Selbstbildern der Bewohner von der Region (die kognitive Komponente),
2. einem entsprechenden Selbstwertgefühl der Bewohner (die emotionale Komponente)
3. und positiven Einstellungen gegenüber der Selbstbestimmbarkeit regionalen Handelns (die motivationale Komponente).

Gerade die Regionsbewohner, die von außen her am ersten mit regionaler Kultur in Verbindung gebracht werden, die Bauern, haben in der Regel kein ausgeprägtes Regionalbewußtsein, sondern eher ein lokales Bewußtsein. Die Bewußtseinslage in peripheren ländlichen Regionen, die von Abwanderungen und wirtschaftlichen Niedergängen betroffen sind, wird meist als apathisch, passiv und resignativ geschildert. Hier herrscht also eine Identitätsschwäche vor. Anhand der Geschichte vieler ländlicher Räume läßt sich belegen, daß sich kaum ein Bewohner zu seiner Region bekennen wollte, solange diese Regionen ärmer waren als angrenzende Gebiete. Fremden Besuchern ist dort immer wieder aufgefallen, daß die Einheimischen kein Auge für die Schönheiten ihrer Landschaft hatten. Minderwertigkeitsgefühle und das Fehlen eines Selbstbildes

¹⁴ vgl. Frey, Hans-Peter/ Hauser, Karl (1987): Entwicklungslinien sozialwissenschaftlicher Identitätsforschung, in: dies. (Hrsg.): Identität. Entwicklung psychologischer und soziologischer Forschung, Stuttgart,

verhinderten die Wahrnehmung der Landschaft als ästhetische Kategorie.

Ein Beispiel dafür ist der Vogelsberg, dessen regionalkulturelle und landschaftliche Eigenart sich für den Außenstehenden deutlich von den angrenzenden Gebieten, wie der fruchtbaren Wetterau, abhebt. Der Vogelsberg war jedoch aufgrund seiner naturräumlichen Ungunst für die Landwirtschaft noch bis ins 20. Jahrhundert hinein eine "Land der armen Leute" (Richl). Je höher man kam, desto ungünstiger und karger wurden die Lebensverhältnisse. Die Vogelsberger Bauern sollen deshalb ihren Töchtern den Rat gegeben haben: Heirate nie den Berg hinauf! Ein Geograph, der den Vogelsberg in den vierziger Jahren erkundete, stellte fest:

" Der Ungunst der Natur seiner Heimat ist sich der Vogelsberger Bauer durchaus bewußt, indem er als den eigentlichen Vogelsberg dem Fremden gegenüber das Gelände bezeichnet, in dem er nicht wohnt, das irgendwo in der Ferne oder hinter dem Nachbardorf begimmt." ¹⁵

Auch für die arme und "rückständige" Eifel des 19. Jahrhunderts läßt sich diese fehlende Identifikation ihrer Bewohner belegen. Ein Gedicht von Ernst Moritz Arndt aus dem Jahre 1830 lautet:

"Vergangen ist nicht manches Jahr,
Da Eif'ler sein, nicht ruhmvoll war;
Sein Land, wie Petrus einst den Herrn,
verleugnete der Eif'ler gern.

Denn Eifel hieß, was rau und kalt,
Was öd und arm, von Sitten alt,
Was nicht geweckt, und was nicht fein,
Dum wollte niemand Eif'ler sein.

Es hing am Gause wie am Fluch,
Die Eifel stand nur mehr im Buch.
Doch ging man sie zu suchen aus,
Fand man die Eifel - nicht zu Haus.

Man ward gewiesen hin und her,
Weil dort, nicht hier, die Eifel war.
Doch kam man an den neuen Ort,

¹⁵ Blume, Helmut (1949): Der Vogelsberg, in: Die Erde. Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, Bd. 1, 1949/50, Berlin, S. 278;

"Dann war die Eifel auch nicht dort." ¹⁶

Der Blick von außen, das Fremdbild, war damit die Bewertungsgrundlage der Vogelsberger und der Eifeler. Beides sind Beispiele dafür, daß negativ bewertete Räume nicht identitätsstiftend sind. Erst die Aufwertung und positive Besetzung eines Raumes schafft die Bedingungen für regionale Identifikationen. Ein interessantes Beispiel für den Wandel eines Gebietes ohne Identifikationskraft in eine Raum mit besonderer Identitätsstiftung ist das Allgäu. Im 19. Jahrhundert, als dort die Verarmung der bäuerlichen Bevölkerung einen Höhepunkt erreichte, war der Name Allgäu bei seinen Bewohnern fast in Vergessenheit geraten trotzdem die Allgäuer auf eine stolze Geschichte zurückblicken konnten. ¹⁷ Die Bauern im sogenannten "Unterland", dem ebeneren Gebiet um Memmingen, die "Körndl-Bauern", waren wohlhabender, weil hier die Anbaubedingungen für Getreide und Kartoffeln besser waren. Sie wollten nicht zu den armen Leuten im Allgäu - den "Hörndl-Bauern" des Oberlandes - zählen und distanzieren sich deshalb vom Allgäu. Erst als das Allgäu im Laufe des 20. Jahrhunderts aufgrund der Modernisierung seiner Milch- und Käsewirtschaft wirtschaftlich floriertere, zur sogenannten "Käseküche Deutschlands" und zugleich zu einer der gefragtesten Urlaubsregionen wurde, entwickelte sich regionale Identität. Das Image des Allgäus ist heute dermaßen positiv, daß sich die Verhältnisse zwischen Unterland und Oberland umgekehrt haben. Der Name Allgäu dehnt sich immer weiter aus. Sowohl die politischen Vertreter Mittelschwabens haben den zugkräftigen Namen "Allgäu" vereinnahmt (durch die Benennung der ehemaligen Landkreise Mindelheim und Memmingen zum neuen Landkreis "Unterallgäu" im Rahmen der Gebietsreform), als auch einige Großmolkereien werben fälschlicherweise mit ihrer Zugehörigkeit zum Allgäu. ¹⁸

¹⁶ auszugsweise zitiert nach: Schwedt, Herbert (1987): Regionalbewußtsein in Reliktgebieten, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8 1987, S. 402;

¹⁷ Die Allgäuer Bauern waren in den Bauernkriegen die ersten in Deutschland, die sich gegen ihre Grundherren erhoben und anschließend als Eigeninitiative zur Verbesserung ihrer Lage den Vereinödungsprozeß durchführten, der noch heute das Siedlungsbild bestimmt.

¹⁸ Jahn, Walter (1989): Der Landschaftsname Allgäu im Wandel der Zeit: Reichweiten-Ambivalenz als Folge sich ändernden Sinngehaltes, in: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München, 74. Bd., S. 107-162;

Zusammenfassend lassen sich folgende Thesen formulieren:

1. Die Reichweite eines Regionsnamens als symbolischer Ausdruck regionaler Identität ist geschichtlich variabel. Bei ökonomischen, sozialen oder kulturellen Aufstiegs- und Aufwertungsprozessen dehnt sich der Raum und das Raumbewußtsein aus, während er bei Abwertungs- und Niedergangsprozessen schrumpft. Dieser Zusammenhang ist auch bereits am Beispiel des Semmerings, einer Landschaft bei Wien, belegt. ¹⁹

2. Regionale Identität entsteht als reflexiver Prozeß gerade aus der Interaktion mit der Moderne. Die Öffnung zur Moderne als Kultur der Allgemeinheit weckt erst das Bewußtsein für die Besonderheit regionaler Kultur.

3. Regionale Identität entsteht durch überregionalen, sozialen und ökonomischen Vergleich. Deshalb sind nicht die regional gebundenen Schichten (kleine Bauern und Handwerker) die Träger des Regionalbewußtseins, sondern eher mobile, gebildete, reisende Schichten (die regionalen Eliten). Ein relativer Wohlstand ist die materielle Voraussetzung für das Entstehen von regionaler Identität.

4. Der Fremdenverkehr als eine wichtige Form überregionaler Interaktion kann regionale Identität fördern durch die Herausbildung eines Selbstbildes (Reflexivwerden von Landschaft und Kultur) und eines Selbstbewußtseins bei den Einheimischen (da zu wohnen, wo andere Urlaub machen, wertet einen Raum sehr auf).

Mit diesen Ausführungen, deren Schwerpunkt die Bildung von Regionen von außen war, sind sicher nicht alle Aspekte und Möglichkeiten der Bildung von Regionen und regionaler Identität angesprochen. Unberücksichtigt blieben insbesondere neue Regionalorientierungen als Lösungsansätze für die ökologischen Probleme unserer Gesellschaft - sei es die Dezentralisierung der Energieversorgung, die Neuorganisation des öffentlichen Nahverkehrs oder die regionale Staffelung landwirtschaftlicher Erzeugerpreise. Ich hoffe trotzdem, etwas zur Entideologisierung der Begriffe beigetragen zu haben.

¹⁹ Kos, Wolfgang (1987): Der Semmering. Szenen aus einer Showlandschaft, in: Konkursbuch 18, "Landschaft", Tübingen, S. 42;

Zur Theorie regionaler Identität

(Entwurf; vorgetragen auf der Sektionstagung "Stadt- und Regionalsoziologie"
Mai 1992)

Fragen nach regionaler Identität und regionalen Bewegungen rücken in jüngster Zeit ins Zentrum aktueller Interessen. Sie haben nicht nur eine unverhoffte Aktualität durch die Wiedervereinigung erhalten, auch die Ereignisse in Jugoslawien oder in der Sowjetunion verweisen auf die Bedeutung regionaler politischer Bewegungen.

Betrachtet man die einschlägige Literatur, so fällt auf, daß ein erstes Interesse sich in vielen wichtigen Diskussionsbeiträgen in den Jahren 1972 - 1979 niederschlägt, wobei auf eine Wiederbelebung regionalistischer Bewegungen in den späten 60er und frühen 70er Jahren fast überall in Europa reagiert wurde. Zudem ist zu bemerken, daß die Sozialwissenschaften vom Aufkeimen regionalistischer Bewegungen offenkundig überrascht wurden und erst zögernd die theoretische und empirische Bearbeitung aufnahmen. Eine Reihe wichtiger politischer und regionalplanerischer Reaktionen erfolgte in den europäischen Ländern in den frühen 70er Jahren, die mit unterschiedlichem Erfolg die Bewegungen pazifizierte oder zumindest in institutionalisiertere Bahnen lenkten. Außerdem drängten sich in der Folgezeit andere Themen in den Vordergrund des wissenschaftlichen Interesses, zunächst die Friedensbewegung, dann die Ökologie-Bewegung und nicht zuletzt alte Themen sozialer Ungleichheit insbesondere im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit.

Gegenwärtig wird das Thema regionaler Identität in Westdeutschland insbesondere im Kontext der Regionalpolitik und Regionalplanung als "symbolische Ressource" oder "weicher Standortfaktor" behandelt, den es in der Konkurrenz der Regionen

bzw. Metropolen zu entwickeln gilt, wobei von der europäischen Einigung eine beschleunigte und stärkere Ausdifferenzierung der Regionen und ihrer Konkurrenz erwartet wird. Gefordert ist in diesem Wettbewerb, eine "Corporate Identity" zu entwickeln, die sich nach innen und außen für eine einheitliche, werbewirksame Darstellung verwenden läßt. Mit dieser Problemverschiebung entsteht in der wissenschaftlichen Diskussion die Gefahr, daß die ursprüngliche Thematik regionaler Bewegungen in der Auseinandersetzung über Erscheinungsbilder oder "Images" und ihre Funktion vergessen und zerredet wird.

Allerdings:

Worum es beim Regionalismus geht, ist so leicht nicht zu beantworten bzw. die Antworten fallen bei Sichtung der Literatur sehr unterschiedlich aus. Unterschiedliche Fragen werden gestellt:

- nach dem regressiven oder progressiven Potential und konkreten Chancen einzelner Bewegungen und in Abhängigkeit von unterschiedlichen politischen Systemen und Ausgangslagen,
- empirische Fragen nach Existenz und Erscheinungsform regionaler Identitäten und Bewegungen oder nach regionaler Identität in verschiedenen nationalen Kontexten oder
- nach der Erklärungskraft einzelner theoretischer Ansätze.

Mein Interesse am Phänomen begründet sich etwas anders: Ausgangspunkt ist die Überraschung der Sozialwissenschaften durch das Phänomen und damit die Frage nach den vorherrschenden sozialtheoretischen Vorstellungen, die diese Bewegung nicht erwarten ließen. Genauer und enger: Welche theoretischen Probleme werden durch den Regionalismus bzw. regionale Identität typisch aufgeworfen und weshalb passen sie schlecht in vorherrschende Problemmuster? Mein Titel ist somit so zu verstehen, daß ich keine Theorie der kollektiven Identität oder des Regionalismus präsentieren möchte, sondern Überlegungen zum theoriekritischen Potential des Phänomens.

In diesem ersten Entwurf verbleibt zudem vieles auf der Ebene von Stichworten und Anregungen zur Diskussion, ist nicht zuletzt im Lichte der Diskussion erst auszuarbeiten. Mein Ziel ist, zumindest plausibel zu machen, daß die theoretischen Probleme des Konzeptes der regionalen Identität wesentlich bedeutsamer sind, als

es ihrem Stellenwert in der Diskussion der Stadt- und Regionalsoziologie entspricht. Insbesondere die Theoriebildung, so meine ich, würde von einer intensiven Bearbeitung des Problems profitieren.

Ich möchte dabei in drei Schritten vorgehen:

Erstens möchte ich an die gesellschaftliche Situation Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre erinnern, wobei es nicht um Ursachen und Erklärungen, sondern allenfalls um eine gewisse historische Einbettung und den Hinweis auf die Vielschichtigkeit des Problems u.a. in der Reaktion unterschiedlicher Disziplinen auf die regionalistischen Bewegungen gehen soll.

Zweitens möchte ich mich der theoretischen Problematik über die Skizzierung von vier theoretischen Ansätzen oder Thesen annähern. In diesem Zusammenhang sind auch begriffliche Fragen zu klären.

Drittens werde ich anhand von sechs grundlegenden Theorieproblemen, die sich für eine Theorie regionaler Identität stellen, meine These von dem geradezu paradigmatischen Stellenwert des Phänomens für die Theoriebildung aufzuzeigen suchen.

Zur historischen Situation und disziplinären Rezeption

Der historische Zusammenhang harret immer noch seiner angemessenen Analyse. Dazu einige Anmerkungen:

- Schon bald nach dem Krieg traten in vielen Ländern Europas - und nur auf den sog. "Neuen Regionalismus" in Europa beziehen sich meine Überlegungen - regionalistische Bewegung und Konflikte auf. Sie traten für Minderheitenrechte ein und wurden in einem ersten Schritt als Wiedererwachen unbefriedigter Nationalismen des 19. Jahrhunderts interpretiert. Durch eine Koalitionen mit Studentenbewegungen in den Zentren erhielten sie zusätzliche Schubkraft. Terroristische Anschläge mit großer Öffentlichkeitswirkung Anfang der 70er Jahre nach ersten Reaktionen der Nationalstaaten hoben sie auch ins allgemeine

Bewußtsein. Vor dem Hintergrund

- einer vermeintlich abgeschlossenen Nationenbildung,
- der Abkehr vom Nationalismus nach dem II. Weltkrieg und
- der vorherrschenden Modernisierungstheorien

erschien der Regionalismus zunächst als regressiver Protest oder "cultural lag". Die konkreteren Hintergründe erschließen sich insbesondere aus dem Umstand, daß das Ende der Aufbauphase nach dem II. Weltkrieg eine Neuorientierung auf interne Probleme der Nationalstaatlichkeit begünstigte:

- | | |
|------------------|---|
| kulturell | - Die Durchorganisation der Nationalstaaten provoziert den Widerstand peripherer Räume gegen kulturelle Überfremdung, artikuliert u.a. in Sprachenstreits. |
| ökonomisch | - Regionale Disparitäten verschärfen sich; erste Desillusionierungen mit dem kapitalistischen System, insbesondere mit der EG und dem Agrarmarkt, setzen ein. |
| politisch | - Politische Legitimationsprobleme, Probleme der Demokratisierung, ungelöste Probleme sozialer Ungleichheit, das Verhältnis zur III. Welt u.a. kommen wieder auf die Tagesordnung. Außerdem wächst lokalen Eliten im Zuge der Durchorganisation des politisch-administrativen Systems bei gleichzeitiger Verschärfung regionaler Disparitäten eine starke Schlüsselstellung zu. |
| ökologisch | - Die Grenzen des Wachstums (small is beautiful) werden spürbar; eine erste Ernüchterung über den technischen Fortschritt setzt ein. |
| wissenschaftlich | - Auch die Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnis werden deutlicher (z.B. in der Diskussion über KUHN und FEYERABEND). |

- Die verschiedensten Disziplinen reagieren auf den Neuen Regionalismus und parallel dazu auf einen Neuen Ethnizismus mit wichtigen Veröffentlichungen in den Jahren 1972 - 1979:

- | | |
|---------------------|--|
| Kulturanthropologie | - Die Themen Heimat und Ethnik werden wieder "hoffähig", auch in der politisch linken Literatur. |
| Sozialgeographie | - Die Phänomenologie des Raumes und die Zeitgeographie werden entwickelt und thematisieren je auf ihre Weise ein neues Raumbewußtsein. |
| Ökonomie | - Die Stadt- und Regionalökonomie werden als vernachlässigte |

	Teildisziplinen wiederentdeckt; endogene Entwicklungspotentiale sollen in der Regionalpolitik gefördert werden.
Ökologie	- Der Slogan "Global Denken - Lokal Handeln" lenkt die Aufmerksamkeit auf die relative Autonomie lokaler Aktionspotentiale.
Architektur	- Mit der Postmoderne gewinnen auch regionale Stile an Einfluß.
Philosophie/Ethik	- Die Emanzipations-, Gerechtigkeits- und Verantwortungsethik gerät in die Kritik eines Neohistorismus und einer Nietzsche-Renaissance.
Soziologie	- Die Kritik an einem funktionalistischen Gesellschaftsbegriff sowie die Planungs- und Bürokratiekritik u.ä. öffnen den Blick für Strukturbildungen "von unten".

Während mit der Studentenbewegung zunächst noch die Erwartungen an das Projekt "Moderne" eingeklagt wurden, machte sich mit Beginn der 70er Jahre immer stärker eine Kritik am Projekt der Moderne geltend. In der ersten Phase bewegte sich die Kritik auch in Bezug auf den Regionalismus vorrangig in den argumentativen Bahnen der Kritik an sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit. Es wurden die Ziele der Moderne selbst angemahnt.

Inzwischen wird das Projekt der Moderne grundsätzlich in Frage gestellt. Dies äußert sich einerseits in einer Orientierung an partikularen Strukturen und Deutungsmustern und trägt Züge eines neuen Romantizismus und einer Suche nach "Gemeinschaft". Dies zeigt sich andererseits in stärker regional orientierten "postfordistischen" Produktions- und Konsumtionsprozessen und einer neuen politischen Kultur der lokalen Konfliktbewältigung, wie sie in der Theorie der Stadt u.a. von CASTELLS thematisiert werden.

Mit dem historischen Prozeß übernationaler Verflechtungen und interner Differenzierungen der Nationalstaaten geraten die Regionen und Ethnien systematisch in die Position, die Gesellschaften als "gewachsene, organische Einheiten" vordem einnahmen und dies sowohl in politisch-normativen wie auch in theoretischen Diskursen: dem Regionalismus wächst dadurch eine paradigmatische

die Erhaltung einer Region mit regionaler Identität zum Ziel hat und eine Strategie der politischen Mobilisierung zu diesem Zweck verfolgt. Die soziale Basis und der räumliche Bezug der Selbstthematisierungen der Bewegung einerseits und der Region andererseits müssen nicht deckungsgleich sein. Das Problem des Verhältnisses von Regionalismus als soziale Bewegung und Region bzw. ihrer jeweiligen Identitäten wirft Fragen auf, die von einer Theorie regionaler Identität zu klären sind.

Vier allgemeine theoretische Positionen oder Erklärungsansätze lassen sich in der Literatur ausmachen, wenn wir uns auf grundlegende Strukturbildungsprinzipien beschränken. Dabei wäre die "Nullhypothese" noch gesondert zu betrachten, die davon ausgeht, daß es Regionen im hier skizzierten Sinne in einer Welt komplexer Systemverflechtungen gar nicht (mehr) gibt. Regionen fielen dann unter ein ähnliches Kritikmuster wie der Gesellschaftsbegriff, für den er tatsächlich, wie schon gesagt, eine Art "Platzhalterfunktion" in vielen Zusammenhängen übernommen hat (z.B. "Europa der Regionen").

Ich beschränke mich wiederum auf Stichworte:

1. Differenzierungsthese

Erklärungen nehmen hier Bezug auf den Prozeß der Modernisierung:

politisch-ökonomisch - Die Differenzierungen von Zentren und Peripherie, Disparitäten und soziale Ungleichheiten stehen im Vordergrund; reiche Regionen sind selbstbewußt, arme Regionen üben Protest.
Problem: der Ansatz erklärt i.d.R. nicht das Fehlen von Regionalismus.

politisch-administrativ - Hier liefern Bezüge auf politische Strukturen, z.B. föderale Systeme und lokale Eliten, ergänzende Erklärungen.

Muster: Regionalismus als Klassenkampf

Rolle zu.

Vier Thesen zur Erklärung des Regionalismus

Der paradigmatischen Rolle im engeren Kontext soziologischer Theorien möchte ich mich in einem zweiten Schritt über vier Thesen annähern. Aber zunächst sind einige begriffliche Klärungen geboten:

- (a) Region - ein sozialräumliches System "mittleren Maßstabs" oder auf der Meso-Ebene, das sich aufgrund seiner relativen, funktionalen Vollständigkeit und Geschlossenheit im Verhältnis zur unteren lokalen Ebene und zur übergeordneten Landes/Bundes-Ebene bestimmen läßt - abzugrenzen u.a. "nach unten" von Lebenswelt/Alltagswelt, Heimat, Subkultur, Ethnik, Gemeinde und "nach oben" von Staat, Nation und internationalen Verflechtungen.
Der Europarat definiert in der "Erklärung vom 1.2.1978 von Bordeaux":
Die Region ist "vor allem eine menschliche Gemeinschaft, die fest mit der Landschaft verbunden ist und die durch den Gleichklang von Geschichte, Geographie und Wirtschaft gekennzeichnet ist, durch welche die Bevölkerung zu einer Geschlossenheit bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele und Interessen gelangt."
- (b) regionale Identität - das Produkt einer Selbst- und Fremdthematization einer Region als sozialräumliches System, wobei räumliche Kriterien insbesondere bei der Individuation und Identifizierung sowie der Festlegung von Mitgliedschaften eine zentrale Rolle spielen. Der Prozeß der Selbstthematization muß nicht den Charakter einer sozialen Bewegung haben. Ein System hat eine reg. Identität, insoweit diese Selbstthematization kollektiv handlungsrelevant ist. Über die soziale Basis ist damit noch nichts ausgesagt. Insbesondere individuelle Identifikationen sind nur Indikatoren für die Existenz einer reg. Identität in diesem Sinne, sie definieren nicht den Begriff selbst.
- (c) Regionalismus - eine soziale Bewegung, d.h. ein Prozeß und i.e.S. die Ideologie einer sozialen Bewegung, die explizit die Konstitution bzw.

2. Persistenzthese

Annahmen der historischen "Trägheit" von "gewachsenen" Traditionen und soziokulturellen Strukturen (wie ethnische Identität, Kulturlandschaft) stehen im Vordergrund (siehe oben: Zitat des Europarats).

Soziale Bewegungen entstehen

- a) wenn Disparitäten und regionale (Sub-) Kultur sich räumlich decken,
b) wenn Selbstbewußtsein intern kultiviert wird, um Potentiale zu mobilisieren,
c) wenn wichtige kulturelle Elemente wie Sprache überfremdet werden.

Der Vorwurf der Rückständigkeit wird gegen derartige Regionalismen häufig erhoben, weil unterschiedliche Zeithorizonte im Wandlungsprozeß im Spiel sind (langsame Anpassung der Region an schnellen Modernisierungsprozeß), wobei die politische Einordnung je nach Selbstverständnis der Elite wechselt.

Zu beachten: die sozio-kulturelle Selbstbestimmung ist eine Notwendigkeit der politischen Auseinandersetzung, sie wird zur "symbolischen Waffe" und kann regressiven oder progressiven Charakter annehmen.

Muster: Regionalismus als Verteidigung von Heimat

3. Konvergenzthese

Sie setzt an bei der Mehr-Ebenen-Struktur und den unterschiedlichen Zeithorizonten und sieht

- a) gegenüber Persistenz: nicht nur "Trägheit" sondern neue Strukturbildung im Maßstab der Region und zwar in Form einer Konvergenz verschiedener Teilsysteme (kulturell, politisch, ökonomisch) im gleichen Maßstab der Region,
b) gegenüber Differenzierung: nicht (nur) eine funktionale Ausdifferenzierung der Region im übergeordneten Kontext der Nation(en), sondern eigenständige Entwicklungen (auch) von unten, d.h. obere Systemebenen sind (auch) prekär und nicht notwendige Rahmenbedingungen.

Muster: Regionen als Produkte der Selbstorganisation auf Meso-Ebene

4. Entdifferenzierungsthese

Hier liegt der Akzent auf Entdifferenzierung, nicht Strukturbildung. Die soziale Bewegung ist nicht vormodern und auch nicht funktional für moderne Differenzierung, sondern Ausdruck einer Zurücknahme der Differenzierung für neue, postmoderne

Strukturbildungen. D.h. es geht nicht um funktionale Differenzierungen in einem sich stabilisierenden System, sondern um regressive Entwicklungen in einem destabilisierten System, wobei die Regression nicht notwendig in einem schlichten Zurückfallen auf alte Strukturen zu verstehen ist.

Muster: Regionalismus als Krisenreaktion bei fundamentalem Strukturwandel

Zwischenresümee

Sicherlich wird keine These allen Erscheinungsformen gerecht, eine Kombination wird in der Regel erforderlich sein. Die Anforderungen an eine Theorie regionaler Identität gewinnen aber erste Konturen. Zugleich bestätigt sich das theoriekritische Potential und der paradigmatische Charakter des Regionalismus.

Theoretische Aspekte oder Problemdimensionen im Lichte (noch) herrschender Theorieansätze

Aus der Sicht der allgemeinen Sozialtheorie zeigt eine Analyse der theoretischen Debatte über den Regionalismus, daß (zumindest) sechs systematische und grundlegende Probleme durch den Regionalismus angesprochen und jeweils Lösungen nahegelegt werden, die vorherrschenden Paradigmen eher zuwiderlaufen. Die Aspekte hängen eng miteinander zusammen, setzen aber eigene Akzente:

1. Funktionale Dimension

Regionen mit regionaler Identität setzen Systeme mit relativer Geschlossenheit voraus und relative funktionale Vollständigkeit (d.h. System- und Sozialintegration: pol.-administrativ, kulturell, ökonomisch, sozialintegrativ).

Es kann bestritten werden, daß Regionen diesen hier angenommenen Charakter besitzen (müssen) bzw. daß Regionen in diesem Sinne (noch) existieren ("Nullhypothese"). Geht man von der Existenz von Regionen im skizzierten Sinne aus, so stellt sich die Frage, in welchem Sinne das Verhältnis zu anderen Ebenen funktionalistisch begriffen werden kann: (a) als funktionale Ausdifferenzierung aus übergeordneten Systemzusammenhängen und/oder (b) als innovative

"funktionierende" Strukturbildung von unten.

2. Maßstabs-Dimensionen

Thesen über funktionale Differenzierungen setzen in der Regel implizit Annahmen über Mehr-Ebenen-Strukturen voraus, wobei unklar bleibt, ob a) interne Maßstäblichkeit i.S. der Unterschiedlichkeit von Größenordnungen von Teilsystemen im funktionellen Zusammenhang gemeint ist (z.B. Abteilungen einer Organisation) oder

b) externe Maßstäblichkeit i.S. unterschiedlicher Strukturbildungsmechanismen, die unterschiedliche Reichweite haben (z.B. persönliche Interaktionen vs. formale Assoziation) und

c) welche Bedeutung den Wechselbeziehungen verschiedener Funktionen oder Mechanismen auf einer Ebene zukommt.

So werden sozialräumliche Ebenen (Wohnen - Nachbarschaft - Gemeinde - Region - Nation) immer wieder unreflektiert entweder als Funktionsräume (a) oder als Vernetzungen (b) charakterisiert. Ihre Multifunktionalität ergibt sich entweder aus einer sozialen Schließung von unten (z.B. "natural areas") oder einer Querschnittszuständigkeit von oben (z.B. politische Gemeinde).

3. Raum-, Zeit- und Sachdimension

Gerade in der Sozialgeographie (spez. Zeitgeographie) ist die konstitutive Bedeutung - gegenüber der Bedeutung als produzierte Ressource - von Raum-Zeit-Strukturen und von materieller Kultur als Gesamtheit physischer Objekte ein wichtiges Thema. D.h. wie GIDDENS inzwischen berücksichtigt, wenn auch noch eher programmatisch: Strukturbildungen vollziehen sich durch konkrete Handlungen in Raum und Zeit und mit Objekten, was unmittelbar strukturierende Einflüsse hat und wodurch die "Brüchigkeit" der Strukturen (mit-)erklärt wird. In handlungstheoretisch geschlossenen Systemen zählt demgegenüber die konkrete Infrastruktur zur Umwelt, weshalb typische Idealisierungen der Ganzheitlichkeit und Geschlossenheit sozialer Systeme (Gruppe vs. Netze, Gemeinden vs. Verflechtungen etc.) immer wieder Platz greifen.

4. Handlungs-Struktur-Dimension

Zentral für die Strukturbildungstheorie von GIDDENS (aber nicht nur ihn) ist das Verhältnis von Akteuren bzw. Handlungen und sozialen Strukturen. Dabei wählt er die Formel von der "Dualität der Struktur", d.h. in konkreter Praxis sind Handlung und Struktur "2 Seiten der gleichen Medaille".

Aber (a): Die Beharrlichkeit, mit der in Fragen der Ethnik und regionaler Identität auf die Wirksamkeit von Traditionen und kollektiven Identitäten verwiesen wird, verweist ihrerseits immer wieder auf den eingeschränkten Stellenwert der Handlungsorientierung auf individueller Ebene und verlagert sie zumindest auf regionale Eliten, jedenfalls kollektive Akteure.

Und (b): Wenn Handlungen und Strukturen sich jeweils in Prozessen mit unterschiedlichen Zeithorizonten verändern, reduziert sich die "Dualität" dann nicht auf eine Trivialität (definitionsgemäß sind Handlungen der "Stoff" alles Sozialen) bzw. verfehlt systematisch in Prozessen unterschiedlicher Reichweite genau dieses differenzierte Verhältnis von aktueller Handlung und andauernder Struktur? Deutlich wird dies etwa bei GIDDENS an der Überforderung des "praktischen Bewußtseins" als Steuerungselement sozialer Prozesse.

5. Identitäts-Subjektivitäts-Dimension

Aus der Debatte über regionale Identität lassen sich offenbar Kategorien aus der Psychologie (wie Identität, Subjekt, Bewußtsein, Reflexion) bzw. die Rede von Kollektivsubjekten wie Stamm, Volk oder Volksgruppe nicht eliminieren. D.h., daß gegenüber der individualistisch orientierten, rationalen Handlungstheorie die Frage nach kollektiver Subjektivität auf der Agenda bleibt. Darüber hinaus sperrt sich diese Subjektivität gegen die Konzepte theoretisch entschärfter kollektiver Subjektivität, die mit dem Konzept der rationalen Organisation angeboten werden. Der kollektive Charakter scheint im rationalen Konzept über die Objektivierbarkeit rationaler Informations- und Entscheidungsprozesse soweit entproblematisiert, daß wir uns sogar mit einer größeren Rationalität formaler Organisation anfreunden. Aber: Die kollektive Subjektivität einer Region scheint gerade nicht einer rationalen Rekonstruktion zugänglich und schnurstracks in einen neuen Mystizismus

vormoderner kollektiver Subjekte zu führen.

Diese Thematik wird durch LÜBBE auf den Punkt gebracht, wenn er das Identitätsthema mit der Idee der Emanzipation in einen Gegensatz bringt. Es entsteht der Bedarf an einer Theorie kollektiver Subjektivität und Identität, die nicht in einer Theorie rationaler Systeme und/oder individueller Vernunft der sich emanzipierenden Subjekte aufgeht. Aus dieser Perspektive erklärt sich dann auch die Konjunktur des Neohistorismus und des Neokonservatismus der Gemeinschaftsidee.

6. Kognition - Emotion - Dimension

Mit dem Versagen etablierter Modelle kollektiver Subjektivität in Verbindung steht die Betonung emotionaler, affektueller Bindungen und Bannungen (HABERMAS) mit archaischem Beigeschmack. Insbesondere stellt sich die Frage nach einer Theorie sozialer Emotionen und kollektiver Emotionalität, die nicht in Individualpsychologie oder überholter Massenpsychologie steckenbleibt, aber auch nicht Emotionalität zur Begleitmusik rational rekonstruierter Handlungsprozesse degradiert. Vorherrschende kognitivistische Theorien werden diesen Fragen (noch) nicht gerecht. Theorien, die nicht-kognitivistisch ansetzen (etwa behavioristisch oder biologisch-evolutionär) stehen sofort (häufig zurecht) unter einem "Naturalismus"-Verdacht.

Zusammenfassend:

- Diese sechs Dimensionen werfen die Frage nach dem Typ Theorie auf, der diese Aspekte angemessen behandeln kann. Sicherlich werden immer einzelne Aspekte schon von anderen Theorien ins Zentrum gerückt, aber eine Theorie, die
- strukturbildend und nicht funktionalistisch ist,
- ein theoretisch fundiertes Mehr-Ebenen-Modell anbietet,
- die Raum-Zeit-Sach-Dimension konstitutiv, nicht nur als Umwelt enthält,
- nicht einseitig akteur-orientiert ist, sondern ungleichzeitige Strukturprozesse erlaubt,
- über eine Theorie kollektiver Subjektivität/Identität jenseits rationaler Organisation verfügt und
- emotionale Prozesse insbesondere auf kollektiver Ebene behandeln kann,

Die durch den Regionalismus gestellte Frage nach dem Stellenwert und Eigenwert regionaler kulturell-partikularer Identitäten birgt einen erheblichen theoretischen Zündstoff aus der Sicht vorherrschender wissenschaftlicher, aber auch praktisch-politisch relevanter Paradigmen. Das macht die Bedeutung dieses Gegenstandes für die Theoriebildung nach meiner Einschätzung aus. Aktuelle Konzepte regionaler Identität, die sich an den Problemen eines regionalen "Identitätsmanagements" orientieren und am Erfolg in der Konkurrenz der Regionen gemessen werden, müssen zu kurz greifen. Dieses Kriterium wird jedenfalls als integratives Strukturelement etwa eines "Europa der Regionen" nicht ausreichen, ja vielmehr systematische "Raumopfer" (NASCHOLD) produzieren. Wir brauchen auch nicht nach Europa zu schauen, um uns von der Begrenztheit dieser Strategie zu überzeugen. Im Prozeß der Wiedervereinigung erleben wir gegenwärtig täglich Beispiele dafür, wie fragwürdig eine Politik ist, die in 40 Jahren (und länger) gewachsene Strukturen und Identitäten nicht respektiert und entwickelt, sondern eine neue Identität mit den Strategien der Expansion eines erfolgreichen Großunternehmens "BRD (West)" durchzusetzen sucht. Stattdessen böte sich die Chance, in einem wirklich offenen Prozeß neue kollektive Identitäten zu entwickeln, die sowohl die historischen Konnotationen als auch moderne und postmoderne Utopien miteinander vermitteln.

Diese aktuelle praktisch-politische Relevanz einer Theorie regionaler Identität war nicht mein Thema, aber vielleicht wurde deutlich, welche Fruchtbarkeit das Problem für die Theoriebildung auch und gerade in der Stadt- und Regionalsoziologie hat bzw. haben könnte.

eine solche Theorie gibt es zur Zeit nicht oder (bei z.B. GIDDENS) bestenfalls in Ansätzen. Der Regionalismus erweist sich ein weiteres Mal als paradigmatisches Bezugsproblem.

Fazit

Es stellt sich nochmals die Frage: Warum tut und tut sich die Soziologie mit der theoretischen Behandlung des Regionalismus so schwer?

Bezogen auf die interdisziplinäre Theoriendebatte sehe ich vorrangig drei Gründe:

1. Der Abschied von Modernisierungstheorien und der Idee des Fortschritts fällt immer noch schwer. Und das ist verständlich. Denn die Geschichte schreitet weiter und wenn nicht in Richtung auf das Gute, Schöne, Wahre der Aufklärung und der Emanzipation, wohin dann?
2. Der Abschied vom rationalen Akteur als dem Kernstück moderner Handlungstheorie fällt schwer. Denn nur er kann den Fortschritt garantieren, so scheint es, und nur er bildet eine Basis für das Unternehmen Wissenschaft und damit für das Selbstverständnis einer wichtigen gesellschaftlichen Elite - uns selbst als Wissenschaftler.

3. Ein Blick auf die sechs Dimensionen zeigt, daß naturalistische Faktoren wie Raum, Zeit, Anzahl bzw. Maßstäblichkeit und Emotionen als Elemente konkreter und historischer Individualität eine entscheidende Rolle spielen. Damit unterliegt u.a. die Debatte über regionale Identität immer wieder einem "Naturalismus"-Verdacht, d.h. das unbewältigte Dualismus-Problem von Natur- und Sozialwissenschaften bestimmt immer noch die theoretischen Optionen. Ich habe unter dem etwas provokanten Titel "Die Neue Sozialphysik" (1989) mit Rückgriff auf DURKHEIM versucht, diese naturalistische Problemdimension zu präzisieren, für die Soziologie hoffähig zu machen und mit einer Theorie sozialer Strukturbildung im Anschluß an GIDDENS zu verbinden. Das ist allerdings nur ein möglicher Ansatz, nicht der einzig denkbare und sicherlich noch weiter zu entwickeln.

Rainer Stierand
Universität Dortmund

Regionalismus als soziologisches Forschungsfeld

Thesenpapier für die Frühjahrstagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie am 8./9. Mai in Göttingen

"Die 'Hinwendung zur Region' setzt v.a. dort ein, wo das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit und -gerechtigkeit übergeordneter staatlicher Instanzen erschüttert ist - ..." (Gerdes 1980, S. 18). Nach der Meinung von Dirk Gerdes kann immerhin diese noch sehr allgemeine These als akzeptiertes Ergebnis der Regionalismusforschung gelten. Es würde auch für die regionalen Bewegungen in Ostmittel- und Osteuropa zutreffen; die Regionen versuchen offenbar dort die Probleme aktiv selbst zu bewältigen; doch haben diese neuen regionalen Bewegungen noch eine ganz andere Seite, auf die ich in erster Linie aufmerksam machen will. Im Unterschied zu der zitierten Aussage, nach der Regionalismus eher als Ausdruck vitaler endogener Kräfte einer Region erscheint, möchte ich ihn im Folgenden eher als Ergebnis des Schwindens dieser Kräfte auffassen, in mancher Hinsicht als letzte Notwehrreaktion bedrohter Region.

Ein Zitat aus der Süddeutschen Zeitung der letzten Woche kann diese Seite des Regionalismus veranschaulichen und verdeutlichen, daß sie eine entsprechende wissenschaftliche Fragestellung notwendig macht. Es ist ein Beispiel für eine regionalistische Entwicklung in Europa, die bisher selbst in der spezielleren Regionalismuskonversation keine Rolle mehr gespielt hatte, die aber plötzlich eine Bewegung von zumindest europäischen Ausmaßen geworden ist.

In Bosnien-Herzegowina leben drei Völker nebeneinander: Muslime (43%), Serben (32 %) und Kroaten (18 %). Nach jahrhundertelanger Koexistenz hatten sie zuletzt während des Zweiten Weltkriegs einen blutigen Streit ausgetragen. Jetzt, in dem Augenblick als die Dreivölker-Republik als selbständiger Staat Souveränität erlangen soll, läuft wie ein eingeprobtes Schauspiel ein regionalistischer Konflikt ab. "Die Serben Bosniens fühlen sich - wie auf Kommando - von Muslimen und Kroaten bedroht und rufen um Hilfe. Serbische Freischärler,..., folgen dem Ruf von jenseits der Grenzen und 'befreien' Städte und Dörfer in denen eine serbische Minder- oder Mehrheit lebt, - so genau kommt es darauf nicht mehr an. Die muslimische und kroatische Bevölkerung flüchtet, die 'Serbische Republik Bosnien-Herzegowina' wird mit Waffengewalt 'ethnisch rein' gemacht. Zur Gegenwehr formieren sich muslimische und kroatische Heimwehren und Freiwilligenverbände. Es entsteht jenes explosive Gemisch paramilitärischer Verbände, das sich jeder Kontrolle entzieht. Jetzt greift die 'Volksarmee' ein. Zunächst unter dem Mantel der unparteiischen Ordnungsmacht, dann ist sie nur noch militärische Macht, die mit Bomben und Granaten der 'gerechten' Sache zum Sieg verhelfen will: ... Daß Bosnien-Herzegowina ein unabhängiger Staat ist, in dem sie eigentlich nichts zu suchen hat, kümmert die Generäle wenig" (Süddeutsche Zeitung 18./19./20. April 1992, S. 4).

Wir kennen dieses Schauspiel, das nach ganz ähnlichem Drehbuch vor dem Zweiten Weltkrieg und während des zweiten Weltkrieg (z.B. in der Tschechoslowakei) gespielt wurde mit anderen Nachbarstaaten in den Akteursrollen und anderen Minderheiten und Völkern in den Statistenrollen.

Wir sind erschreckt von der Irrationalität und der Gewalttätigkeit dieser Auseinandersetzungen aber auch darüber, daß wir nicht begreifen können, was sich und warum es sich ereignet. Besonders als Wissenschaftler sind wir von dieser Entwicklung überrascht. Haben wir doch bisher z.B. in der Regionalforschung einen historisch-genetischen/sprachlich-kulturellen von einem voluntaristisch-rationalen Regionstyp unterschieden (Roemheld u.a. 1987, S. 74 ff) und uns dabei gefragt, ob es sich bei Regionen nicht vielfach um eher unwichtige, häufig bloße normative Konstrukte handle und welche empirische Realität ihnen entsprechen würde. Nun stellen sich Regionen im östlichen und südöstlichen Teil Mitteleuropas in einem anderen aber vergleichbaren Sinne plötzlich als sehr handfeste ökonomische, politische und soziale Gegebenheiten heraus, deren explosiver Dynamik die Wissenschaft hinterher rennt.

Um auf diese Entwicklungen in Ostmittel- und Osteuropa von der wissenschaftlichen Seite her angemessen vorbereitet zu sein, hätte es erheblicher Forschungsleistungen bedurft. Aber auch als Ergebnis einer umfangreichen Forschung hätten Wissenschaftler ein solches Szenario ernsthaft wohl nie durchgespielt, wie es die Wirklichkeit jetzt schreibt. Zusammen mit dem Wandel zu einer neuen geopolitischen Ordnung und dem Kollaps der Planwirtschaft in Ostmittel- und Osteuropas mit einer weltumspannenden Umverteilung von Märkten findet ein umfassender gesellschaftlicher Wandel statt. Er besteht ausgehend von Ostmittel- und Osteuropas im Untergang eines Gesellschaftssystem, vor allem durch die Ablösung des gesellschaftspolitischen Modells des realen Kommunismus, in der Umbruchphase auch verbunden mit einschneidenden sozialen Konsequenzen für etwa ein Drittel der Erdbevölkerung und dringlichen gesellschaftspolitischen Neuorientierungen.

Viele sehen in diesem Strukturwandel des Gesellschaftssystems, den Kern der Gesamtentwicklung. Er ist in Mittel- und Osteuropa zumindest auf engste verbunden, man kann auch vermuten fundamental verknüpft, mit Phänomenen, hinter denen zunächst wiedererwachende nationale Selbstständigkeitsbestrebungen erwartet wurden, die sich aber bald als regionale Bewegungen herausstellten.

Sozialwissenschaftliche Theoriebildung und Empirie wäre wohl der Vorwurf zu machen, sie hätte ein wichtiges Forschungsfeld nicht ausreichend entwickelt, wenn sie in dieser Situation nicht in der Lage wäre, zumindest einiges an Aufklärung über die gesellschaftlichen Ursachen von regionalen Bewegungen beizutragen. In der Tat sind die regionalen Bewegungen als wichtige Gegenstände sozialwissenschaftlicher Untersuchungen anerkannt und es liegen eine Reihe von Forschungsergebnissen vor, die Reinhard Pieper, auf den ich mich hier stützen werde, knapp

in den vier unten skizzierten Thesen zusammengefaßt hat. Die Relevanz des Regionalismus als Forschungsthema ist also nicht bestritten. Allerdings ist auch deutlich, daß diese Forschung in einem der heute sichtbaren Problematik angemessenen Umfang d.h. insbesondere mit einem der Problemdimension angemessenen Forschungsaufwand nicht stattgefunden hat.

Gründe dafür können einerseits in der Systematik der über dieses Thema forschenden Wissenschaften und ihrem Analyseapparat einschließlich ihrer institutionellen Möglichkeiten gesucht werden, andererseits in der Besonderheit des Regionalismus als Forschungsgegenstand.

Zum ersten Grund: Von den Wissenschaften und ist hier besonders die Soziologie gefordert. Gewiß sind die ökonomische und politische Analyse auch in diesem Feld unabdingbare Voraussetzungen einer problemgerechten Forschung und sicher wäre ein Gutteil zur Erhellung des Regionalismus insbesondere auch durch die Geschichtswissenschaft und die Volkskunde zu leisten oder von der Geographie und Psychologie. Doch ohne Zweifel sind die zentralen Fragestellungen bei der wissenschaftlichen Bearbeitung des Regionalismus z. B. die Migrationsproblematik, der Konflikt von Wert- und Normsystemen, die unter der sozialökologischen Schule thematisierten Verdrängungs- und Überlagerungsprozesse durch Invasion und Sukzession, Ausgrenzungsprozesse durch Stigmatisierung im Schwerpunkt soziologische Themen.

Die Soziologie scheint jedoch bei den meisten ihrer Themen als räumlichen Bezugsrahmen zumindest den Nationalstaat benötigen, schon weil sie in dieser Hinsicht wissenschaftshistorisch insgesamt auf den Problemen und Voraussetzungen aufbaut, die mit der mitteleuropäischen industriellen Revolution im 19. Jahrhundert und der damaligen gleichzeitigen nationalstaatlichen Entwicklung gegeben waren. (Läpple führt die Vernachlässigung der Raumdimension in der gesellschaftswissenschaftlichen Diskussion des 19. Jahrhunderts darauf zurück, daß in den damaligen nationalstaatlich verfaßten Volkswirtschaften der nationalstaatlich bestimmte Wirtschaftsraum als "Behälter" völlig selbstverständlich vorgegeben war und weitere räumliche Differenzierungen dementsprechend vernachlässigt wurden. Läpple 1991, S. 172, S. 190 ff).

Auch die Stadtsoziologie kommt in vergleichbarer Weise meist über eine Fragestellung nicht hinaus, in der die lokale territoriale Einheit lediglich als Behälter eines sozialen Systems aufgefaßt wird. Dabei externalisiert sie jedoch alle weiteren räumlichen Strukturen aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Erklärungszusammenhang (Läpple 1991, S.195). Oder in der alten Formulierung von Conrad M. Arensberg: die Gemeinde bleibt entweder Objekt soziologischer Forschung, d.h. wird als Einzelfall ohne gesellschaftstheoretisches Erkenntnisinteresse untersucht oder Paradigma, d.h. gibt lediglich Fallstudien für allgemein gesellschaftliche Analysen ab, ohne daß man die spezifische Form räumliche Konstitution gesellschaftlicher Verhältnisse thematisierte (gerade auch wenn man Metropolen untersucht).

Zum zweiten Grund: Der Regionalismus gehört zu den Phänomenen, die sich gegen eine wissenschaftliche Analyse zu sperren scheinen: Ist das auf die verwirrende Formenvielfalt dieser Bewegungen zurückzuführen, die eine Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes erschweren oder darauf, daß beinahe jede theoretische Interpretation sofort in die Nähe von Ideologien oder Ressentiments gerät, jeder Erklärungsversuch dadurch politisiert und die notwendige Unbefangenheit dem Gegenstand gegenüber unmöglich macht?

Die Regionalismen in Ostmitteleuropa und Osteuropa bieten in dieser Hinsicht besonderen Anlaß zu Verwirrung und Engagement: Ihre Heftigkeit mit Toten und Verwüstungen erweist sie als völlig unbegriffen und zudem als mit unseren für den kalten Krieg entwickelten Konfliktregulierungsmechanismen nicht beherrschbar. Durch die räumliche Nähe, in der sie sich abspielen und durch unsere Kenntnis von Land und Leuten, besonders durch Einwanderer, die aus diesen Ländern hier leben, werden wir von den Auseinandersetzungen sehr unmittelbar tangiert und zu Pro- und Contra-Positionen herausgefordert.

Die begonnene eigene Forschung versucht solche emotionalen und tagespolitischen Verwicklungen in das Thema zu vermeiden. Eine vergleichende Analyse verschiedener regionaler Bewegungen ist schon aus diesem Grunde naheliegend, weil sie zu Relativierungen zwingt, die die nötige Distanz zum Forschungsgegenstand gewinnen helfen. Andererseits ist das Ziel meiner Analysen nicht eine Zusammenschau möglichst vieler regionaler Bewegungen unter Einschuß derjenigen Ostmittel- und Osteuropas, etwa mit dem Ziel sie zu klassifizieren oder zu typisieren, ähnlich den bekannten Typologien von Städten.

Vielmehr hoffe ich am Beispiel bestimmter Regionen zeigen zu können, inwiefern sie "soziale Räume" darstellen, im Unterschied zu den vom modernen Staat und der modernen Wirtschaft ausgebildeten funktionalen Raumeinheiten.

Dazu müssen nicht die spektakulären Beispiele aufgesucht werden. Aus verschiedenen Gründen untersuche ich die Sorben und die Slowenen als nationale Minderheiten in der Bundesrepublik bzw. in Österreich. Um das Untersuchungsinstrumentarium zu testen und weiterzuentwickeln betrachte ich zunächst das für mich naheliegendste Beispiel einer Region, nämlich das östliche Ruhrgebiet und Westfalen als eine in funktionaler und sozialer Hinsicht sehr differenzierte regionale Einheit.

Die Analyse verläuft nach einem Schema, das auch zur Analyse anderer sozialräumlicher Gegebenheiten als besonders geeignet erscheint, insbesondere zur Analyse von Stadt und Gemeinden als sozialen Orten. Sie erfolgt in drei Stufen als

1. historische Analyse
2. dimensionale Analyse
3. gesellschafts- und raumtheoretischer Erklärungsversuch.

Die historische Analyse stellt dar, wie die Region "So und nicht anders Geworden ist" (M. Weber), d.h. die Region und die

regionale Bewegung als Ergebnis des Zusammenwirkens verschiedener Bedingungen im Zeitablauf. Historisch kann z.B. herausgearbeitet werden, wie sich funktionale Raumeinheiten bildeten, sich gegenüber anderen abgrenzten und überlagerten. Um dem gängigen Vorurteil eines harmonischen Wachstums entgegenzuwirken muß gezeigt werden, daß diese Entwicklungen teilweise widersprüchlich verliefen und Brüche hatten, dementsprechend auch Sedimente haben, die in Widersprüchen und Verwerfungen bestehen. Die "historische Rekonstruktion der gegebenen Raumstruktur" (Läpple) kommt nicht ohne theoretische Annahmen aus, diese bleiben allerdings vorläufig.

Die auf die historische folgende dimensionale Analyse einer regionalen Bewegung muß vor allem ihre gegenwärtige Entwicklungsdynamik herausarbeiten. Dabei geht es zunächst um Entwicklungsdimensionen in

- materiell-technischer
- ökonomischer
- gesellschaftlicher
- institutionell-politischer
- kultureller
- semiotischer
- und ökologischer Hinsicht.

Diese Darstellung sollte nach meiner Auffassung unterschiedliche oder widersprüchliche Ausprägungen in den verschiedenen Dimensionen nicht zu harmonisieren versuchen. Die Reihenfolge orientiert sich grob am Grad der heutigen funktionalen Ausdifferenzierung der entsprechenden Teilsysteme. Es wird unterstellt, daß sie zu den semiotischen und natürlichen Systemen hin abnimmt und damit auch ihre faktische Bedeutung für industriegesellschaftliche Strukturen. Es könnte es sein, daß diese zuletzt genannten kulturellen, semiotischen und ökologischen Faktoren z.B. in der Regionalpolitik nur dann einbezogen werden, wenn sie sich zur Legitimation der anderen wesentlich strukturbildenden Faktoren eignen.

Die historische und die dimensionale Analyse gehen dem Versuch einer eigentlich theoretischen Diskussion voraus. Sie soll die gegenwärtige Entwicklung durch raumstrukturierende gesellschaftliche Kräfte erklären und verknüpft die unter vorläufigen theoretischen Gesichtspunkten durchgeführte historische und dimensionale Analyse zu Erklärungsansätzen. D.h. forschungspraktisch: das dort strukturierte empirische Material dient zur Prüfung der Hypothesen, die die sozialwissenschaftliche Diskussion zur Erklärung von regionalistischen Bewegungen entwickelt hat.

Ich beziehe mich bei dieser Diskussion zunächst auf Reinhard Piepers Zusammenfassung in vier Thesen zum Regionalismus und seiner Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Strukturwandlungen, insbesondere dem Modernisierungsprozeß. Sie geben einen guten Ansatzpunkt, die eigenen theoretischen Fragestellungen zu verdeutlichen und anzugeben wie sich für mich innerhalb des Regionalismusthemas ein Forschungsfeld strukturiert.

1. Regionalismus kann zum einen verstanden werden als der Protest peripherer Regionen gegen eine Benachteiligung gegenüber den Zentren oder als das Selbstbewußtsein reicher zentraler Regionen. Dieses Interpretationsschema (von Pieper als Differenzierungsthese bezeichnet) erlaubt also die Erklärung des Regionalpatriotismus von prosperierenden Regionen (etwa des Raums München) einerseits, der Gegenwehr von zurückbleibenden Regionen andererseits, der Gegenwehr von zurückbleibenden Regionen andererseits, wobei dieser Protest nach dieser These zwei Ursachen haben kann: entweder wird die Benachteiligung im Modernisierungsprozess als mangelnde Anpassungsfähigkeit an die Notwendigkeiten der modernen Industriegesellschaft aufgrund von veralteten soziokulturellen und ethnischen Traditionen angesehen, oder der regionale Protest wird als spezielle Form des Klassenkampfes, die räumliche Benachteiligung also als sozialstrukturelle Schicht- oder Klassenbenachteiligung interpretiert (mit der zuletzt genannten Interpretation versuchte man z.T. nach dem offiziellen DDR-Verständnis der Minderheit der Sorben im Südosten des Staatsgebietes gerecht zu werden).

Dieses Erklärungsmuster, das die Regionalismen als soziale "Verarbeitungsformen" der durch die Moderne ausgelösten ökonomischen und raumfunktionalen Benachteiligungen und Bevorzugungen einordnet, setzt letztlich voraus, daß regionalistische Bewegungen auch in ihrer Selbstinterpretation die Moderne als Maßstab für die Entwicklung ihrer Region und ihr Selbstbewußtsein akzeptieren; dies dürfte meist nicht zutreffen; die Differenzierungsthese erklärt auch nicht, warum in vielen verarmten Regionen aber auch erstarkenden Zentren regionalistische Bestrebungen fehlen. Außerdem ist offensichtlich, daß die regionalistische Konfliktlinie wohl meist quer zu der sozialstrukturellen Differenzierung in einer Bevölkerung verläuft.

Die in diesem Zusammenhang aufgeworfene Frage nach der Funktion regionaler Eliten, die in Konflikten entweder als Sachwalter der nationalen Interessen auftreten oder sich mit den regionalen Problemen identifizieren, häufig jedoch in eine "Pufferfunktion" geraten, ist offensichtlich durch die Differenzierungsthese nicht beantwortbar. Das Beispiel des schottischen Regionalismus zeigt, daß eine starke schottische Identität gleichzeitig mit einer eindeutigen Identifikation mit der britischen Nation und damit eine Hierarchie kollektiver Identitäten bestehen kann. Dies scheint der Differenzierungsthese zunächst ebenso zu widersprechen wie die Möglichkeit, daß sich der Regionalismus in etablierten Institutionen oder als soziale Bewegung vollziehen kann. Die erklärende Annahme einer der Moderne immanenten Entwicklung von räumlichen Disparitäten und eines grundsätzlichen Konfliktes zwischen Zentrum und Peripherie paßt schlecht zu diesen Erscheinungsformen des Regionalismus.

2. Der "Persistenzthese" liegt die Annahme zugrunde, daß ethnische Identitäten und Kulturmerkmale eine historische Trägheit besitzen, die sich in Sprache, Sitten, Gebräuchen und in der Gestaltung einer Region als Kulturlandschaft manifestiert (Pieper 1987, S. 536). Wenn die daraus resultierenden kulturellen Grenzen mit neuen sozioökonomischen oder politischen Konfliktlinien zusammenfallen, werden sie zur "symbolischen Waffe"

stilisiert. Auch im umgekehrten Fall, wenn sozioökonomische Differenzierungen ihre Bedeutung verlieren, könnten nach dieser These die kulturellen Differenzierungen für Interessenkonflikte mobilisiert werden.

Die Persistenzthese geht davon aus, daß sich durchaus verschiedene Konstellationen von kulturellen Merkmalen, also Sprache, Herkunft, Territorium, Rasse usw. finden, denen jedoch gemeinsam ist, daß sie eine andere "zeitliche Maßstäblichkeit" besitzen als die Veränderungen im schnellen Modernisierungsprozeß. Trotz oder gerade wegen moderner Kommunikationstechnologie, die die Diffusion kultureller Merkmale in Raum und Zeit beschleunigen, würde ein Bedürfnis nach regionaler Kultur produziert. "Nur vor dem Hintergrund einer Modernisierungstheorie, welche Rationalität mit der Modernisierung gleichsetzt, ist dieses Bedürfnis "irrational", "regressiv" und "rein emotional". (Pieper 1987, S. 537)

Ganz offensichtlich versucht diese These die Maßstäbe, die von regionalen Bewegungen für ihre jeweilige Identität für wichtig gehalten werden, ernst zu nehmen und im Gegenteil den Modernisierungsprozeß mit seinen "Zumutungen" als Konfliktstiftende zusätzliche Größe einzuführen, die sich jener identitätsstiftenden kulturellen Unterschiede nur interessengeleitet bedient.

Diese These erklärt nicht, wie es gelingen kann, daß moderne Funktionen, die meist eine völlig andere, nicht nur zeitliche, sondern auch soziale und räumliche Maßstäblichkeit haben, sich auf jene kulturellen Merkmale "aufsatteln" und sie dadurch verstärken können, wo doch zu erwarten wäre, daß die traditionellen kulturell-bedeutsamen Merkmale, z.B. kulturräumlichen Grenzen von der modernen Funktionsanforderungen z.B. funktionsräumlichen Anforderungen von Wirtschaft und Verwaltung eher neutralisiert und entwertet werden.

3. "Die Konvergenzthese behauptet nun, daß der Regionalismus auf die Konvergenz systemintegrativer und sozialintegrativer Strukturbildungsprozesse auf einer Ebene im Maßstab der Region zurückzuführen ist" (Pieper 1987, S. 537). Effektive Systemorganisation als Anforderung einerseits, soziale Integration andererseits würden insbesondere auf der Ebene zwischen der Makroebenen der Gesellschaft und ihren funktionalen Teilsystemen und der Mikroebene der Individuen und Kleinhaushalte gestellt. Besondere Bedeutung erhalten in diesem Zusammenhang Raum-Zeit-Strukturen und die Emotionalität.

Regionale Identitäten sind nach dieser These das Ergebnis sozialintegrativen Prozesse. Die Raumebenen werden als Hierarchie vorgestellt und als relativ autonom angenommen. Auf der Mesoebene der Region seien diese Prozesse sehr konfliktreich, weil hier die intermediäre Möglichkeit zur Strukturbildung tendenziell zerstört sei.

Diese These erklärt, wie die Persistenzthese, die sehr wichtigen nicht-rationalen Elemente des Regionalismus, ohne sie allerdings implizit gegenüber den rationalen modernen Strukturen

bereits auf- oder abzuwerten. Sie erweisen sie im Gegenteil als sozialintegratives, d.h. strukturbildendes Moment. Erklärt wird partiell die unterschiedliche Schwierigkeit der Sozialintegration auf verschiedenen Raumebenen.

Die Schwierigkeit besteht jedoch nach meiner Auffassung darin, mit dieser These die auf den verschiedenen Raumebenen (lokale Einheit, Region, Nation) sehr unterschiedlichen Formen dieser Sozialintegration zu erklären. Lokal ergeben sich z.B. zwar ebenfalls emotional gefärbte aber doch qualitativ völlig andere Möglichkeiten der Identifizierung bzw. der Auseinandersetzung mit den Systemanforderungen als in regionalen oder nationalstaatlichen Strukturen.

4. Die vierte These weist auf mit dem Regionalismus verbundene Prozesse hin, die die Ausdifferenzierung in funktionale Teilsystem und Hierarchien in Frage stellen. Die Differenzierung sei schon so weit fortgeschritten, daß die Anpassungsfähigkeit des Gesamtsystems in den selbstproduzierten Krisen gefährdet sei (Pieper 1987, S. 538). Eine Regression auf frühere undifferenziertere Entwicklungsstadien könne jedoch den Gewinn von neuen Potentialen bedeuten.

Der Regionalismus sei in diesem Sinne gegen Versuche der einseitigen Funktionalisierung von Gebieten nach nationalen Erfordernissen gerichtet. Entdifferenziertere räumliche Nutzungsmuster als regionalistische Forderung sollten mehr Handlungsspielräume für Alternativen eröffnen und dementsprechend (nach der Analogie von biologischen Systemen) zu mehr Flexibilität und Variabilität in der Region verhelfen. Das Territorium biete sich als Bezugsrahmen für eine soziale Bewegung mit dem Ziel der regressiven Strukturbildung deswegen an, weil es einen relativ neutralen, inhaltlich wenig voraussetzungsreichen Bezugsrahmen darstelle.

Mit dieser These ("Entdifferenzierungsthese") können wichtige Erscheinungsformen von regionalistischen Bewegungen erklärt werden, die eine nachteilige funktionale Spezialisierung von Regionen im Zusammenhang der modernen nationalen und internationalen funktionsräumlichen Arbeitsteilung mit der einhergehenden Monostruktur und Krisenanfälligkeit einer Region aufheben wollen. Sie weist im Gegensatz zur vorher genannten Konvergenzthese auf bestimmte, einer weiteren (industriengesellschaftlichen) Strukturierung entgegengerichtete Bestrebungen hin. Allerdings enthält sie die im allgemeinen der Theorie der Modernisierung zugrundeliegende Annahme, Regionen seien lediglich neutrale "Behälter" für intern mehr oder wenig beliebig sozial und räumlich (in diesem Falle nach dem Vorbild von biologischen Systemen) zu strukturierende Lebensverhältnisse. Daß sie bereits über bestimmte historisch vorstrukturierte Potentiale und eine interne Arbeitsteilung verfügen, die in der Region spezifische und nicht ohne weiteres rückholbare kulturelle und auch materiell-physische Voraussetzungen und Sedimente haben, gerät dabei aus dem Blick.

Auf der Grundlage dieser Diskussion können der eigene Erklärungsansatz verdeutlicht und die daraus resultierenden Fragen an das empirische Material erläutert werden.

1. Ich nehme an, daß wir bereits unter den Bedingungen der Industriegesellschaft und der Nationalstaaten, aber umso mehr unter heutigen Bedingungen transnationaler gesellschaftlicher und politischer Zusammenschlüsse in einem sehr starken Spannungsverhältnis zwischen diesen makro-räumlichen Systemen und dem sich unvermeidlich im Mikroräumlichen abspielenden Lebensalltag jedes Einzelnen stehen. Es entsteht durch die großmaßstäbliche Ausdifferenzierung von Subsystemen und damit einhergehenden funktionsräumlichen Ausdifferenzierungen, die bis zu einem sehr hohen Grade fortgeschritten ist, einerseits. Andererseits besteht für jeden Einzelnen weiterhin die Notwendigkeit zur individuellen körperlichen und seelischen Integration als Person. Dies gilt auch in räumlicher Hinsicht: unsere Sinne sind auf "elementare Raumerfahrungen" (Läpple) angewiesen, die "Doppelörtlichkeit" (Beck) ist auch mit allen Hilfen der modernen Kommunikationsmittel nur ein hypothetisches Konstrukt. Trotz aller Gesundheits-, Sinnes- und Gefühlsartikulation, die wir lernen mußten, um mit raschem sozialem Wandel, ständiger Mobilität usw. zurechtzukommen, sind wir als Person weiterhin z.B. auf die physischen Anforderungen unserer Körper gebunden und damit an bestimmte Orte im Raum angewiesen, müssen weiterhin bestimmte psychische Integrationsleistungen vollbringen und im sozialen Nahbereich Beziehungen aufrechterhalten.

2. Das Spannungsverhältnis zwischen den Funktionssystemen nationaler und transnationaler Art und dem individuellen Nahbereich ist deswegen besonders dramatisch geworden, weil diese Systeme nach ihrer Expansionslogik die lebensweltlichen Reserven, die erhalten (oder neu erkämpft) sind, zunehmend zu kolonisieren versuchen. Dies gilt auch in räumlicher Hinsicht: die industrielle Wirtschaftsweise und die Durchrationalisierung durch moderne Verwaltung und Politik erfassen die letzten bisher traditionell geprägten Gebiete (Ipsen). Lebensweltliche Energien werden nach Möglichkeit noch an dem Ort und zu dem Zeitpunkt, zu dem sie sich äußern, in wirtschaftlich nutzbare und verwaltungsmäßig regelbare Bahnen gelenkt.

3. Die Integrationsmechanismen, die die gesamtwirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Subsysteme koordinieren, haben einen dem fortgeschrittenen Ausdifferenzierungsprozeß entsprechende Charakter angenommen. Sie bestehen in sehr differenzierten aber insgesamt effizienten Regelungsmechanismen, die über viele, meist sehr abstrakte, Medien verfügen, von denen Macht und Geld nur die äußerlich wichtigsten sind. Der Vielzahl funktionaler Teilsysteme und ihrer Integration entsprechen eine Vielzahl von Funktionsräumen, in denen sich diese Subsysteme "räumlich manifestieren" (Läpple 1991, S. 198). Die Integration dieser sich überlagernden, sich teilweise widersprechenden oder überlappenden Einflußzonen, Wirtschaftsräumen, administrativen Bezirken usw. verlangt entsprechend komplexe Regelungsmechanismen, die auch auf den Nahraum jedes Einzelnen zugreifen. Trotzdem scheint in funktionaler und räumlicher Hinsicht diese lokale soziale Raum insgesamt konkreter und einfa-

cher strukturiert, mit dem banalen Verstand und den Sinnen erfäßbarer und durch andere Medien wie Liebe oder Haß, Sozialisation und soziale Kontrolle, Eigentum/Nichteigentum an Grund und Boden usw. recht elementar geregelt.

Meine Hypothese ist, daß Regionalismus dort auftritt, wo in dem Spannungsfeld von gesamtgesellschaftlichen Systemen und Funktionsräumen und lokaler Vergesellschaftung zusätzliche systemische Anforderungen zu plötzlich oder zu widersprüchlich auftreten und dadurch die lokalen Integrationsmechanismen überfordern. Regionalismus als Überlastung lokaler sozialer Intergration findet sich überall dort als Gegenwehrreaktion, wo lokale Lebenswelten durch zusätzliche oder stark veränderte Systemanforderungen in der Gefahr sind kolonisiert zu werden.

Regionalismus unterscheidet sich also von dem "normalen" Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Region dadurch, daß dieses "selbstverständlich gelebt" (Herlyn), jenes erst durch derartige Konflikte aktualisiert wird. Im Gegensatz zu den Annahmen, die von der Differenzierungs- oder der Persistenzthese nahegelegt werden, scheint mir Regionalismus als soziale Bewegung selbst bei disparitären und ungleichzeitigen Regionalentwicklungen eher eine Ausnahme zu sein und besonders dort wenig wahrscheinlich, wo die regionale Eigenständigkeit und das regionale Selbstbewußtsein aufgrund von Faktoren wie Herkunft, kultureller Tradition, Sprache, wirtschaftlicher Prosperität usw. gut ausgeprägt ist. Regionalismus ist ein von dieser regionalen Eigenständigkeit und diesem Regionalbewußtsein unterscheidbares, in gewisser Weise ihnen sogar entgegengesetztes Phänomen. Je eigenständiger und selbstbewußter eine Region ist, umso belastungsfähiger z.B. durch eine wirtschaftsräumliche Benachteiligung oder administrative Separierung in unterschiedliche Teilgebiete scheint ein traditioneller lokaler oder regionaler sozialer Raum zu sein und entsprechend anpassungsfähiger wird er auch den nationalen und internationalen Anforderungen gegenüber sein (z.B. einpassungsfähig in etablierte politisch-administrative Bahnen und in eine Hierarchie von nationaler, regionaler und lokaler Identität). Dagegen werden bei Gefahr der Destabilisierung lokaler Lebenswelten jene Kräfte mobilisiert, die sich gegen die systemischen Anforderungen wehren.

Diese Gegenwehr erfolgt dann über den Einsatz lebensweltlicher Regulationsmechanismen, die aber in den abstrakten Beziehungen in gesellschaftlichen Gesamtsystemen kaum Wirksamkeit haben oder zerstörerisch wirken, also mit Liebe und Haß, dem Bestehen auf Eigentumstiteln an Grund und Boden oder dem Bestehen auf Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und dem Selbstbestimmungsrecht. Entsprechend arbeiten regionalistische Leitbilder auch mit einer "banalen Raumauffassung" (Perroux) und der illusionären Vorstellung, daß die kulturellen mit den politischen, den ökonomischen und ökologischen Räumen (Läpple) zusammenfallen müßten. Auch dies läßt sich darauf zurückführen, daß konkrete lebensweltliche Kategorien auf abstrakte Raumbeziehungen übertragen werden.

Definiert man Regionen wie Altvater als "räumliche Zusammenfassung von Orten vergleichbarer ... Ressourcenausstattung, gemeinsamer Traditionen der dort lebenden Menschen, einer spezifischen Artikulation von Arbeits- und Lebensbedingungen ..., eines spezifischen Zeitregimes und Raumverständnisses," (Altvater nach Läpple 1991, S. 199) so zeigt sich, daß der Regionalismus im Normalfall nicht charakteristisch für Regionen ist. Allerdings erweist sich die Region doch stärker als z.B. die Gemeinde als "Ort der Widersprüche zwischen Funktionsräumen" (Altvater nach Läpple 1991, S. 199). Läpple betont zu recht, daß insbesondere auf dieser Raumbene die Widersprüche zwischen den lokalen und gesamtgesellschaftlichen Funktionsräumen zutage treten und insbesondere hier die regionalen Teilsysteme Gesellschaft, Kultur und Ideologie mit denen des Nationalstaates und Weltmarktes kompatibel gemacht werden müssen.

Aber auch schon von ihrer Größe und damit notwendig gegebenen Heterogenität her ist die soziale Integration von Regionen stärker gefährdet als die kleinerer lokaler Einheiten. Räumlich überlagern sich auf demselben Gebiet sehr unterschiedliche Identifikationsmöglichkeiten mit teilweise sehr hohem Aufforderungscharakter, z.B. den Wehrdienst bei der einen oder anderen nationalen Armee abzuleisten. Es ergeben sich Integrationsforderungen in sehr unterschiedliche soziale Systeme, z.B. Kirche versus Partei mit unterschiedliche räumlichen Einzugsgebieten. Außerdem kontrastieren häufig die traditionellen mit den modernen Rollenerwartungen, z.B. sollen einerseits ethnische Grenzen bei Heiraten beachtet, andererseits im geschäftlichen Alltag übersprungen werden ("der gewissenlose Geschäftsmann"), politisch einerseits wird absolute landsmannschaftliche Loyalität verlangt, andererseits müssen nationale und internationale Beziehungen gepflegt werden. (Die durch die oben genannte Entdifferenzierungsthese hervorgehobenen Sachverhalte stellen also die Anforderungen meist nur zur Hälfte dar und verdecken gerade die mit den Forderungen nach Regression auf einen regionalen Kontext gegebenen Schwierigkeiten).

Dieser Erklärungsansatz scheint mit interessant genug um ihn mit dem empirischen Material zu konfrontieren. Bevor jedoch die erheblichen Aufwendungen gemacht werden, zwei Forschungsfelder in Ostmitteleuropa zu erschließen, will ich seine Plausibilität in einem heimischen Erfahrungsfeld testen, das gut dokumentiert ist und das ich auch aus einer gewissen Innensicht kenne. Ich untersuche mit Hilfe der genannten begrifflichen und methodischen Werkzeuge und Hypothesen in einer Vorstudie die Herausbildung der gegebenen Raumstruktur im östlichen Ruhrgebiet und Westfalen. Soziale Strukturbildungs- und Abgrenzungsprozesse in der Folge von Industrialisierungs- und regionaler Arbeitsteilung im Reichsgebiet und politische Provinzialisierung bis hin zu regionalen Bewegungen sind als historische Bedingungen für das heutige regionale Selbstbewußtsein und das heutige sozialräumliche Gebilde darzustellen und dimensional zu analysieren - unter Einbeziehung auch der materiell-technischen und ökonomischen Strukturentwicklung, die für die Regionsbildung in sozialer Hinsicht von entscheidender Bedeutung sind.

Das Beispiel Ruhrgebiet scheint auf den ersten Blick wenig zur Bestätigung oder Widerlegung der skizzierten Hypothesen und zu Erkenntnissen über den Regionalismus in Ostmitteleuropa beizutragen; doch handelt es sich beim Ruhrgebiet, dem Krainer Gebiet und der Lausitz insofern um vergleichbare Regionen in Europa, als sie unter den Bedingungen der Industrialisierung und Modernisierung vergleichbare Identitätsprobleme haben, die sich als regionale Bewegung geäußert haben (was zu zeigen wäre). Sie können mit den verfügbaren Mitteln als "Fallbeispiele" studiert werden und voraussichtlich auch Hinweise auf die Dynamik regionaler Bewegungen insgesamt geben.

Literatur:

Arensberg, Conrad M.: Die Gemeinde als Objekt und Paradigma. In: R. König (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung. Bd. 1, Stuttgart 1967, S. 498-521

Francis, Emerich: Ethnos und Demos. Soziologische Beiträge zur Volkstheorie. Berlin: Duncker & Humblot, 1965

Gerdes, Dirk: Regionalismus - Protestbewegung auf "Heimatsuche"? In: D. Gerdes (Hrsg.): Aufstand der Provinz. Regionalismus in Westeuropa. Frankfurt/Main, New York: Campus, 1980, S. 9-24

Konau, Elisabeth: Raum und soziales Handeln. Studien zu einer vernachlässigten Dimension soziologischer Theoriebildung. Göttinger Abhandlungen zur Soziologie, 25. Bd., Stuttgart 1977

Läpple, Dieter: Essay über den Raum. In: Hartmut Häußermann, Detlev Ipsen, Thomas Krämer-Badoni, Dieter Läpple, Marianne Rodenstein, Walter Siebel: Stadt und Raum. Soziologische Analysen. Pfaffenweiler: Centaurus, 1991, S. 157-207

Neumann, Klaus: Politischer Regionalismus und staatliche Neugliederung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik in Nordwestdeutschland. Münster: Lit, 1989 (Preußen und Westfalen nach 1918)

Pieper, Richard: Region und Regionalismus. Zur Wiederentdeckung einer räumlichen Kategorie in der soziologischen Theorie. In: Geographische Rundschau, 39 (1987), H. 10, S. 534-539

Roemheld, Lutz; Roemheld, Regine; Rojahn, Gerd: Der Begriff "Region" im Spannungsfeld zwischen Regionalwissenschaft und Regionalpolitik - Versuch der Problematik einer ambivalenten Begriffs -. In: K. Duwe (Hrsg.): Regionalismus in Europa. Beiträge über kulturelle und sozio-ökonomische Hintergründe des politischen Regionalismus, Frankfurt/Main, Bern, New York, Paris: Lang, 1987, S. 72-86 (Euregio, Ruhrgebiet)

Ulla Terlinden

Gesellschaftliche Modernisierung durch Stadterneuerung?

(Referat auf der Sitzung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie am 8./9. Mai in Göttingen)

Vorbemerkung

Der Begriff der Stadterneuerung bezeichnet einen baulich-räumlichen Prozeß. Gesetzlich wurde Stadterneuerung im Jahre 1971 definiert und zwar im Städtebauförderungsgesetz. Dort wurde auch der Anlaß für die Erneuerung genannt, nämlich ein sog. städtebaulicher Mißstand. Darunter sind zum einen unzureichende Wohn- und Arbeitsverhältnisse insbesondere in Hinblick auf Gesundheit und Sicherheit der Menschen (Substanzschwächen) und zum anderen defizitäre Erfüllung eines Gebietes der ihm obliegenden Aufgaben (Funktionschwächen) zu verstehen. (Autzen/Becker/Schäfers 1986) Die baulich-planerische Sanierungspraxis in den Kommunen zeigte, daß es vor allem darum ging, Substanzschwächen vornehmlich durch Abriß-zu beseitigen.

Meine These ist nun, daß in der ersten Phase der Stadterneuerungs-politik-ebener Abriß und Neubau Phase- in den Jahren von 1963 bis 1974/75 das tiefgreifende Ziel die Beseitigung der sozialen Mißstände war. Mit der Analyse dieser Phase anhand eines Fallbeispiels verbinde ich die Frage, ob dieses Ziel nach Abschluß der Sanierung erreicht wurde und nun "bessere" soziale Verhältnisse herrschen.

In einem zweiten Schritt vergleiche ich diese erste Phase und ihre Ergebnisse mit der späteren Phase, als behutsame Stadterneuerung bekannt. Die 2. Phase unterscheidet sich von der nicht nur im methodischen Vorgehen, sondern auch im Ziel: es sollte die Verbesserung der Lebensbedingungen der ansässigen Einwohner erreicht werden. Ich ziehe dazu ein anderes Fallbeispiel heran und stelle auch hier die Frage, ob das intendierte gesellschaftspolitische Ziel erreicht ist.

Es fehlt eine soziologische Betrachtung dieser langfristigen sozial-räumlichen Umwälzungsprozesse. Der Grund liegt darin, daß die Sanierungsmaßnahmen in den ausgewiesenen Gebieten der 1. Phase noch nicht abgeschlossen waren. Erst jetzt eröffnet

sich die Möglichkeit, auf der Basis abgeschlossener, umfangreicher städtischer Sanierungsprojekte den fundamentalen Wandlungsprozeß zu beschreiben und zu analysieren und damit Erkenntnisse für zukünftige Erneuerungsprojekte zu gewinnen. Auch eine vergleichende Betrachtung in sozialer Hinsicht zwischen den zwei Phasen der Stadterneuerung - dem Flächenabriß und der behutsamen Stadterneuerung- ist erst in Anfängen möglich geworden, denn nur ein erstes Teilgebiet ist mit der behutsamen Stadterneuerung abschließend erneuert worden. Leider ist dessen Datenlage nicht so gut, so daß hier erst nur vorsichtig das gesellschaftliche Leitbild der 2. Phase und dessen soziale Resultate diskutiert werden können. Bevor ich jedoch zu den empirischen Befunden komme, um die Zielsetzungen zu hinterfragen, will ich die Definitionen und den Hintergrund der gesellschaftlichen Modernisierung erläutern, für die als Instrument die Stadterneuerung eingesetzt wurde.

Gesellschaftliche Modernisierung

Objekte der baulichen Erneuerungsmaßnahmen waren städtische Gebiete mit einer stark sozial segregierten Bewohnerstruktur. Dort lebte eine Bevölkerung, die als "rückständig" galt (Zapf 1968) und deren Lebensweise als ungleich und ungleichzeitig zu einer modernen Lebensweise bezeichnet wurde. (Tessin 1978) Als rückständig wurde eine Lebensweise bezeichnet, die neben relativer Armut durch "ländliche oder gründerzeitliche gesellschaftliche Verhältnisse geprägt ist und sich nur aufgrund einer unvollständigen Integration ihres Viertels in den urbanen-gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß erhält." (Tessin 1978, S. 504) Die soziale Zielsetzung zur Veränderung dieser rückständigen Lebensweise läßt sich aus den Dokumenten des Sanierungsprozesses, insbesondere den in West-Berlin erstellten Berichten zur Stadterneuerung herauslesen. Auch im Programm des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau aus dem Jahre 1968 wurde die gesellschaftliche Zielsetzung genannt, nämlich "die Beseitigung von Elendsquartieren mit asozialen Verhältnissen und die Umsiedlung der Bewohner mit Eingliederung in zeitgemäße Wohn- und Arbeitsverhältnisse." (Stadtbauwelt 25/26 S. 1339 1968)

Die soziale Erneuerung sollte nicht mit sozialen Mitteln erzielt werden, sondern mit baulichen. Es ist zu fragen, welche sozialen Inhalte von den Politikern und Planern angestrebt wurden, welches Lebensmodell Vorbild war und warum dies zu jener Zeit - also Anfang /Mitte der 60er Jahre - so vehement von der Politik verfolgt wurde? Zunächst gibt es sicher eine politisch-moralische Antwort im Sinne einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der ärmeren Bevölkerungsschichten und der Schaffung von annähernd gleichen Lebenschancen für alle gesellschaftlichen Schichten. Aber es lagen dieser Stadterneuerungspolitik auch wirtschaftliche Aspekte zugrunde. Die Nachkriegsgesellschaft barg diverse Elemente der vorindustriellen Produktionsweise. Lutz bezeichnete diesen Tatbestand als Wirtschaftsdualismus, da erst allmählich der "industrielle-marktwirtschaftliche Sektor" den "traditionellen Sektor" verdrängte. (Lutz 1984) Für die sozial-kulturelle Seite dieser Lebensweise wurde oft der Begriff des Milieus verwendet. (Keim 1979)

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts war die große Mehrheit der Arbeitnehmer des industriellen-marktwirtschaftlichen Sektors in der Lebensweise noch stark mit dem traditionellen Sektor verwachsen. Aufgrund der geringen Lohnneinkommen wurde viel in Eigenproduktion hergestellt, hinzu traten die vielfältigen verwandtschaftlichen und nachbarschaftlichen Unterstützungssysteme. (Pfeil 1959 u. 1970;) Deshalb sah die Wirtschaft in diesen Arbeiterschichten zunächst keinen Absatzmarkt für ihre Produkte, doch das änderte sich in den darauffolgenden Jahren, und der wirtschaftliche Aufschwung erfasste auch diese Schichten. In der politisch-ökonomischen Theorie wird dieses Konzept des Aufschwungs in Wirtschaft und Gesellschaft auch als Fordismus bezeichnet. (Hirsch/Roth 1986) Eine wesentliche Komponente dieses Konzeptes bestand darin, nicht allein durch die Erhöhung der Lohnneinkommen bzw. Transferleistungen neue Absatzmärkte zu eröffnen, sondern auch die

traditionelle Lebensweise zu verändern, Eigenproduktion zu reduzieren und Konsum zu erhöhen. Der Abriß der alten Wohnbauten und die Errichtung von Neubauwohnungen bildete eine wesentliche Voraussetzung zur erhöhten Konsummotivation und zerstörte die alten materiellen Unterstützungssysteme im Wohnbereich. Aus zwei umfassenden Studien zu Sanierungs- und Umsetzungsfolgen geht hervor, daß sich die Haushalte mit Konsumkrediten nach der Umsetzung in die neue Wohnung stark verschuldeten. Ein zweiter wirtschaftlicher Aspekt jener Stadterneuerungspolitik ist zu erwähnen. Die Industrialisierung des Bausektors, der bis dahin weitgehend von der Taylorisierung unberührt geblieben war, sollte vorangetrieben werden, großflächiger Abriß und Errichtung von Massenwohnungsneubau waren eng gekoppelt mit der Entwicklung von Fertigbauteilen und ihrer industriellen Produktion. Dieser Aspekt der Stadterneuerung, die Rationalisierung des Bauprozesses, ist jedoch einer, der im Produktionsbereich liegt und wird deshalb nur ergänzend genannt. Mir geht es um die sozialen Aspekte der Modernisierung im Reproduktionsbereich.

Welches Lebensmodell diente der Politik als Vorbild? Zwischen den beiden Weltkriegen entstand in seinen wesentlichen Zügen in den USA ein Lebensmodell der Moderne, kurz mit den Stichworten Massenwohlstand, Massenkonsum, Technisierung der privaten Lebenswelt und Freizeitkultur charakterisiert: das Modell der "middle class" der USA. (Lutz 1984) Die Modernisierung in Europa der Nachkriegszeit nach dem Vorbild der USA bildete eine zweite Stufe in der Modernisierung der Gesellschaft. Die frühen Modernisierungstheorien zur industriellen Gesellschaft, die in den 50er und 60er Jahren noch aufgestellt wurden, benennen neben der Rationalisierung, Bürokratisierung, Säkularisierung auch die Proletarisierung als ein wesentliches Phänomen des Prozesses. In der zweiten Stufe war dagegen die Entproletarisierung und die Verbreitung mittelständischer Lebensweisen vorherrschend. Vor diesem Hintergrund ist das gründerzeitliche Arbeiterquartier ein Resultat der ersten Stufe, sein Abriß und der Neuaufbau eines der zweiten Stufe der Modernisierung.

Der Vergesellschaftungsmodus der zweiten Stufe bestand aus Verallgemeinerung abhängiger Beschäftigungsverhältnisse, aus Massenkonsum, vor allem technischer Konsumgüter, und staatlicher Wohlfahrtspolitik. Obwohl im Sinne der Modernisierungstheorien die funktionale Differenzierung der Gesellschaft vorangeschritten ist, vereinheitlichte sie sich doch in gewisser Weise, denn jede Massenerscheinung trägt homogenisierende Tendenzen in sich.

Der Begriff der "gesellschaftlichen Modernisierung" ist in der Soziologie ein viel diskutierter Begriff. Nach Berger hat die gesellschaftliche Modernisierung zwei Grundzüge: die Durchsetzung der Lohnarbeit zur dominanten Form individueller Reproduktion und die funktionale Differenzierung politischer und ökonomischer Systeme. (Berger 1986) Habermas kritisiert die Loslösung der gesellschaftlichen Modernisierung von der kulturellen, da dann gleichsam automatisch nur ihre inhärenten Funktionsgesetze, die von Wirtschaft, Staat und Technik, wirksam werden. (Habermas 1988)

Bei Katrin Zapf stand unausgesprochen das Modell einer konsumstarken und leistungsfähigen Mittelstandsgesellschaft im Hintergrund, als sie 1968 soziale Indikatoren für die Einstufung eines Wohngebietes als sozial "rückständig" entwickelte:

1. Abnahme der Wohnbevölkerung
2. niedrigere soziale Stellung der Bewohner im Vergleich zum städtischen Durchschnitt
3. höherer Anteil der über 65-jährigen Wohnbevölkerung gegenüber dem städtischen Durchschnitt
4. ebenso höherer Anteil der Ein-Personen Haushalte und
5. höherer Anteil der weiblichen Einpersonen-Haushalte.

Fallbeispiel der 1. Phase

Auf die Indikatoren von K. Zapf beziehe ich mich und ergänze sie durch eigene, wenn ich im folgenden Thesen und Fragen am 1. Fallbeispiel nachgehe. Untersuchungsgegenstand ist das

Stadterneuerungsgebiet Rollbergstraße in Berlin /Neukölln, ein unspektakuläres, doch typisches Sanierungsgebiet, das 1963 bereits als sanierungsbedürftig eingestuft wurde. Zwei Jahre später begannen bereits die ersten Entmietungen der Häuser. Insgesamt wurden in dem 21 Hektar großen Wohngebiet 5359 Mieterhaushalte und Gewerbetriebe umgesetzt, denn alle alten Gebäude wurden abgerissen, anschließend entstand eine völlig neue und andere Bebauung. Die Flächensanierung war in dieser Phase der Stadterneuerung das übliche Mittel und erfasste in Berlin auch Sanierungsgebiete im Wedding und in Kreuzberg. Das Neuköllner Sanierungsgebiet ist eines von vier Stadterneuerungsgebieten, deren Sanierung als abgeschlossen gelten. Der gesamte Prozeß der Stadterneuerung, der im Rollberggebiet über 25 Jahre dauerte, ist also nachvollziehbar, die Datenlage ist relativ gut. Die Ergebnisse dieses langwierigen Prozesses können mithilfe von sozialstatistischen Daten der amtlichen Statistik und behördeninternen Erhebungen beschrieben werden. Für das Sanierungsgebiet in Neukölln liegen mehrere unausgewertete Erhebungen aus den Jahren 1967 bis 1980 sowie eine Reihe von Dokumenten vor, die den Entmietungs- und Umsetzungsprozeß in seiner sozialen Dimension verdeutlichen. Besonders für die frühen Jahre der Stadterneuerung ist die Datenlage gut, da zwar in der Regel die soziale Lage der betroffenen Bewohner damals nicht als relevant angesehen wurde, um sie extra, d.h. im Auftrage der Kommune zu erheben. Doch daß der Prozeß der Sanierung noch wenig instrumentalisiert war, hatte zur Folge, daß das Wohnungsbauunternehmen, das Sanierungsträger war, recht unbefangen und völlig arglos gegenüber Vorstellungen zum Datenschutz operierte und jedem Haushalt Fragebögen vorlegte, die folgsam und akribisch von den Bewohnern ausgefüllt wurden. Dies ist insofern ein Glücksfall, weil mit diesen Daten die soziale und räumliche Rekonstruktion über einen langen Zeitraum mit tiefgreifenden Veränderungen in der Bewohnerstruktur möglich ist. Dadurch werden zum einen die alten Lebens- und Wohnverhältnisse im Sanierungsgebiet transparent, zum anderen kann der Erfolg der gesellschaftlichen Modernisierung dieses

Gebietes nachvollzogen werden.

Das Sanierungsgebiet in Neukölln entsprach den sozialen Indikatoren, die K. Zapf aufgestellt hat, und war in diesem Sinne rückständig. Nach der Statistik gab es einen überdurchschnittlichen Anteil von Arbeiterhaushalten, der Anteil der Ein-Personen-Haushalte und insbesondere der weiblichen Ein-Personen-Haushalte war ebenfalls höher als im West-Berliner Durchschnitt, die Wohnbevölkerung nahm ab, aber das galt 1961 für die gesamte Stadthälfte, nur der Anteil der alten Menschen bewegte sich im West-Berliner Durchschnitt.

Die Auswertung von Fragebögen, die vom Sanierungsträger an alle Mieterhaushalte verschickt wurden, ergab weitere und differenziertere Merkmale der Lebensweise im Gebiet. Von den insgesamt 5359 Mieterhaushalten des Sanierungsgebietes, die umgesetzt wurden, lagen von 62,8% ausgefüllte Fragebögen vor. Aus ihnen werden die nachbarschaftlichen materiellen und sozialen Unterstützungssysteme deutlich, die das Gebiet in Neukölln prägten. Die in den meisten Sanierungsgebieten übliche kleinteilige Mischung von Wohnen und Arbeiten förderte dieses Netzwerk, denn die kleinen Ladenbetriebe waren wichtige Kommunikationspunkte außerhalb der Hausbewohnerschaft, die ebenfalls nachbarlich und vielfach durch verwandtschaftliche Bezüge miteinander verknüpft war.

Auch die subsistenzwirtschaftlichen Strukturen des Gebietes treten deutlich hervor. Der Kaninchen- oder Hühnerstall im Hinterhof oder der Kleingarten in der Nähe, darauf wollten die Bewohner auch in Zukunft nicht verzichten.

Aus der Rekonstruktion der sozialen Situation der Bewohnerschaft wird vor allem der hohe Anteil von Gebrechlichen und Behinderten auffällig. Leider liegen mir keine vergleichbaren Daten für West-Berlin dazu vor.

Interessant sind die vielfältigen Lebensformen im Sanierungsgebiet vor und in den frühen Jahren der Sanierung, die sich im Laufe des Prozesses, mit zunehmender Neubebauung und der neuen Bewohnerschaft vereinheitlichten.

Hoch war die Anzahl alleinstehender Frauen mittleren Alters (zw. 30 und 50) mit mehreren Kindern; oft kam es vor, daß ein Elternteil, meist die Mutter, mit einem erwachsenen Kind, meist der Sohn, zusammenlebte, eine heute recht ungewöhnliche Konstellation. Außerdem existierten im Neuköllner Sanierungsgebiet viele sog. Onkel-Ehen. Ein weiterer, aus heutiger Sicht ungewöhnlicher Aspekt viel auf: bei Ehepaaren, aber auch in den "Onkel-Ehen" war die Frau oft älter als der Mann. Im Vergleich mit der heutigen Form der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft war die "Onkel-Ehe" nach Nave-Herz eine vereinzelt auftretende Erscheinung, in der Personen aus ökonomischen und rechtlichen Gründen nicht heirateten, ihr Zusammenleben aber als eine Ehe betrachteten. (Nave-Herz 1988) Die "Onkel-Ehe" wie auch die alleinstehende Frau mit mehreren Kindern und der zwei erwachsene Generationen umfassende Haushalt sind typische Erscheinungen der Nachkriegszeit. Leider sind mir keine Untersuchungen bekannt, die diese ungewöhnlichen familialen und nicht-familialen Lebensformen in der damaligen Zeit auf breiter empirischer Basis untersucht haben, denn nur dann wären Vergleiche und Aussagen zur besonderen Auffälligkeit im Sanierungsgebiet möglich.

Wichtig in dem hier behandelten Zusammenhang ist die Tatsache, daß diese Sozialstrukturen und Lebensweisen nicht dem Lebensbild der konsum- und aufstiegsorientierten, mittelständischen Normalfamilie entsprachen, denn aus den auch in den Fragebögen notierten Wohnwünschen geht hervor, daß diese Formen des Zusammenlebens erhalten bleiben sollten.

In der Folge der Entmietung lösten sich die alten Strukturen der sozialen und materiellen Unterstützung auf, und es setzte ein "sozialer Sortierungsprozeß" ein, die Alten kamen ins Altersheim, die Gebrechlichen und Kranken ins Pflegeheim, die geistig Verwirrten in die Psychatrie. Die erwachsenen Kinder zogen in eine eigene Wohnung, die Partner in der "Onkel-Ehe" mußten sich zwischen der Legalisierung der Beziehung oder zwei getrennten Wohnungen entscheiden.

38

Ich will im folgenden die Sozialstruktur in meinem Fallbeispiel nach dem Abschluß der Sanierung darstellen, also die der neuen Bewohnerschaft, um zu hinterfragen, ob das Ziel erreicht wurde, bessere soziale Verhältnisse zu schaffen. Für das räumliche Objekt, das Sanierungsgebiet Rollbergstraße in Neukölln, ergibt sich heute, nachdem es seit 1987 von der Senatsbauverwaltung als abgeschlossen gilt, folgendes Bild: Die baulich-räumliche Struktur hat sich grundlegend verändert, die alten Baublöcke und Straßenzüge sind aufgehoben, großdimensionierte Kommunikationshöfe und Spielplätze, sog. Spielbänder sind geschaffen worden. Die neuen Wohnungen sind mit WC/Bad, Heizung, Balkon und Einbauküche ausgestattet.

Ich beziehe mich in den folgenden vergleichenden Aussagen auf die Volkszählungen von 1961 und 1987. Der Anteil der weiblichen Ein-Personen-Haushalte an allen Privathaushalten, der seinerzeit über dem Durchschnitt des Bezirks und der Stadt lag, sank um 2,4% und liegt nun im Vergleich zum Bezirk zwar höher, im Vergleich zum Westteil der Stadt insgesamt jedoch geringfügig niedriger. Der Anteil aller Ein-Personen-Haushalte liegt nach Abschluß des ehemaligen Sanierungsgebietes knapp 5% niedriger als im städtischen Durchschnitt.

In der Ausbildungsstruktur zeigt sich ein deutlicher Unterschied im Vergleich zu West-Berlin. Der Anteil der Personen, die nur einen Volks- und Hauptschulabschluß besitzen, ist um ein Drittel höher als im Westteil der Stadt, und der Anteil derjenigen mit Hochschul- und Fachhochschulabschluß um ein Drittel niedriger.

Wie auch schon 1961 liegt 1987 der Anteil der Arbeiter im Gebiet weit über dem West-Berliner Durchschnitt. Sogar innerhalb des Arbeiterbezirks Neukölln ist der Anteil im erneuerten Viertel extrem hoch. Im Rollberggebiet sind 1987 vergleichsweise wenige der dort wohnenden Personen erwerbstätig, nämlich nur 36%, im Bezirk sind dies 44%, in West-Berlin 43%. Von Arbeitslosengeld/Arbeitslosenunterstützung/Sozialhilfe und sonstiger Unterstützung leben im sanierten Gebiet 11,5% der Menschen, in Neukölln 7,2% und in West-Berlin 6,7%.

Die Zahlen aus der Volkszählung 1987 werden unterstrichen von Daten einer internen Datei der zuständigen Senatsverwaltung aus den Jahren 1988/89. Im Rollberggebiet beziehen 17,1% der Haushalte Wohngeld, in Neukölln sind dies 8,6% und in West-Berlin 7,5%. Von Sozialhilfe leben dort 4,4%, im Bezirk nur 1,4%, in West-Berlin 1,2%.

Im Laufe des Sanierungsprozesses zogen zunehmend mehr ausländische Haushalte in das Viertel. 1988 sind es doppelt so viele wie im Bezirk Neukölln und in West-Berlin.

Nach den Kriterien von K. Zapf, mit denen sie Wohngebiete als "rückständig" charakterisierte, ist die Altersstruktur zwar stark verjüngt und die Zahl der Ein-Personen-Haushalte, auch der weiblichen Ein-Personen-Haushalte, hat sich eingependelt, die niedrige soziale Stellung ist jedoch im städtischen Vergleich sehr auffällig.

Das erklärte Ziel der Stadterneuerung, bessere soziale Verhältnisse zu schaffen und sowohl die Segregation sozial schwacher Haushalte wie auch ethnische Segregation zu vermeiden, hat sich im sanierten Stadterneuerungsgebiet Rollberge nicht erfüllt. Das Gebiet erscheint heute sozial randständig wie ehemals. Deshalb hat der Senat von Berlin eine Studie zu Problemen im Rollberggebiet in Auftrag gegeben. In einer qualitativen Analyse ermitteln die Autoren die heutige Nutzungs- und Beziehungsstrukturen und kommen zu dem Ergebnis, daß dort auffällig viele traditionelle Familienverbände ansässig sind, die fast ausschließlich ausländische Familien sind. Innerhalb dieser verwandtschaftlichen Netzwerke existieren materielle und soziale Unterstützungssysteme, die die Mitglieder dieser Verbände zu einer sozial und räumlich immobilen Haltung veranlassen. Ihre ländliche Herkunft bedingt eine eher traditionell orientierte Lebensweise, dies gilt auch für die zweite Generation der Immigranten

Resümee ist, daß in dem ehemaligen Sanierungsgebiet in Neukölln - wie damals - eine unmoderne und ungleichzeitige, man kann auch sagen rückständige Lebensweise verherrscht, zwar haben sich die Träger dieser Lebensweise verändert, doch im Vergleich zum sozial-räumlichen Umfeld ist das Rollberggebiet auch heute noch immer ein sozial segregiertes Viertel.

39

Fallbeispiel der 2. Phase

Ich komme nun zur zweiten Phase der Stadterneuerungspolitik. Die Strategie der behutsamen Stadterneuerung bestimmte seit Ende der siebziger Jahre sukzessive den Sanierungsprozeß. Auch in dieser Zeit war das Ziel der baulichen Erneuerung ein gesellschaftspolitisches, die Bewohnerstruktur in den Sanierungsgebieten sollte erhalten bleiben. Nicht die Modernisierung rückständiger Lebensverhältnisse war das erklärte Ziel, sondern der Erhalt von "Kiez" und "Milieu". Mit vielfältigen und individuell mit den Bewohnern abgestimmten Sanierungsmodellen und Förderprogrammen wurde versucht, diesem Ziel Rechnung zu tragen.

Doch nach den ersten Ergebnissen nach Abschluß des Sanierungsprozesses in Teilgebieten ist es fraglich, ob sich diese Zielsetzung hat verwirklichen lassen. Da erst wenige empirische Befunde vorliegen, äußere ich die folgende These sehr vorsichtig.

Auch die Stadterneuerungspolitik der zweiten Phase mit ihrer Strategie der Sanierung in kleinen Schritten hat ihr gesellschaftspolitisches Ziel nicht erreicht, denn in den behutsam rekonstruierten Gebieten hat sich der Erhalt der sozial schwachen Haushalte nicht realisiert, vielmehr hat sich dort eine moderne Lebensweise etabliert, die von mittelständischen Haushalten getragen wird.

Diese These soll am Beispiel des Sanierungsgebietes Kottbusser Tor in Kreuzberg diskutiert werden, wo jetzt zum ersten Mal auch zwei behutsam sanierte Stadtblöcke aus der Sanierung entlassen wurden. Die übrigen 12 Blöcke dieses Sanierungsabschnitts wurden flächensaniert.

Die vorliegenden Daten sind aus den Jahren 1987-1989, beziehen sich also noch auf die Situation der geteilten Stadt. Jetzt gehört Kreuzberg zu den städtischen Kerngebieten, dessen Entwicklung von externen Faktoren, die außerhalb des Stadterneuerungsprozesses liegen, bestimmt wird, so daß eine Beurteilung des sozialen Wandlungsprozesses durch Stadterneuerung erschwert wird.

Der jetzt abgeschlossene Abschnitt des Sanierungsgebietes Kottbusser Tor umfaßt 34 Hektar, in ihm lebten 1961

13.978 Einwohner.

In einem Gutachten zum Abschluß der Stadterneuerung wird resümiert, daß sich im ehemaligen Sanierungsgebiet weitgehend wiederum eine Arbeiterbevölkerung etabliert hat, wie sie dem Kreuzberger Durchschnitt entspricht und wie es auch vor der Sanierung war. "Eine Ausnahme bilden hier die Blöcke 70 und 89, deren Sozialstruktur mit einem hohen Anteil an Selbständigen, Angestellten und Beamten der Mittelschicht zuzurechnen ist." (Abschlußbericht der Sanierung Kreuzberg Kottbusser Tor PI, PV, PVI, im Auftrage der S.T.E.R.N. GmbH, Atelier Borgelt und Keckstein, SPAS Kreuzberg e.V. Berlin 1991, S.31) Dieses sind just jene behutsam erneuerten Blöcke.

Die Daten sind tatsächlich frappierend, denn vor der Sanierung war dort ein homogenes Arbeiterviertel vorhanden. Während 1987 der Anteil der Arbeiterschaft in den 12 flächensanierten Blöcken bei 61,5% liegt, beträgt er in den beiden behutsam sanierten Blöcken 25,8% und 33,3%. Der Hochschul- und Fachhochschulabschluß ist in diesen zwei Blöcken um ein Fünffaches höher als im übrigen Sanierungsgebiet, er liegt sogar doppelt so hoch wie im Berliner Durchschnitt. Entsprechend niedrig ist der Anteil der Bewohner mit Volks- und Hauptschulabschluß, in den flächensanierten 12 Baublöcken beträgt er 65,6%, im Bezirk Kreuzberg 61% und in West-Berlin 53,5%, im Block 70 dagegen nur 27,7% und im Block 89 gar nur 18%.

Bemerkenswert ist auch die außergewöhnlich hohe Anzahl der Ein-Personen-Haushalte und der ebenfalls außergewöhnlich hohe Anteil der Altersgruppe von 15 bis unter 65 Jahren. (Im Block 70 sind nur 3,2% der Bewohner über 65 Jahre und im Block 89 kein Bewohner.) Diese Daten legen den Schluß nahe, dort wohnen junge, alleinstehende, gut ausgebildete Menschen, eben singles, ein Typ der neuen Haushalte.

Der Anteil der Nichtdeutschen liegt 1989 im gesamten Sanierungsabschnitt bei 35%, höher als der Kreuzberger Durchschnitt (28%), in den beiden Blöcken ist er entgegen der Entwicklung in den übrigen Blöcken seit 1970 gesunken und weist heute nur etwa 13% auf.

Es hat zweifelsohne ein Gentrifizierungsprozeß stattgefunden, der sich jedoch auf diese beiden Blöcke beschränkt. Doch es

sind nicht einkommenstarke Haushalte, die sich dort niedergelassen haben, sondern die marginalen Gentrifiers. (Rose 1984) Die Mieten in den Blöcken bewegen sich im Durchschnitt aller sanierten Blöcke. Die Höchstgrenze beträgt 7.94 DM pro m²/mtl., teilweise sind die Mieten in den umliegenden Neubaublöcken höher. Die Einkommenssituation ist, soweit sie aus den Daten der Volkszählung ersichtlich ist, nicht außergewöhnlich. Die Erwerbsquote liegt höher als in den anderen Blöcken, aber auch der Anteil der Empfänger von Arbeitslosengeld/Arbeitslosenunterstützung/sonstiger Unterstützung. Die Prozente der Wohngeldempfänger bewegen sich ebenfalls innerhalb der Spanne für das gesamte Sanierungsgebiet.

Die Frage, warum die Stadterneuerungspolitik -in beiden Strategien gemessen an ihrem jeweiligen gesellschaftspolitischen Anspruch- gescheitert, kann hier nicht abschließend beantwortet werden. Ein Bündel von Faktoren ist dabei zu berücksichtigen und für jede der beiden Strategien bedarf es eigener Antworten. Offensichtlich entsprachen die eingesetzten Mittel nicht den angestrebten Zielen. Mit baulichen Mitteln sind keine gesellschaftspolitischen Ziele zu erreichen. Stadterneuerung wurde in der 1. Phase als technisch zu bewältigendes Problem gesehen. So reduziert die Planungsmittel waren, so umfassend war der Planungsansatz und um so weniger war man in der Lage, derartig langfristige gesellschaftliche Prozesse zu prognostizieren.

Die Strategie der Flächensanierung wirkte nicht allein in Abbruch und Neubau großflächig und massiv, sondern auch in der Wohnungsbewirtschaftung. In der Regel wurden alle Neubauten im Sozialen Wohnungsbau gebaut, der bei Neuvermietung Einkommensgrenzen bei den Mieterhaushalten vorsieht. Es ist jedoch falsch zu meinen, wie dies die Wohnungsunternehmen tun, daß gegen Verslumung nur eine Befreiung aus der Sozialbindung der Wohnungen helfen könnte und damit die Tür zur mittelständischen Mieterschaft geöffnet würde. Dies könnte bei extremer Wohnungsnot der Fall sein, doch sobald sich eine Alternative zum Wohnen im Neubaukomplex ergibt, wird diese Mieterschaft wieder ausziehen.

Neben diesem wohnungswirtschaftlichen Faktor ist eine weitere Ursache für die soziale Segregation in den flächensanierten Gebieten in einem kulturellen Faktor zu suchen. Da ist zum einen das städtebauliche Erscheinungsbild von Großwohnanlagen in aufgelockerter Bauweise, aber mit hoher Verdichtung. Monotonie in der architektonischen Gestaltung und Anonymität zwischen den Bewohnern sind die Folgen derartiger Großwohnanlagen. Zum anderen führt die Auslagerung gewerblicher Nutzungen aus dem Wohngebiet zu Eintönigkeit und Unlebendigkeit im lokalen Alltag. Alle Kritik an den Großwohnsiedlungen der 70er Jahre trifft auch auf die Nebaukomplexe in den flächensanierten Gebieten zu.

Die damalige Vorstellung der Architekten und Städtebauer, mit höherer Bevölkerungsdichte Urbanität zu schaffen, war naiv und hat sich als falsch erwiesen. Und es ist fraglich, ob die neue Gestaltungsform der Neubauten, wie sie zuerst im Wedding, später auch in Kreuzberg errichtet wurden, die Attraktivität solcher Wohnanlagen verbessert hat. Bei dieser neuen Gestaltung wurden die alten Blockstrukturen in die Neubauplanungen aufgenommen und in Anpassung an die alten Traufhöhen die Blockränder bebaut. Der Block 88 im Kreuzberger Sanierungsgebiet hat eine solche Neubebauung. Interessant ist, daß in diesem Block, der in postmoderner Manier wiedererstand, ähnliche Verhältnisse herrschen wie in den Wohnanlagen im 70er-Jahre-Stil. Es kommt also nicht auf die Formensprache an, vielleicht aber auf die Gleichartigkeit auch postmoderner Gestaltung. Auch ein postmoderner "langer Jammer" ist ein solcher.

Betrachtet man die sozialen Aspekte der Stadterneuerung der 1. Phase, so wird deutlich, daß sie einen Trend förderte den sie aufhalten wollte. Die intendierte gesellschaftliche Modernisierung führte zu einer kumulierten sozialen Benachteiligung bei den Bewohnern. Eine 1967 durchgeführte Befragung bei den umgesetzten Mietern zeigt deutlich die Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse und auch für diejenigen Bewohner,

die weil sie alt und einkommensschwach waren so lange es ging in ihrer alten Wohnung verblieben, verschlechterte sich die Lage. Die sozialen Kontakte lösten sich und die vertraute Umgebung wurde eine Baustelle.

Auf der Suche nach den Gründen für den Gentrifizierungsprozeß in den behutsam erneuerten Blöcken stößt man auf die ehemaligen Besetzer, auf die ehemaligen Meinungsführer im Mieterwiderstand und in den Beteiligungsgremien der IBA. Mit den Jahren sind sie zu "Pionieren der Reurbanisierung" (Häußermann/Siebel 1987) geworden und haben den Aufwertungsprozeß wesentlich mitgetragen. Grundlage dieses Aufwertungsprozesses war die Sanierungsstrategie, die behutsam unter Einbeziehung der Belange der Betroffenen vorging und in der sich die Interessen sozial starker Gruppen durchsetzen konnten.

Die Folgen der wohnungspolitisch notwendigen Belegungspolitik für den Wohnungsneubau in den flächensanierten Gebieten wurden ebenso übersehen wie die Folgen der kulturellen Aufwertung eines Wohngebietes durch Widerstand, Mitspracherechte der Bewohner, Partizipationsmodelle und Selbsthilfeprojekte.

Behutsame Stadterneuerung in Berlin - Überlegungen zum Ende eines Modells

(Vortrag auf der Tagung der Sektion für Stadt- und Regionalsoziologie am 8. und 9. Mai 1992 in Göttingen)

Vortragsmanuskript

"Berlin bleibt nicht Berlin"¹; das ist gewiß. Was allerdings aus Berlin wird, ist eng verknüpft mit der Art der Stadterneuerung in Ostberlin.

Der Stadterneuerungsbegriff selbst ist mehrdeutig. Er steht für solche gegensätzlichen Berliner Typen der Stadterneuerung wie die Kahlschlagsanierung im Wedding, die behutsame Stadterneuerung in Kreuzberg, und die "DDR-spezifische komplexe Rekonstruktion"² im Ostberliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg. Letztendlich ist er ein Begriff für verschiedene Strategien im Umgang mit der vorhandenen Stadt, insbesondere dem Altbaubestand.

Die derzeitige Berliner Situation der Stadterneuerung ist durch wechselhafte und sich widersprechende Vorgänge gekennzeichnet. Begründet ist dies auch, durch die für alle Beteiligten neuen Aufgaben und Anforderungen, infolge der Vereinigung der beiden Stadthälften.

West-Berlin hat das Privileg der bevorzugten Insellage verloren. So war die hohe Subventionierung des Westberliner Haushaltes eine entscheidende Voraussetzung für den Typ der behutsamen Stadterneuerung der 80-er Jahre. In keiner anderen westdeutschen Stadt konnte ein solcher Aufwand betrieben werden. Angemessen wurde dieser Tatbestand mit der Formel "Stadt am Tropf" beschrieben. Auch die Hauptstadt der DDR hatte als Prestige- und Renommierobjekt, hinsichtlich der Stadterneuerung eine Sonderstellung, hier gab es, auf Kosten vieler anderer Städte, den schlecht gelungenen Versuch, durch die komplexe Rekonstruktion den Altbaubestand teilweise zu erhalten.

Seit dem 9. 11. 1989 gelten diese Sonderbedingungen nicht mehr. Das hat unmittelbare Folgen für den zukünftigen Typ der Stadterneuerung in Berlin. Denn auch das Konzept der behutsamen Stadterneuerung, das in den vergangenen 15 Jahren in Westberlin dominierte, ist angesichts der privaten Spekulation mit Ost- und Westberliner Mietshäusern und des deprimierenden Zustands der Ostberliner Wohnbausubstanz dem neuen Problemstand nicht mehr angemessen: es ist um viele Nummern zu klein, zu zeitaufwendig und was gegenwärtig am meisten ins Gewicht fällt, es ist angesichts eines schrumpfenden Haushalts zu teuer. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus der Übertragung der Verfahren und der Instrumentarien der behutsamen Stadterneuerung sowie vor allen der für diesen Typ notwendigen Begründungszusammenhänge auf die Ostberliner Verhältnisse. Aus der Sicht einer in diese Prozesse eingebundenen Sozialforscherin möchte ich diese Auffassung anhand von drei Problembereichen der Stadterneuerung in Ostberlin begründen:

¹ Häußermann, Hartmut /Siebel, Walter (1991): Berlin bleibt nicht Berlin. In: Leviathan 19. Jg 3/91 S. 353 - 371

² Stimmann, Hans (1985): Stadterneuerung in Ost-Berlin vom "sozialistischen Neuaufbau" zur "komplexen Rekonstruktion". Überblick und Materialien, Hg. von der Bauausstellung Berlin GmbH - Abteilung Stadterneuerung, S. 9. Vgl. auch Staemmler 1981 und Becker 1991.

Problembereich 1: Das Fehlen traditioneller Voraussetzungen zur Ausweisung von öffentlich geförderten Sanierungsgebieten.

Problembereich 2: Die Planung der Stadterneuerung in Ostberlin vor allem durch die Experten der behutsamen Stadterneuerung.

Problembereich 3: Die Rolle der Sozialplaner und der Sozialstudien in diesem Prozeß.

Hintergrund dieser Überlegungen ist meine Tätigkeit bei der Erarbeitung einer Sozialstudie im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen nach § 141 BauGB. Diese vom Berliner Senat für das Untersuchungsgebiet "Helmholtzplatz" (Prenzlauer Berg) beauftragte Studie erarbeite ich in Kooperation mit dem Büro für stadtteilnahe Sozialplanung (BfsS). Im wesentlichen beziehen sich die verwendeten empirischen Angaben auf Erhebungen die in diesem Zusammenhang durchgeführt worden sind; die Studie selbst steht vor ihrem unmittelbaren Abschluß. Ziel dieser zur Zeit zahlreich durchgeführten Studien ist es, politische Entscheidungshilfen und -grundlagen für die Festlegung von Sanierungsgebieten zu gewinnen.

Zum Problembereich 1

In Ostberlin existieren die sozialen Begründungszusammenhänge für die Ausweisung von Sanierungsgebieten, wie sie sich in der Westberliner Planung als Sanierungsanlaß herausgebildet haben, nicht.

Im allgemeinen sind nach dem Städtebauförderungsgesetz (StBaugeFG) zur Begründung der Sanierungsbedürftigkeit gutachterliche Untersuchungen zu den baulichen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen und den absehbaren sozialen Auswirkungen einer Sanierung als Voraussetzung der förmlichen Festlegung von Sanierungsgebieten notwendig. Schulz zur Wiesch diagnostizierte Anfang der 80-er Jahre "Dimensionen der Rückständigkeit" als wesentliche Sanierungsanlässe in der Westberliner Stadterneuerung: "obwohl aus dem Gesetzesauftrag nicht unmittelbar ableitbar, fließt in die Begründung der Sanierungsbedürftigkeit von Untersuchungsgebieten gegenüber der Aufsichtsbehörde häufig auch eine Kritik an der vorgefundenen Sozialstruktur als zusätzlicher sozialer Sanierungstatbestand ein, den man ... als 'Sozialstrukturschwäche' bezeichnen kann ('Überalterung, hohe Arbeiter- und Ausländeranteile, Über- bzw. Unterrepräsentation bestimmter Altersgruppen und Haushaltstypen etc.)", d.h. die "Abweichung von gesamtstädtischen Durchschnitten"³. Mit dem Typ der Stadterneuerung der 80-er Jahre wurde diese Zielstellung modifiziert. Aus den sozialen Erkenntnissen der "Kahlschlagverfahren" der ersten Phase der Berliner Stadterneuerung wurde nun in dieser zweiten Phase als sozialer Sanierungsgrund/-ziel das Verbleiben sozial schwacher Gruppen im Stadterneuerungsgebiet zur "Stabilisierung der vorhandenen Sozialstrukturen"⁴ postuliert.

Im folgenden will ich untersuchen, inwieweit die Sozialverhältnisse im Untersuchungsgebiet "Helmholtzplatz" eine derartige Bündelung sozialer Probleme aufweisen.

Tab. 1 veranschaulicht dazu die Altersstruktur.

- Altersstruktur

³ Schulz zur Wiesch, Jochen: Konzeptioneller Rahmen. In: Becker, Heidede /Schulz zur Wiesch, Jochen (Hg.), (1982): Sanierungsfolgen. Eine Wirkungsanalyse von Sanierungsmaßnahmen in Berlin (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik; Band 70), Stuttgart; Berlin...:Kohlhammer, S. 27/28.

⁴ Vergl. z.B. Schulz, Stefanie / Pidea, Bernd (1989): Soziale Situation und Sanierungsbetroffenheit - Ergebnisse einer repräsentativen Haushaltsbefragung in Kombi-Häusern des Treuhandbereichs der Internationalen Bauausstellung im Sanierungsgebiet Kottbuscher Tor, S. 1.

Tab. 1: Altersstruktur im Vergleich

Altergruppe	Helmholtzplatz	Prenzlauer Berg	Berlin-Ost
unter 6	7,5 %	6,8 %	8,2 %
6 - 15	8,8 %	9,5 %	11,1 %
15 - 45	58,1 %	48,0 %	46,9 %
45 - 65	15,8 %	22,9 %	20,0 %
über 65	9,7 %	12,8 %	13,8 %

Ich möchte diese Tabelle nicht lange erläutern, mir kommt es hier im wesentlichen auf folgende Aussage an: Im Gegensatz zu Westberliner Sanierungsgebieten gibt es im Untersuchungsgebiet keine Überalterung; die Altersstruktur des Gebiets entspricht in ihrer Gesamtheit annähernd dem Ostberliner Durchschnitt und überdies wohnen in diesem Gebiet weniger Menschen die Älter als 65 Jahre sind; dafür liegt die Altersgruppe der 15-45 Jährigen mit 58% deutlich über dem Ostberliner Durchschnitt.

(PS. Den Ausländeranteil habe ich an keiner Stelle extra ausgewiesen, weil er sich in Prozentzahlen um 2 bewegt und somit als weiterer Sanierungsgrund keine Rolle spielt.)

In dem hier diskutierten Zusammenhang ist vor allem die Qualifikationsstruktur interessant. Zu ihrer Erfassung wurden die 619 Schlüsselpersonen - auf jedem Grundstück eine Person - nach ihrem höchsten berufsbildenden Abschluß befragt. Die Ergebnisse wurden in Tab. 2, soweit vorhanden, mit statistischen Angaben zu Ostberlin verglichen.

- Qualifikationsstruktur

Tab. 2: Höchster berufsbildender Abschluß der Befragten

Abschluß	Untersuchungsgebiet (N = 572) abs. %	Gesamt Ost-Berlin	Abweichung UG - Ost
Hochschule	109 18,4	14,1	+ 4,3
Fachschule	130 21,9	15,8	+ 6,1
Meister	25 4,2	2,9	+ 1,3
Facharbeiter	256 43,1	46,9	- 3,8
An-/Ungel.	39 6,6	-	
Sonstige	35 5,9	-	

Im Vergleich zu den Ostberliner Daten sind die prozentualen Abweichungen gering. Für Ostberlin gilt: die segregierte Stadt als Voraussetzung für die öffentlich geförderte Sanierung gibt es so nicht. Die nivellierte DDR-Gesellschaft weist vermutlich auch räumliche Differenzierungen etwa nach dem beruflichen Status wie dies Szeleny 1986 für andere osteuropäische Städte untersucht hat. Im Vergleich zur Westberliner Segregation sind diese aber geringfügig.

Zur Ergänzung dieses Aspekts möchte ich in Tab. 3 die erhobenen Daten zur Erwerbsstruktur präsentieren.

- Erwerbsstruktur

Tab. 3: Erwerbsstruktur der Befragten

Erwerb	Untersuchungsgebiet N = 607		dav. wbl.
	abs.	%	
erwerbstätig	271	44,6	
Schul-/Berufsanf.	13	2,1	
Student	67	11,0	
arbeitslos	84	13,8	62%
Umschul./Warteschl.	20	3,6	
Sozialhilfe	4	1,0	
Hausfrau/Hausmann	5	1,0	
Pension/Rente	123	20,3	
Sonstiges	20	3,3	

Diese Aussagen geben die Situation im Oktober 1991 wieder. Bekanntlich hat sich die Arbeitslosigkeit zur Zeit erheblich verschärft. Die Warteschleifen-Regelung ist Ende 91 ausgelaufen und hat zu einem weiteren Anstieg der Erwerbslosigkeit geführt. Aber auch aus dieser Perspektive betrachtet, entspricht das Untersuchungsgebiet dem "Durchschnitt" der neuen Bundesländer, d.h. die Arbeitslosenquote liegt bei 15% und davon sind zu 62% Frauen betroffen.

Einzig die nachfolgend in Tab. 4 diskutierten Einkommensverhältnisse lassen "Dimensionen der Rückständigkeit" erkennen. Diese gelten aber generell für die neuen Bundesländer. Sie stellen das Hauptproblem für die Perspektive der jetzigen Gebietsbewohner, im Gebiet wohnen zu bleiben, dar.

- Einkommensverhältnisse

Tab. 4: Nettohaushaltseinkommen der Befragten

DM	Untersuchungsgebiet N = 579		
	abs.	%	kum.
unter 400	12	2,1	2,1
400 - <600	44	7,6	9,7
600 - <800	65	11,2	20,9
800 - <1000	67	11,6	32,5
1000 - <1200	64	11,1	43,6
1200 - <1400	40	6,9	50,5
1400 - <1600	28	4,8	55,3
1600 - <1800	48	8,3	63,6
1800 - <2000	45	7,8	71,4
über 2000	166	28,7	100,1

Die Einkommenssituation der Befragten ist auffallend polarisiert. Jeder fünfte Haushalt hat ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen unter 800,- DM. Andererseits haben 29% der Befragten ein monatliches Einkommen von über 2000,- DM. Da im selben Untersuchungszeitraum unserer Erhebung vom Institut für Soziale Stadtentwicklung eine "Mieterbefragung Ost-Berlin" im Auftrag des Berliner Mietervereins durchgeführt wurde, gibt es interessante Vergleichsdaten. Diese besagen, daß es ein teilweise erhebliches Einkommensgefälle zwischen dem Prenzlauer Berg und Ostberlin insgesamt gibt.

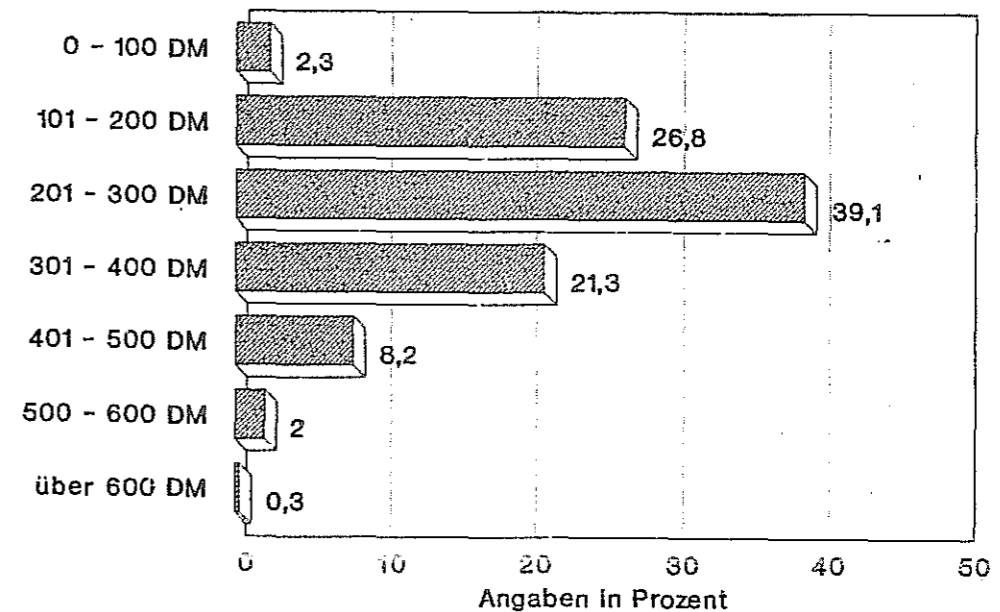
Zur Begründung wird angeführt, "daß die Einkommensunterschiede zwischen den Bezirken im wesentlichen bedingt sind durch die im Bezirk vorherrschenden Haushaltsformen. Ein großer Anteil von Einpersonenhaushalten - wie er in Altbaugebieten vorherrscht - ist gleichbedeutend mit niedrigem Durchschnittseinkommen" Und weiter: "Eine wichtige Determinante ist das Wohnungsangebot und dessen Größenstruktur"⁵. Da die DDR vorwiegend eine familienzentrierte Gesellschaft war und eine dem Westen vergleichbare Anzahl gut verdienender Singles nicht aufweist, verbergen sich hinter Ein-Personenhaushalten vor allem Rentnerinnen, Geschiedene, Studenten und sogenannte junge Übergangswohner.

Auch die Mietbelastung, also das Verhältnis von Miete und Haushaltsnettoeinkommen, wirkt auf die befragten Haushalte nach der Mieterhöhung vom 1. Oktober verstärkt sozial polarisierend. Konkret wurden die Schlüsselpersonen nach der Kaltmiete (Abb. 1) gefragt. Die Kaltmiete ergibt sich in diesem Falle aus der Grundmiete zuzüglich der Betriebskosten.

- Miete / Mietbelastung

Abb. 1: Kaltmiete im Untersuchungsgebiet

Mieten im Untersuchungsgebiet
"Helmholtzplatz" (N = 609)

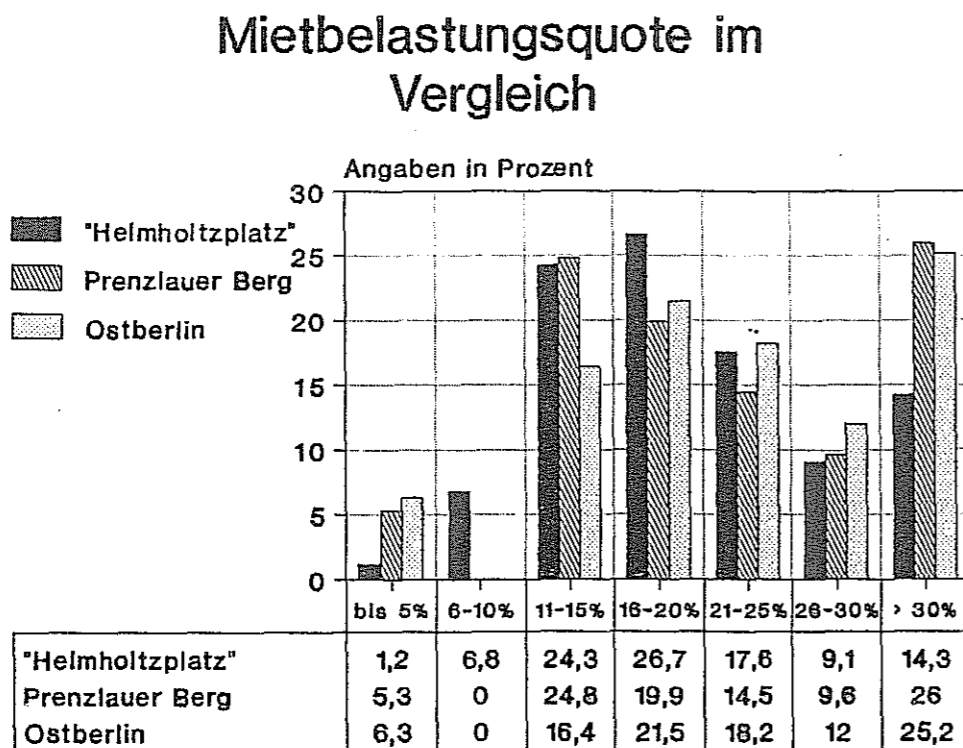


Quelle: Befragung "Helmholtzplatz"

Die Grafik verdeutlicht, daß im Untersuchungsgebiet im Durchschnitt 201,- bis 400,- DM Miete gezahlt werden. Eine scheinbar geringe Miethöhe, die sich relativiert, wenn man das Verhältnis von Miete zu Einkommen, dargestellt in Abb. 2, vergleicht.

⁵ Institut für Soziale Stadtentwicklung (1992): Mieterbefragung Ost-Berlin im Auftrag des Berliner Mietervereins, S. 13.

Abb. 2: Mietbelastung im Vergleich



Quelle: ISS, Sozialstudie "Helmholtzpl."

14,5% der befragten Haushalte müssen über 30% ihres Nettohaushaltseinkommen für die Miete aufbringen. Bedenkt man, daß in dieser Anteil in westlichen Bezirken als zumutbare Obergrenze für den Mietanteil am Nettohaushaltseinkommen gilt, wird das Ausmaß der Mieterhöhung besonders deutlich. Über 20% ihres Nettohaushaltseinkommens müssen ca. 42% der Befragten für die Miete verwenden. Addiert man noch die Heizkosten dazu, liegt der tatsächliche Anteil der Miete am Haushaltseinkommen wesentlich höher. Der Vergleich mit den Daten der Berliner Mieterbefragung zeigt, daß die Situation durch diese Ergebnisse noch drastischer verdeutlicht wird: 50% der Befragten zahlen laut ISS-Studie 20% ihres Einkommens als Kaltmiete.

Fazit: Die Kriterien einer Sozialstrukturschwäche werden im Untersuchungsgebiet "Helmholtzplatz" nicht erfüllt. Die Bevölkerung im Untersuchungsgebiet wird durch eine nach Alter, Qualifikationsstruktur und Einkommen durchmischte Struktur charakterisiert. Ein wichtiger Sanierungsgrund ist damit nicht gegeben!

Die bisher bekannt vorläufigen Ergebnisse vergleichbarer Studien weisen darauf hin, das unser Befund im gesamten Ostberliner Altbaubestand so anzutreffen ist. Daraus würde planungspolitisch folgern, daß entweder keine Sanierungsgebiete ausgewiesen werden (da ja die Voraussetzungen fehlen), oder einzelne Sanierungsgebiete nur durch politische Willkür bestimmt werden oder aber der gesamte Altbaubestand Sanierungsgebiet wird. Für diese letztere Möglichkeit, die ich empirisch für extrem unwahrscheinlich halte, müßte dann ein neuer Sanierungsbegründungszusammenhang gefunden werden.

Zum Problembereich 2

Wer sind die professionellen und nichtprofessionellen Akteure der Stadterneuerung?

Die behutsame Stadterneuerung in Westberlin erforderte eine Gruppe von Experten, die im wesentlichen in Senatsinstanzen und freien Planerbüros die Stadterneuerung betreiben. Deren berufliche Definitionsmacht bestimmt die Begründungen für die Ausweisung von Sanierungsgebieten und deren Expertisen bilden schließlich auch die Grundlage für das politische Programm der jeweiligen Sozialplanung.

Anfänglich eng verbunden mit sozialen Bewegungen die sich in stadtteilgebundenen Bürgerbewegungen artikulierten; wurden diese zusehens voneinander unabhängig. Die Westberliner Planerszene ist heute stark professionalisiert.

Zum Zeitpunkt des Mauerfalls waren die Tage der Stadterneuerung in Westberlin gezählt. Viele Büros erschlossen sich mit dem 'Ökologischen Stadtbau' bereits neue Tätigkeitsfelder für die 90-er Jahre. Aber die Büros wußten auch, daß sich in naher Zukunft ihr Aufgabengebiet reduzieren würde.

Die Wiedervereinigung bildet die Grundlage für ihre expandierende Weiterexistenz; heute haben alle wichtigen Westberliner Büros ihre Untersuchungsgebiete in Ostberlin. Als Beispiel seien hier nur die wichtigsten Entwicklungsträger der behutsamen Stadterneuerung S.T.E.R.N und Stattbau genannt: S.T.E.R.N bekam den Auftrag für die Durchführung der Vorbereitenden Untersuchungen für den Prenzlauer Berg, Stattbau für bedeutsame Gebiete in Bezirk Friedrichshain. Hier befinden sich die wichtigsten Gründerzeitgebiete Ostberlins. Die Westberliner Planungsbüros sind gut auf die Erfordernisse und notwendigen Handlungsabläufe bei der Stadterneuerung a la Kreuzberg eingespielt. Damit scheinen sie ein Planungsverständnis zu garantieren, "das in der demokratischen, sozialorientierten, ökologischen, und wirtschaftliche wie historische Werte schonenden Pflege und Entwicklung des Bestandes die notwendige Grundlage jeder Planung, auch der Planung des Neubaus"⁶, sieht. Aber: die völlig veränderten Rahmenbedingungen der Hauptstadt machen eine Verwirklichung der alten Zielvorstellungen unwahrscheinlich.

Die Senatsverwaltung kann dem Problembereich allein schon organisatorisch gar nicht gewachsen sein. So werden die 27 zur Zeit in Auftrag gegebenen Sozialstudien in Ostberlin, neben den "regulären" Westberliner Geschäften, von denselben zwei Sachbearbeitern des Senats betreut.

Die in Gang gesetzte Planungsmaschinerie der behutsamen Stadterneuerung ist jedoch nicht nur rein quantitativ überfordert. Eine qualitativ völlig neue Problemlage stellen vor allem die hohe Zahl von Restitutionsansprüchen von Alteigentümern dar: mindestens 70% des Untersuchungsgebiets Helmholtzplatz sind davon betroffen.

Damit ist eine über viele Jahre währende Planungsunsicherheit gegeben. In Folge dessen werden in oberen Ebenen des Senats Überlegungen diskutiert, die Innenstadtgebiete der Privatmodernisierung zu überlassen. Die öffentliche Hand soll sich auf bloße Infrastrukturmaßnahmen beschränken. Ein Indiz dafür sind die in Berlin kursierenden "10 Leitlinien für die zukünftige Förderung der Stadterneuerung"; versehen mit dem prosaischen Untertitel: Internes Diskussionspapier, um bei der anstehenden Erörterung mit SenFin (Senat für Finanzen) nichts Wesentliches außer acht zu lassen⁷. Da das zitierte Papier vollkommen für sich selbst spricht, seien die wichtigsten Aspekte nachfolgend wörtlich wiedergegeben:

"2. Es ist künftig von einer Plafondierung für sämtliche Ausgaben der Stadterneuerung auszugehen;...

⁶ Bodenschatz, Harald: Berlin: Stadterneuerung zwischen Metropolensimulation und Hauptstadtdiskussion, S. 6. In: Arbeitsgruppe Stadterneuerung 1991

⁷ Die 10 Leitlinien für die künftige Förderung der Stadterneuerung (Internes Diskussionspapier, um bei den anstehenden Erörterung mit SenFin nichts außer acht zu lassen.), S. 2/3.

4. Angesichts der Dimensionen des städtebaulichen Bedarfs im Ostteil Berlins ist offensichtlich, daß nur ein Bruchteil der kurz- und mittelfristigen Baumaßnahmen mit öffentlicher Förderung abzudecken ist. Die für die einzelnen Grundstücke notwendigen Baumaßnahmen müssen in erster Linie vom Eigentümer finanziert werden,...

5. Um den Anteil der Förderung an den notwendigen Investitionen so gering wie möglich zu halten, sind grundsätzlich keine über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehenden Mieten- oder Belegungsbindungen vorzusehen. Soziale Zielsetzungen müssen durch das geltende Mietrecht - flankiert durch das Wohngeld - als ausreichend gewährleistet gelten.

6. Soweit städtebauliche Mißstände im wesentlichen mit Modernisierungen und Instandsetzungen behoben werden können, erfolgt keine Anwendung der gebietlichen Instrumentarien des 'Besonderen Städtebaurechts' (Untersuchungsbereiche, Sanierungsgebiete, Erhaltungsgebiete), ... Die Ausweisung förmlicher Gebiete erfolgt nur..., für die in deutlicher Abgrenzung zur allgemeinen städtebaulichen Situation außergewöhnliche Gründe eine gebietliche Ausweisung mit den dafür vorgesehenen besonderen rechtlichen Instrumenten erfordern."

Vor diesem Hintergrund sind Handlungskompetenzen der Ostberliner Betroffenen eine wichtige, überlebenswichtige Notwendigkeit. Hierzu gibt es bisher keine Erfahrungen. Westdeutsche Sanierungserfahrungen zeigen aber, wie wichtig Bürgerinitiativen vor Ort sind. Die Anwendung juristischer Instrumentarien bei der Sanierungsdurchführung im Interesse der Betroffenen setzen eine engagierte und informierte Bewohnerschaft voraus.

Hier sind die Voraussetzungen im Prenzlauer Berg im Gegensatz etwa zum Berliner Neubaubezirk Marzahn⁸ relativ günstig. Zum einen aufgrund der Tradition des Abrißwiderstands, der sich in Prenzlauer Berg wie in Kreuzberg auf ein bestimmtes intellektuelles und subkulturelles Milieu⁹ stützen konnte. Zum anderen wegen der in der Umbruchzeit entstandenen Bürgerinitiativen. Allein im Untersuchungsgebiet "Helmholtzplatz" gibt es eine große Anzahl von Bewohnerinitiativen, die sich zu Aspekten des Wohnens, des Wohnumfeldes und der Stadtteilentwicklung im weiteren Sinne (Gewerbe, Verkehr usw.) gebildet haben.

Es gibt also einen relativ großen Kreis der Betroffenen für die das Untersuchungsgebiet "Einzigartigkeit"¹⁰ hat. Diese ergibt sich aus ihren verschiedenen Dimensionen, die nach Siebel in eine ökonomische (1), soziale (2) und psychische (3) Betroffenheit unterscheidbar ist. Für unser Untersuchungsgebiet konkret wären das Mietsteigerung (1), prognostizierbare "Umsetzungsschäden" (2) und räumliche Identitätsverluste (3).

In der im Herbst 1991 gegründeten Betroffenenvertretung sind sechs Initiativen vertreten, in der sich eine Anzahl von Bürgern engagieren. Es gibt inzwischen einen festen Kern von Betroffenenvertretern, die mit ihren Mitteln versuchen in die Senatsplanung zur Sanierung einzugreifen. Dabei existiert eine, in Berlin sonst nur noch in Kreuzberg vergleichbare, enge Verknüpfung der Interessen und Aktivitäten zwischen Bezirksrat, Baustadtrat, zukünftigen Sanierungsträger und Betroffenen. Gegenwärtig müssen die Betroffeneninitiativen alle Energien darauf verwenden, die Ausweisung ihres Wohngebiets als Sanierungsgebiet durchzusetzen. Sollte dieses gelingen, was durchaus zweifelhaft ist, wäre die eigentliche Bürgerpartizipation in der dann einsetzenden Sanierung erst richtig gefordert. Es ist zu erwarten, daß bis dahin die Energien

⁸ Im ersten Zwischenbericht zur Bürgerbeteiligung in Marzahn stellen die Autorinnen fest, daß hier noch "keine gut ausgebildete lokale politische Kultur mit eingespielten und lebendigen Strukturen der Information, der Meinungsbildung und Interessenvertretung besteht," (es) "müssen wichtige Voraussetzungen für die Bürgerbeteiligung noch geschaffen werden". Weber und Partner/ Institut für Stadtplanung und Sozialforschung (1992): S. 2.

⁹ Siehe hierzu auch den Aufsatz von Kil: Prenzlauer Berg - Aufstieg und Fall einer Nische, in: Helms (1992), S. 503-520.

¹⁰ zitiert nach Breckner, Roswitha (1989), S. 2

vieler Aktivisten längst verschlissen sind. Auch im Westen sind ja die meisten Bürgerinitiativen eher in einer Abwärtsbewegung.

Zum Problembereich 3

Stellenwert und Funktion der Sozialstudien

Ostberlin ist gegenwärtig ein Brennpunkt für sanierungsbezogene empirische Stadtforschung. Diese wird vorwiegend von Westberliner Mieterberatungsbüros im Tandemverfahren durchgeführt. Das Selbstverständnis dieser Büros wird von der langjährigen Erfahrung bei der Unterstützung der sozialen Anliegen von Sanierungsbetroffenen geprägt. Sie stellen sich als "kritisch-solidarische Partner mit klar definierten Funktionen den Betroffenen zur Verfügung"¹¹. Ein Potential, auf das die Bewohner setzen können. Das Tandemverfahren scheidet leider oft an den fehlenden qualifizierten Fachleuten Ost oder am Desinteresse der Büros.

Dem Anspruch der Mieterberatungsbüros eher entgegengesetzt sind die Vorgaben für die Sozialstudien durch die Senatsverwaltung. Die inhaltlichen und methodischen Schwerpunkte nach denen die Sozialstudien durchgeführt werden, sind von administrativen Problemdefinitionen bestimmt. Die Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen, allen voran so wichtiger Aspekte wie die Mietbelastung und die Qualität der Nachbarschaftskontakte, müssen gegenüber den Auftraggebern regelrecht erkämpft werden. Erwartet werden "planungsrelevante" Aussagen im engsten Sinne. Vorwiegend sind das rein sanierungstechnische Daten (z.B. äußerst subjektive Angaben der Schlüsselpersonen zur Anzahl und Ursachen von Wohnungsleerstand auf dem jeweiligen Grundstück).

Als Reaktion auf dieses ungewöhnlich einengende Vorgehen der Verwaltung ist ein Positionspapier zum Selbstverständnis der Sozialforscher der vorbereitenden Untersuchungen¹² entstanden. Es thematisiert die verschiedenen Ebenen und die notwendigen Aussagen der Sozialstudien für die zukünftige Stadterneuerungspraxis. Da in der Sanierungsdebatte bauliche und finanzielle Aspekte bisher dominieren, müssen die Sozialstudien verstärkt die stadtstrukturellen und sozial nachteiligen Auswirkungen der verschiedenen Sanierungsstrategien hervorheben. "Die Sozialstudien müssen daher u.E. auch in der Lage sein, Qualitäten des Gebiets und der gegebenen Sozialstruktur zu benennen, die ohne den Schutz des besonderen Städtebaurechts gefährdet sind"¹³. Es ist das Unterfangen einer Gruppe von Betroffenenexperten und -expertinnen, auf die Planungspolitik Einfluß zu nehmen.

Ich komme zum Schluß

Die umfangreiche Sozialstudienforschung in Ostberlin ist Ausdruck des Legitimationsbedarfs des Verwaltungshandelns. Ein Legitimationsbedarf, der für die Betroffenen, angesichts der verrinnenden Zeit, immer unverständlicher wird. Zu DDR-Zeiten geschah im Gebiet Helmholtzplatz außer einer Notinstandsetzung baulich nichts, da inoffiziell der Ersatzneubau mit der Platte vorgesehen war. Heute passiert aus der Sicht der Bewohner hinsichtlich der baulichen Instandsetzung genau so wenig, zusätzlich fürchten die Bewohner um die Bezahlbarkeit der Mieten und um ihr Verbleiben im angestammten Kiez.

Aus sozialer Sicht führt das Verfahren selber zu seiner Infragestellung bzw. Abschaffung. Es gibt keine soziale "Auffälligkeiten", im Sinne einer Sozialstrukturelle Schwäche. Die Sozialforscher versuchen deshalb eine Neudefinition von sozialen Sanierungsgründen für die Stadterneuerung in die Diskussion einzuführen.

¹¹ Team Sozialplanung Woltmannweg (Grothe-Jung, Dietrich; Hannemann, Christiane; Hoffmann, Heinz. E. (1988): S. 19.

¹² ARGE (Arbeitsgruppe der Berliner Mieterberatungsgesellschaften): S. 1.

¹³ a.a.O. S. 2

Demgegenüber tendieren die politischen Entscheidungsträger bei der Stadterneuerung im Altbaubestand zur Privatisierung der Sanierung. Die von den Stadtplanungsexperten damit erwartenden Verdrängungsprozesse werden in Kauf genommen. "Verdrängung ist kein Grund", so formulierte es ein Mitarbeiter beim Senat für Bau- und Wohnungswesen; kein Grund für die Ausweisung eines Stadtteils als öffentliche gefördertes Sanierungsgebiet.

Überspitzt formuliert, läuft der Konflikt darauf hinaus, daß nach der alten gültigen Definition soziale Rückständigkeiten Voraussetzung für das Verfahren der behutsamen Stadterneuerung sind, während nach der vorgeschlagenen Neudefinition, die aufgrund der Sanierung zu erwartende soziale Problematik zu vermeiden ist.

Der Rahmen der Problemkonstellation der Ostberliner Stadterneuerung hat sich insgesamt stark verändert. Er ist durch einen hohen Erneuerungsbedarf, äußerst knappen öffentlichen Mitteln, geringen finanziellen Ressourcen der Mieter und hohen Renditeerwartungen der alten und neuen Eigentümer gekennzeichnet. Dieses Bild der Rahmenbedingungen wird vervollständigt durch den an Nachbesserung in den Ostberliner Neubaugebieten. Auch das Neubauen "vor allem am Stadtrand ist wieder gefragt"¹⁴ Somit wird sich zwangsläufig ein neues Modell der Stadterneuerung herausbilden. Es wird durch Privatmodernisierung, abgefedert durch Sozialmaßnahmen und zwangsläufigen Verdrängungsprozessen gekennzeichnet sein. Die Sozialplanung wird die Aufgabe der Steuerung des "geordneten Rückzugs" haben.

Die Ära der behutsamen Stadterneuerung geht ihrem Ende entgegen.; anders formuliert 40 Jahre Sonderentwicklung weichen der Normalität marktwirtschaftlich geprägter Stadtentwicklung und damit verbundener sozialräumlicher Veränderungen als absehbare Konsequenz der Metropolisierung Berlins.

Literatur:

ARGE (Arbeitsgruppe der Berliner Mieterberatungsgesellschaften): Thesen zu den Sozialstudien von 24.2.1992, unv. Diskussionsmaterial

Arbeitsgruppe Stadterneuerung (1990): Stadterneuerung in Berlin (West). Ein Jahr ROTGRÜN, ISR-Diskussionsbeiträge Nr. 33, Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin

Arbeitskreis Stadterneuerung (1991): Jahrbuch Stadterneuerung 1990/91. Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen, Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalsoziologie

Becker, Grete: Modernisierung von Gründerzeithäusern - Analysen, Konzepte und DDR-Realität. In: Hartwich, Barbara (Hg.) (1991): Frauenpläne: Stadtbau, sozialer Wandel und Fraueninteressen, Darmstadt: Verl. für Wiss. Publ., S. 83-100.

Becker, Heidede /Schulz zur Wiesch, Jochen (Hg.) (1982): Sanierungsfolgen. Eine Wirkungsanalyse von Sanierungsmaßnahmen in Berlin (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik; Band 70), Stuttgart; Berlin...: Kohlhammer

Breckner, Roswitha (1989): Bewohner antworten auf die Sanierung: Sanierungsprozeß und Probleme der Betroffenenmitwirkung. Eine Untersuchung im Auftrag der Sanierungsverwaltungsstelle - Bezirksamt Tiergarten, unv. Material der Autorin

Gude, Sigmar/ Schulze Maren (Topos Stadtforschung) (1991): Sozialstruktur und Wohnraumversorgung im Prenzlauer Berg - Bereiche Böttzowstraße, Winsstraße, Kollwitzplatz und Teuteburger Platz -. Eine Untersuchung im Auftrag der S.T.E.R.N. GmbH, Arbeitsgruppe Prenzlauer Berg.

14 Zur Notwendigkeit des Neubauens am Stadtrand vgl. u.a. die Aufsätze von Novy 1991, S. 43/44 und Lütke-Daldrup 1990.

Häusermann, Hartmut /Siebel, Walter (1991): Berlin bleibt nicht Berlin. In: Leviathan 19. Jg 3/91 S. 353 - 371

Helms, Hans G. (1992): Die Stadt als Gabentisch: Beobachtungen zwischen Manhattan und Berlin-Marzahn, Leipzig: Reclam-Verlag, Reihe Kunstwissenschaften Bd. 1418

Institut für Soziale Stadtentwicklung (1992): Mieterbefragung Ost-Berlin im Auftrag des Berliner Mietervereins

Kurth, Detlef (1992): Stadtpflege als Konzept der Stadterneuerung - neue Strategien für alte Mietshausquartiere im vereinten Berlin, Eine vergleichende Analyse von Ansätzen der behutsamen Stadterneuerung in Hinblick auf ein Konzept der Stadtpflege für das Quartier Falkplatz in Berlin-Prenzlauer Berg, Dipl.arbeit am ISR

Lütke-Daldrup: Wohnungsbaupotentiale in (West) Berlin. In: Arbeitsgruppe Stadterneuerung a.a.o.

Novy, Klaus: Lange Wellen und die Konjunktur der großen Themen - Dargestellt am Beispiel der Städtebauleitbilder. In: Novy, Klaus/ Zwoch, Werner (1992): Nachdenken über Städtebau. Reihe "Bauwelt-Fundamente" Bd. 93; Wiesbaden: Vieweg-Verlag, S. 43-54.

Rietdorf, Werner (1989): Stadterneuerung: Innerstädtisches Bauen als Einheit von Erhaltung und Umgestaltung. Ostberlin: VEB Verlag für Bauwesen

Schulz, Stefanie / Pleda, Bernd (1989): Soziale Situation und Sanierungsbetroffenheit - Ergebnisse einer repräsentativen Haushaltsbefragung in Kombi-Häusern des Treuhandbereichs der Internationalen Bauausstellung im Sanierungsgebiet Kottbuser Tor. Herausgeber: S.T.E.R.N. Gesellschaft für behutsame Stadterneuerung mbH, Berlin

Staemmler, Gerlind (1981): Rekonstruktion innerstädtischer Wohngebiete in der DDR. IWOS-Bericht zur Stadtforschung 7, TU-Berlin

Stimmann, Hans (1985): Stadterneuerung in Ost-Berlin vom "sozialistischen Neuaufbau" zur "komplexen Rekonstruktion". Überblick und Materialien, Hg. von der Bauausstellung Berlin GmbH - Abteilung Stadterneuerung

Szelenyi, Ivan: Urban Inequalities Under State Socialism, Oxford University press, New York 1983

Team Sozialplanung Woltmannweg (Grothe-Jung, Dietrich; Hannemann, Christiane; Hoffmann, Heinz. E. (1988): Sozialplanung Sanierungsgebiet Steglitz-Woltmannweg (Auswertung/ Projektbericht), Berlin-West

Weber und Partner/ Institut für Stadtplanung und Sozialforschung (1992): Zwischenbericht "Bürgerbeteiligung Plattform Marzahn. Berlin

PS. Das Wappen von Prenzlauer Berg



Ingrid Breckner

ARMUT DURCH WOHNUNGSPOLIK

- Erfahrungen mit der wohnungspolitischen Generierung sozialer Ungleichheit in einem EG-Modellprojekt zur wohnungspolitischen Armutsbekämpfung -

Thesenpapier für die Frühjahrstagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie am 8./9. Mai 1992 in Göttingen

Vorbemerkung

Das EG-Modellprojekt WOHNFORUM München gGmbH konzipiert und erprobt in 5-7 innovativen und übertragbaren Wohnprojekten Handlungsstrategien zur wohnungspolitischen Armutsbekämpfung

- o für und mit unterschiedlichen von Armut betroffenen Nutzergruppen,
- o in öffentlichen und privaten Wohnungsbeständen sowie im Neubau,
- o mit unterschiedlichen Finanzierungskonzepten kostensparenden, umweltverträglichen und bedarfsorientierten Bauens sowie
- o durch sozialverträgliche Belegungsstrategien und Beteiligungsverfahren der NutzerInnen an Planungs-, Bau- und späteren Hausverwaltungsprozessen.

Die Versuche einer Umsetzung dieser Ziele in den ersten beiden Förderjahren haben diverse strukturelle Grenzen innovativen wohnungspolitischen Handelns auf der lokalen Ebene offengelegt. Im folgenden werden einige in der nationalen, föderalen und/oder kommunalen Wohnungspolitik angelegte Blockaden wohnungspolitischer Armutsbekämpfung herausgearbeitet. Damit verbindet sich nicht nur die Absicht, das noch weitere zwei Jahre geförderte Modellprojekt in effektiver Weise weiterzuentwickeln, sondern auch das Ziel, erfolgreiche 'Gehversuche' dieses Modellprojekts längerfristig in die zentral- und gliedstaatliche Wohnungspolitik zugunsten einer sozial ausgewogeneren Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum einzubringen.

THESE 1

Der Rückzug des Zentralstaates aus der sozialpolitischen Verantwortung für eine angemessene Versorgung aller Bevölkerungsgruppen mit Wohnraum hat - entsprechend artikulierter wohnungswissenschaftlicher und wohnungswirtschaftlicher Warnungen - zu einer Eskalation von Wohnungsnot insbesondere für untere und mittlere Einkommensgruppen in bundesdeutschen Ballungsgebieten geführt (vgl. Ulbrich, 1988; Becker, H. 1989; Wolowicz, 1990, S. 40ff; Schubert, 1991 oder Mündermann, 1992).

THESE 2

Länder und Kommunen beschränken sich auf die *kostspielige Verwaltung des Mangels an mietpreisgünstigem Wohnraum*, der sich durch den rückläufigen Neubau von Sozialwohnungen, das nach wie vor nicht befriedigend gelöste Problem der Fehlbelegung von Sozialwohnungen und den rasanten Abbau mietpreisgünstiger Wohnungsbestände durch Abbruch, Zweckentfremdung, Luxusmodernisierung, Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen, erhöhte Wohnflächenansprüche zahlungskräftiger Bevölkerungsgruppen sowie die auslaufenden Preis- und Belegungsbindungen in den großen Sozialwohnungsbeständen der 60er und 70er Jahre sukzessive verschärft (vgl. Evers, A. u.a., 1983; Becker, H., 1989; LH München, 1991a oder Schubert/Ferner, 1991).

THESE 3

Die vor allem in bundesdeutschen Ballungsräumen nach dem Prinzip der Grundrentenmaximierung ausgetragene *Nutzungskonkurrenz zwischen Arbeiten und Wohnen* hat in prosperierenden wie in schrumpfenden Wirtschaftsräumen die Ansiedlung von Arbeitsplätzen und den Bau von Luxuswohnraum sowie eine rasante Steigerung der Grundstückskosten begünstigt (vgl. Breckner/Schmals, 1992). Die *durch öffentliche Investitionen zur Förderung der Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes begingten Planungsgewinne werden privat abgeschöpft*. Die Erhaltung und Schaffung mietpreisgünstigen Wohnraums blieb dagegen - angeblich aufgrund von Finanzierungsproblemen der öffentlichen Hand - in qualitativer und quantitativer Hinsicht auf der Strecke (zur Priorität der Wirtschaftsförderung zu Lasten sozialpolitischer Aktivitäten in der Kommunalpolitik vgl. Jaedicke u.a., 1990).

THESE 4

Neue Instrumente zur Förderung von Investitionen auf dem Wohnungsmarkt - wie z.B. der 3. Förderweg im Sozialen Wohnungsbau, die Förderung des Dachgeschoß-Ausbaus oder die neuen Spielarten der steuerlichen Abschreibung von Neubau- oder Instandhaltungsinvestitionen -, Novellierungen des Miethöhengesetzes, die nach wie vor nicht bedarfsorientierte Normierung von Neubau-, Modernisierungs- und Sanierungsstandards sowie die Honorierung von Architekten-Leistungen nach der Höhe der Bausummen zielen auf eine *Effektivierung der Kapitalakkumulation im Wohnungsbau ab*. Sie bewirken *strukturell eine Erhöhung der Wohnkosten in allen Wohnungsmarktsegmenten*, die von unteren und mittleren Einkommensgruppen nur bedingt durch Selbsthilfeleistungen auszugleichen sind. Die selektiven Wirkungen einer ausschließlich marktwirtschaftlich orientierten Förderpraxis im Wohnungssektor müssen dringend im Rahmen *volkswirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Rechnungen für einzelne wohnungspolitische Handlungsstrate-*

gien und ihr jeweiliges Zusammenwirken auf unterschiedlichen Wohnungsteilmärkten aufgedeckt und anschließend abgebaut werden.

THESE 5

Die Tatsache, daß die Einkommensgrenzen, die zum Bezug einer Sozialwohnung berechtigen, seit mehr als 10 Jahren der Lohnentwicklung nicht mehr angepaßt worden sind, führt zur *Ausgrenzung förderungsbedürftiger Haushalte aus dem Sozialen Wohnungsbau*. Die jeweils zeitlich verzögerte Anpassung der Kriterien für den Bezug von Wohngeld gleicht diese Benachteiligung nicht aus. Allein die politisch vernachlässigte Anpassung der Einkommensgrenzen im Sozialen Wohnungsbau erklärt, warum die Zahl sozialwohnungsberechtigter Haushalte trotz hoher Nachfrage nach mietpreisgünstigem Wohnraum in München gesunken ist. In neu zu belegenden Sozialwohnungen konzentrieren sich aufgrund dieser Zugangsregulierungen entweder Personengruppen mit extrem niedrigen Einkommen, die längerfristig wiederum das Bezugskriterium der Mietzahlungsfähigkeit nicht erfüllen können oder es finden sich gar keine Haushalte, die der in den Belegungskriterien verankerten Paradoxie gerecht würden.

THESE 6

Der sich zuspitzende Mangel an mietpreisgünstigem Wohnraum zwingt kommunale WohnungspolitikernInnen inzwischen wieder zu der - konzeptionell bereits Anfang der 70er Jahre als *dysfunktional* bewerteten - *Konzentration von Menschen mit wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und/oder kulturellen Schwierigkeiten*. Damit wird der *Entstehung sozialer Brennpunkte* Vorschub geleistet, innerhalb derer Auswege aus bestehenden Problemlagen schwierig sind und zudem *hohe soziale Folgekosten* sowie *ordnungspolitische Interventionen* erfordern bzw. als *Notmaßnahme* legitimieren. Nicht zuletzt begünstigen kleinräumige Konzentrationen sozialer Probleme *rechtskonservative politische Wertorientierungen und Handlungsstrategien in umliegenden Wohngebieten*, die sich bei entsprechender Massierung in den betroffenen Stadtgebieten *demokratiegefährdend* auswirken können (vgl. Breckner, 1992).

THESE 7

Kommunen können ihre Pflicht zur *Versorgung bestimmter Bevölkerungsguppen mit Wohnraum* nur erfüllen, indem sie diese Aufgabe - entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip - *an freie Träger delegieren*, die ihrerseits zur Erledigung solcher Aufgaben *zielgruppenspezifische öffentliche Zuschüsse* in Anspruch nehmen und sich damit ökonomisch "über Wasser" halten. Da diese Träger in der Regel ebenfalls nicht über den erforderlichen mietpreisgünstigen Wohnraum verfügen,

stigmatisieren sie aus Finanzierungsgründen ehemalige PsychiatriepatientInnen, verhaltensauffällige Jugendliche, alte Menschen oder obdachlose Männer und Frauen zu "Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten" nach dem Bundessozialhilfegesetz oder dem Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz. Sie versorgen dieses Klientel dann in öffentlich hochsubventionierten stationären bzw. teilstationären Einrichtungen, in denen sich die BewohnerInnen längerfristig oftmals zu *dauerhaft betreuungsbedürftigen Problemfällen* entwickeln. *Konzeptionell und praktisch erfolgreiche Ansätze einer zielgruppenspezifisch bedarfsorientierten Unterbringung von Obdachlosen* (vgl. Kellner/Wittich, 1987 sowie Specht u.a., 1988) finden u.a. aufgrund dieser sozialpolitisch bereitgestellten Notlösungen für akute Wohnraumprobleme *keine breitere Anwendung*.

THESE 8

Die *Standardisierung* von Grundrissen, Ausbauqualitäten und der Wohnumfeldgestaltung im Neubau und im modernisierungs- bzw. sanierungsbedürftigen Wohnungsbestand durch öffentliche Förderprogramme *entspricht in mehrfacher Hinsicht nicht dem Bedarf* und den Bedürfnissen des *Personenkreises, der Zugang zu öffentlich gefördertem Wohnraum hat oder darauf angewiesen ist*:

- o Die *klassische Kleinfamilie als Zielgruppe* der öffentlichen Wohnungsbauförderung dominiert längst nicht mehr im Kreis der anspruchsberechtigten Haushalte (vgl. LH München, 1991b). Sie wird zunehmend durch *1-Personen-Haushalte, Alleinerziehende, Wohngemeinschaften älterer oder jüngerer Menschen, Mehrgenerationen-Familien oder -Wohngemeinschaften etc.* verdrängt. Diese *neuen, aufgrund ihres Einkommens auf öffentlich geförderten Wohnraum angewiesenen Haushaltstypen* werden nur dann als sozialwohnungsberechtigt anerkannt, wenn sie sich den geltenden Belegungskriterien (Anzahl und Größe der ihnen zustehenden Wohnräume, Verzicht auf Wohngemeinschaften etc.) anpassen und die Benachteiligung im Vergleich zu "vollständigen Kleinfamilien" in Kauf nehmen.
- o *Wohnbedürfnisse, die sich nach Alter, Geschlecht, Gesundheitszustand sowie nach sozialen und kulturellen Voraussetzungen oder Gewohnheiten unterscheiden*, sind innerhalb der förderungsfähigen Einheitsstandards nur schwer aufeinander abzustimmen und zu verwirklichen. Auch aus diesem Grund werden sozialwohnungsberechtigte Haushalte in der Verwirklichung ihrer sich ausdifferenzierenden und verändernden Wohnbedürfnisse benachteiligt.

- o Die *zielgruppenübergreifende Präferenz nutzungsneutraler Wohngrundrisse* steht der nach wie vor praktizierten *funktionalen Standardisierung von Nutzräumen* diametral entgegen.
- o Bestehende Förderprogramme beinhalten keine Möglichkeiten der Bereitstellung oder Instandsetzung von *Gemeinschaftsräumen*, obwohl gerade benachteiligte, förderungswürdige Haushalte - aufgrund des begrenzten Wohnraums, der ihnen zugestanden wird - zur Entwicklung einer sozial tragfähigen Hausgemeinschaft auf solche Gemeinschaftsflächen in hohem Maße angewiesen sind.
- o Die *Förderung ökologischer Maßnahmen im Wohnungsbestand* oder im Neubau konzentriert sich noch zu einseitig auf kostspielige technische Anlagen (z.B. zur Nutzung von Sonnenenergie oder zur Aufbereitung von Brauchwasser), anstatt auch preiswertere, für BewohnerInnen mit schmaleren Geldbeuteln bezahlbare Wiederverwertungs- und Begrünungsmaßnahmen oder sozial-ökologische Nutzungsweisen der Wohnungen und des Wohnumfeldes einzubeziehen.

THESE 9

Das sich zunehmend verkleinernde Angebot mietpreisgünstigen Wohnraums begünstigt im Bereich der *politisch-administrativen Verteilung von Wohnraum* Strukturen einer *"orientalischen Despotie"* (Wittvogel), die sich in Bestechungen, Begünstigungen, irrationalen Interpretationen von Belegungskriterien etc. äußern (vgl. auch Becker, R., 1988). Von Armut betroffene Personengruppen sind in der Handhabung entsprechender institutioneller bzw. personaler Handlungsmuster entweder benachteiligt oder versuchen ihre ohnehin knappen Ressourcen für die Beteiligung an dem vermuteten Verteilungsverfahren einzusetzen.

THESE 10

Anstatt die strukturellen Ursachen der für bestimmte Personengruppen sich zuspitzenden Wohnungsnot aufzudecken und abzubauen, nehmen wohnungs- und sozialpolitische Akteure auf der lokalen, regionalen und nationalen Ebene *Projektionen und Schuldzuschreibungen zu Lasten von Flüchtlingen, Asylbewerbern oder Migranten als Scheinerklärungen* in Kauf oder schüren sogar den Sozialneid zwischen den in unterschiedlicher Weise von Schwierigkeiten der Wohnungsversorgung betroffenen Bevölkerungsgruppen (vgl. z.B. Gesamtverband der Wohnungswirtschaft, 1992). Diese bequemen Scheinlösungen oder Distanzierungen von einer möglichen Identifikation mit den manifesten sozialen Problemen auf dem Wohnungsmarkt dienen lediglich der ideologischen Problemverschleierung und/oder subjektiver psychischer Entlastung. Keinesfalls

sind sie geeignet, die dringend erforderlichen konstruktiven Lösungen dieser Probleme zu entwickeln und umzusetzen.

THESE 11

Das Spektrum der Phantasien in bezug auf eine auch für auf dem Wohnungsmarkt benachteiligte Bevölkerungsgruppen sozial- und umweltverträglichen Wohnungspolitik, die aus dem bisherigen interdisziplinären und "exemplarischen Lernen" (Negt) innerhalb des Projekts WOHNFORUM entstanden ist und auf andere Handlungsfelder der Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft übertragbar wäre, umfaßt

- o die Einführung sozialer Baubetreuung (neben der technischen Baubetreuung) in Prozesse der Herstellung und Sanierung von Wohnraum, auf die die öffentliche Hand als Eigentümerin, Verwalterin oder Förderinstitution Zugriff hat;
- o den Ausbau zielgruppenspezifischer Sozialplanung in der Belegung, Bewirtschaftung und Verwaltung öffentlich geförderter oder in der Verfügung der öffentlichen Hand befindlicher Wohnungsbestände, mit dem Ziel der Integration benachteiligter Haushalte in sozialstrukturell gemischte Hausgemeinschaften;
- o die Ermutigung und Befähigung wirtschaftlich und sozial-kulturell benachteiligter Haushalte zur Mitwirkung an der Planung und Umsetzung von Wohnungsneubau- oder Sanierungsmaßnahmen sowie an der späteren gemeinschaftlichen Selbstverwaltung des Wohnungsbestandes (vgl. Pfadt, 1991);
- o die Entwicklung, Operationalisierung und Umsetzung eines sozialpolitischen sowie eines bedarfsorientierten umweltpolitischen Verantwortungsgefühls für die Bewohnerschaft der "dritten Stadt" (Selle) bei privaten, öffentlichen und genossenschaftlichen Eigentümern und Verwaltern von Wohnraum, bei traditionellen und "alternativen" Sanierungsträgern, bei den im Wohnungsbau tätigen Planungsbüros, Handwerksfirmen und in der Bauindustrie sowie bei MitbewohnerInnen mit größeren ökonomischen und kulturellen Handlungsspielräumen;
- o den Verzicht auf die Privatisierung von Wohnungsbeständen in der Verfügung der öffentlichen Hand zugunsten einer offensiven und innovativen Nutzung dieser Ressource für eine bedarfsorientierte und kostengünstige Versorgung ökonomisch und sozial-kulturell benachteiligter Haushalte mit Wohnraum (vgl. Evers, J./Pickert, 1991); und nicht zuletzt
- o die Anpassung von Belegungskriterien für öffentlich geförderten oder in staatlicher Verfügung befindlichen

Wohnraum sowie der vertraglichen Vereinbarungen zwischen den an der Wohnraumnutzung direkt oder indirekt beteiligten Akteuren an die längerfristigen wirtschaftlichen, sozial-kulturellen und politischen Bedarfe der sich immer stärker ausdifferenzierenden Nutzergruppen.

Literatur

- Becker, Heidede, 1989: Wohnungsfrage und Stadtentwicklung. Strategien, Engpässe und Perspektiven der Wohnungsversorgung. Berlin.
- Becker, Ruth, 1988: Notwendigkeit und Bedingungen des Sozialen Wohnungsbaus als Bestandteil einer sozial orientierten Wohnungspolitik. In: Specht, u.a., Hrsg., a.a.O., S. 158-165.
- Breckner, Ingrid, 1992: Die Wohnungsversorgung einkommensschwacher und benachteiligter Haushalte in den Münchner Stadtbezirken. Hrsg. vom WOHNFORUM München. München (in Vorbereitung).
- Dies./Schmals, Klaus, 1992: Zwischen Isarbrücke und Luxuswohnung - Wohnungspolitik in der 2/3-Gesellschaft. In: Heinelt, Hubert/Mayer, Margit, Hrsg.: Politik in europäischen Städten. Basel u.a. (im Erscheinen).
- Evers, Adalbert/Lange, Hans-Georg/Wollmann, Hellmut, Hrsg., 1983: Kommunale Wohnungspolitik. Basel u.a.
- Evers, Jürgen/Pickert, Wolfgang, 1991: Können gesellschaftlich und ökonomisch ausgegrenzte Gruppen über kommunale Wohnungsbestände versorgt werden? In: Schubert, D., Hrsg.: Sozial Wohnen ..., a.a.O., S. 153-160.
- Gesamtverband der Wohnungswirtschaft, Hrsg., 1992: Für eine sozial ausgewogene und ökonomisch tragfähige Wohnungsbauförderungs- und Mietpolitik in Deutschland. Materialien Nr. 27. Köln.
- Jaedicke, Wolfgang u.a., Hrsg., 1990: Lokale Politik im Wohlfahrtsstaat. Opladen.
- Kellner, Reinhard/Wittich, Wolfgang, Hrsg., 1987: Wohnen tut not. Obdachlosigkeit in der Diskussion. Analysen - Modelle - Perspektiven. München.
- LH München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, 1991a: Bericht zur Wohnungssituation in München 1988-1989. Mit Ergänzungen für das Jahr 1990. München.
- LH München, Sozialreferat, 1991b: Soziale Leistungen in Zahlen 1989. München.
- Mündemann, Tobias, 1992: Kein Dach über dem Kopf - Keinen Boden unter den Füßen. Hamburg.
- Pfadt, Andreas, 1991: Ausnahme und Regel - von der Mieterbeteiligung zur Selbstverwaltung; Ansätze für ein neues Mieter-Vermieter-Verhältnis. In: Schubert, D., Hrsg.: Sozial Wohnen ..., a.a.O., S. 58-68.
- Schubert, Dirk, 1991: Kommunale Wohnungspolitik - "Lückenbüsser" oder "Reformchance"? In: ders., Hrsg.: Sozial Wohnen - Kommunale Wohnungspolitik zwischen Eigentümer- und Mieterinteressen. Darmstadt. S. 20-35.

- ders./Ferner, Michael, 1991: Differenzierungs-, Polarisierungs- und Deregulationsprozesse im kommunalen Wohnungsbestand in Hamburg. In: ders., Hrsg.: Sozial Wohnen ..., a.a.O., S. 180-203.
- Specht, Thomas/Schaub, Manfred/Schuler-Wallner, Gisela, Hrsg., 1988: Wohnungsnot in der Bundesrepublik - Perspektiven der Wohnungspolitik und -versorgung für benachteiligte Gruppen am Wohnungsmarkt. Materialien zur Wohnungslosenhilfe, Heft Nr. 7. Bielefeld.
- Ulbrich, Rudi, 1988: Wohnungsnot in der Bundesrepublik - gibt es das? In: Specht, u.a., Hrsg., a.a.O., S. 33-48.
- Wolowicz, Ernst, 1990: Zwischen Staatsintervention und freiem Spiel. In: Ude, Ch., Hrsg.: Wege aus der Wohnungsnot. München. S. 13-54.

Anschrift der Autorin:

Dr. Ingrid Breckner
c/o WOHNFORUM München gGmbH
Gravelottestraße 8
8000 München 80

II. Berichte / Informationen / Hinweise

Die Utopie ist tot - Es lebe die Utopie

- In der Stadtentwicklungsdebatte tauchen neue Handlungsspielräume auf.

Klaus M Schmals

1.

Globaler Rückschritt trotz lokaler Fortschritte

Aus der Perspektive von Philosophie, Soziologie, Politik, Architektur oder Planung blicken wir auf eine lange **Tradition der Utopieproduktion** zurück. Sie mußte jedoch - wie es Hans Magnus Enzensberger ausdrückte - in den siebziger Jahren einer "**melancholierreichen Ratlosigkeit**" Platz machen. Gegenwärtig nimmt das **Interesse an Utopien** langsam aber stetig zu. Das "Stadtforum" in Berlin, die Veranstaltung "München 2000" oder das Kolloquium "Stadträume" in Frankfurt (M. Wentz, 1991) bestätigen diesen Trend. Dieses Interesse entfaltet sich nicht nur vor dem Hintergrund der **zunehmenden Zerstörung unserer äußeren, inneren und vermittelnden Lebenswelt** (der Natur, unseres Körpers und intermediärer Einrichtungen), sondern auch vor dem **Willen vieler Bürger**, die **Gestaltung der Gesellschaft** wieder stärker in die "**eigenen Hände**" zu nehmen (und nicht ausschließlich immer ungeeigneteren Politikern und Institutionen zu überlassen). In diesem Zusammenhang wird der Versuch unternommen, Wege aus der "**Modernisierungsfalle**" (K. Wahl und C. Offe), in der wir seit geraumer Zeit gefangen sind, aufzuzeigen. Einen dieser Wege in eine **sozialgerechtere und umweltschonendere Zukunft** möchte ich am **gesellschaftlichen Umbauprozess** von der "**Arbeits- zur Zivilgesellschaft**" (vgl. Rödel/Frankenber/Dubiel, Die demokratische Frage, 1989) darstellen. Dabei werden sowohl **politische, soziale, ökologische als auch kulturelle Aspekte der Stadtentwicklung** tangiert.

Die Tatsache, daß wir in einer **verstäderten (Welt-) Gesellschaft** leben, ist nach meinen Erfahrungen eine der zentralen Ausgangspositionen in dieser Diskussion. Diesbezüglich werden die **zentralen Probleme** der Gemeinschaft (wie Energieverbrauch, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, Armut, Müllproduktion, Umweltzerstörung oder Erkrankung großer Bevölkerungskreise) auf der **städtischen Ebene** - z.T. systematisch - produziert. Dazu ein Beispiel: "Den Autos entweichen unter anderem krebserzeugende Dioxine und Benzole sowie giftige Schwermetalle wie Blei und Cadmium. (...) In Familien, die an verkehrsreichen Straßen wohnen, häufen sich Allergien und Atemwegerkrankungen. Oftmals haben

die Kinder, wie Untersuchungen aus Köln belegen, auch einen erhöhten Benzolgehalt im Blut. Sie sind mithin einem stärkeren Leukämierisiko ausgesetzt als ihre Kinder in der Provinz" (DER SPIEGEL, 1991, S. 186).

Ich meine, wir sollten unverzüglich und ohne große Hemmungen damit beginnen, "**konkrete Utopien**" zu entwickeln, in deren Kontext wir die **Probleme, Konflikte und Folgen** einer **verstäderten (Industrie- und/oder Dienstleistungs-)Gesellschaft sozial-, kultur- und umweltgerechten Lösungen** zuführen können.

Sehen wir uns in deutschen Städten um, so finden wir zahllose **erfolgreiche und innovatorische Projekte und Projektverbände** (vgl. die "**Arbeitsförderungsinitiative**" (AFI) in München und die "**Beschäftigungsgesellschaft**" in Hamburg), die vor wenigen Jahren - um mit E. Bloch zu sprechen - noch in den Bereich der "**konkreten Utopie**" oder in den Zusammenhang des "**zivilen Ungehorsams**" - einzuordnen waren. Eine Kleinstauswahl: In Berlin funktioniert - mit über 90%er Akzeptanz durch die betroffene Stadtbevölkerung - eine **dezentrale, innerstädtische "Pflanzenkläranlage"**. Durch die Einrichtung dieser Anlage konnte der Wasserverbrauch in diesem Berliner Sanierungsblock (Nr. 6: Moritzplatz) um 50% und die Belastung zentraler, städtischer Kläranlagen gesenkt werden. In Bremen-Ostertor saniert eine Gruppe von **Sozialhilfeempfängern unter fachlicher Anleitung Altbausubstanz im Wohnbereich**, in die sie nach Sanierungsabschluß - bei sozialverträglichen Mieten - selbst einziehen können. Im Sanierungsverfahren werden zudem alte Baumaterialien recycelt, um so dem Ansteigen der städtischen Müllberge und dem Mülltourismus zu begegnen. In Duisburg-Homburg vereitelten Arbeiterfrauen durch einen (gewaltlosen) Hungerstreik den vollständigen **Abriß einer großen Arbeitersiedlung**. Zusammen mit den SiedlungsbewohnerInnen gründeten sie eine **Bewohnergemeinschaft** und modernisierten die verbliebene Siedlung in Selbsthilfe. Parallel zum Modernisierungsprozess wurde von den Bewohnern eine "**Soziale Bauleitung: Leben im Alter in der Rheinpreußensiedlung, Alphabetisierungsprogramme für ausländische Mitbürger und ein Kinderhaus**" eingerichtet. Im "**Wohnforum München**" erarbeiteten **Obdachlose, Nichtseßhafte, alte Menschen, ausländische Mitbürger, alleinerziehende Frauen und Männer, Langzeitarbeitslose, jugendliche Arbeitslose und psychisch erkrankte Menschen** unter Mitarbeit von Fachleuten für 5 innerstädtische Mietshäuser **selbstbestimmte, selbstverwaltete, energiesparende und umweltschonende Wohnmodelle**. Im Berliner ZUB-Projekt **sanieren jugendliche Arbeitslose Wohnhäuser**, in die sie später auch einziehen können. Dabei absolvieren sie eine Ausbildung zum "Sanierungswerker". Dies mit dem Ziel, später in den sog. Ersten Arbeitsmarkt integriert werden zu können. In Bergkamen werden z.Zt. die Ergebnisse eines Ideenwettbewerbs "**Sozial- und umweltverträgliche Planung von Frauen für Frauen im Wohnbereich**" realisiert. Dieser Wettbewerb wurde von Architektinnen beschickt und von Frauen juriiert.

Wo man hinsieht - wenn mann/frau will - trifft man auf Projekte, die das Ziel einer **Entlastung der Umwelt, einer besseren bzw. gerechteren Versorgung der Bevölkerung, der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung** verfolgen oder denen die **Integration ausländischer Mitbürger** gelingt. Zu beobachten sind Projekte, die im Umbauprozess der Stadt - in der Regel gegen **staatlichen Widerstand - demokratische, soziale und ökologische Ziele** gleichermaßen verfolgen.

Wie kann es nun aber geschehen, daß sich diese Entwicklung in unserer Gesellschaft nur unzureichend niederschlägt, daß sich in einer Gesellschaft, die **immer reicher wird, die voller Möglichkeiten, Ideen und realisierter Projekte ist, soziale Ungleichheit vertieft**, sich in so großer Geschwindigkeit entdemokratisiert und entsolidarisiert; sich abwendet vom Grundkonsens **"Sozialer Rechtsstaat"**. Dies kann nicht nur auf das Versagen der **"Parlamentarischen Demokratie"** bzw. der PolitikerInnen, oder auf das Desinteresse immer größer werdender Gruppen der Bevölkerung an sozialer Gerechtigkeit zurückgeführt werden. Es kann auch nicht ausschließlich am eventuell eingetretenen **Verlust an Utopien** liegen. Was könnte es sonst sein: Sind es die besitzenden Bürger der **2/3-Gesellschaft**, die so sehr mit ihrer **Besitzstandswahrung** beschäftigt sind, daß für sie das Umsieherum - solange sie nicht in Mitleidenschaft gezogen werden - vollständig in Vergessenheit gerät. Oder sind die **Arbeits-, Ausbildungs- und Versorgungsstrukturen**, sind die gesellschaftlichen Normen und Werte so unübersichtlich, die Struktur der sich **"individualisierenden Dienstleistungsgesellschaft"** so heterogen geworden, daß **allgemein verbindliche oder gruppenübergreifende Utopien und Gestaltungsvorschläge für eine gerechtere Gesellschaft** - denen zu folgen es sich lohnen könnte - verunmöglicht werden. Ideen, die - darüber hinaus - bei den meisten von uns bereits in Vergessenheit geraten sind.

2.

Die Utopie ist tot, es lebe die Utopie?

Nach Olaf Mußmann "Das Utopische im Ungebauten" im Begleitband "Ungebautes Hannover" der "AG Stadtleben" ist **Utopien** gemeinsam, daß in ihnen die "Hoffnung auf eine Verbesserung der derzeitigen Situation für die betroffenen Menschen zum Ausdruck kommt; (...). Utopie übt auf diese Weise grundsätzlich Kritik am Bestehenden und hat darüber hinaus eine emanzipatorische Stoßrichtung" (ders. 1991, S. 11). Der Herausgeber der dreibändigen Publikation "Utopieforschung" Wilhelm Voßkamp (1985, S. 7) meint, daß Utopien dabei nicht wie selbstverständlich und automatisch auf **"Humanität"** zielen.

Denken in Utopien, utopische Vorstellungen sind so alt wie menschliches Denken, die **Antizipation des Vorstellbaren oder Gewünschten**. Utopien sind mit E. Bloch

"begriffene Hoffnung". Sie stellen **Zukunftsprojektionen** und **alternative Denkansätze** gegenüber dem lebensbedrohlichen Alltag der Gesellschaft dar. Der **"Staat"** von Platon, **"Utopia"** von Th. Morus, der **"Sonnenstaat"** von T. Campanella, **"Richelieu"** - die Idealstadt des gleichnamigen französischen Kardinals im 17. Jahrhundert - von J. Lemerrier, das **"Manifest der kommunistischen Partei"** von K.Marx, die **"Charta von Athen"**, die sich im **"Diskurs um Verständigung bemühende Kommunikationsgemeinschaft"** von J. Habermas oder die **"Zivil-Gesellschaft"** in der Denktradition von A. Gramsci zeichnen eine lange Kette der **utopischen Phantasieproduktion, "menschlicher Hoffnungen", Träume, Prophezeiungen und Wünsche** nach. Dabei können Utopien sowohl **"von oben"** (vgl. die Planung der Stadt Sabbionetta durch den Herzog Gonzaga in der Lombardei) als auch **"von unten"** (vgl. den Stadtteil Christiania in Kopenhagen) ins Blickfeld geraten. Utopien können sowohl den Charakter des **Totalitären** als auch des **Absoluten** annehmen (vgl. den deutschen Faschismus oder den sowjetischen Stalinismus) als auch **offen** und **anarchisch** strukturiert sein (ein Beispiel hierfür wäre das Phantasieamalgam der Hausinstandbesetzungen in Berlin, Frankfurt oder Hamburg).

"Konkrete Utopien" standen historisch mehrmals in enger Beziehung zu gesellschaftlichen **Revolutionen**: So löste das **Bürgertum** mit der **"Französischen Revolution"** den **Feudaladel** oder es lösten mit der **"Oktober-Revolution"** die **Funktionäre der "Arbeiterklasse"** schrittweise den **Feudaladel** und das **Bürgertum** ab. "Konkrete Utopien" greifen - um nochmals Olaf Mußmann (1991, S. 11) zu zitieren - "historische Entwicklungen auf und führen sie bis in die Zukunft weiter. Sie erstreben dabei einen ständigen Handlungs- und Konkretisierungsbezug. Deshalb haben sie, im Gegensatz zu abstrakten Utopien, Realisierungschancen, durch sie erst wird utopisches Denken für die Praxis brauchbar".

Flankiert fanden sich **utopische Ideen** häufig auch durch baulich-räumliche Gestaltungskonzepte, **Idealstädte** oder **"Raumutopien"** (wie sie in der "Utopieforschung" genannt werden). Ich erinnere zum einen an den Pariser Stadtumbau im 2. Drittel des 19. Jahrhunderts durch den Stadtpräfekten Baron Haussmann. Durch ihn wurden Wohnquartiere, Plätze, Straßen, Fassaden und Wohnungsgrundrisse entsprechend des bürgerlichen Weltbildes im Zweiten Kaiserreich realisiert. Ich erinnere zum anderen an Idealstädte für die Arbeiterklasse der **"utopischen Sozialisten"** Robert Owen, Charles Fourier oder den **Wohnungsreformer und Gartenstadttheoretiker Ebenezer Howard**. Nicht zuletzt ist unser Interesse auf die **"Charta von Athen"** zu lenken, die die kapitalistische Industriegesellschaft - entlang von Merkmalen wie die "Teilung der gesellschaftlichen Funktionen Arbeit, Wohnen, Verkehr ...", die "Zonierung von Nutzungen" oder die "Symbolisierung von Normen und Werten" (vgl. D. Ipsen, 1986) auf den stadtplanerischen Begriff brachte.

Die **Produktion von Utopien** scheint eng mit **Sozialem Wandel, den Krisenzyklen und Konfliktpotentialen unserer Gesellschaft** verknüpft zu sein. Nach D. Kondratieff - einem russischen Ökonomen - ist die Geschichte des Kapitalismus im Rahmen von zumindest fünf Krisenzyklen bzw. "**Langen Wellen**" nachzuzeichnen. Diesen lassen sich - grob vereinfacht - **bürgerliche, sozialistische, wohn- und bodenreformerische sowie technokratische Utopien** - jeweils vernetzt mit **Staats- oder Sozialutopien** - als "Kind der jeweiligen Krise" zuordnen. Gefragt, welche die "**Raumutopie**" des **5. Kondratieff-Zyklus** sein könnte, ließe sich mit M. Kennedy (Öko-Stadt, 1984), E. Hahn (ökologische Siedlungsplanung, 1988), R. Lutz (Ökopolis, 1987), R. Kreibich (ökologisch produzieren, 1991), B. Lötsch (Öko-City, 1988) oder J. Huber (Unternehmen Umwelt, 1991) auf die **ökologische Stadt** verweisen. Damit könnte sich eine "**konkrete Utopie**" andeuten, deren Realisierung ein **Netzwerk von "Initiativen von unten"** entlang der sog. "**grassroots-Strategie**" bereits in Gang gesetzt hat. Ein Aufbruch, der heute vom Staat (vgl. die IBA's in Berlin und im Ruhrgebiet) und von multinationalen Großkonzernen (vgl. die erstaunliche Allianz von E. Hahn und R. Rogers bzw. die Interessen von Siemens, Sony u.a. in Berlin am Potsdamer-Platz) nur widersprüchlich und halbherzig nachvollzogen wird.

Nicht zuletzt ist - im Rahmen dieser stichwortartigen Überlegungen zum Begriff "**Utopie**" - anzumerken, daß scheinbar nicht alle Gesellschaftstypen "**utopiefähig**" waren oder sind. Dieses Faktum beschrieb einerseits Thomas Nipperday z.B. für das **Mittelalter**: "Im Mittelalter konnte es keine Utopien geben, denn Gottes Gerechtigkeit war in den Ordnungen des Lebens - wenn auch korrumpiert - gegenwärtig; eine innerweltlich bessere Ordnung konnte darum nicht eine grundsätzlich andere sein" (ders., 1962, S. 364). J. Habermas verwies - in einer Rede vor dem spanischen Parlament - auf die "Erschöpfung utopischer Energien" in der Gegenwart andererseits. In unserer **jüngsten Vergangenheit** versmilzt - so seine bereits frühzeitig vorgetragene These - "Utopie mit Technik und Wissenschaft zur eindimensionalen Totalität, sie wird zum Herrschaftsinstrument und zur Ideologie" (O. Mußmann, 1991, S.11). Um damit den "**Raumutopiegehalt**" unserer Zeit nochmals ins Visier zu nehmen, vollziehen wir den **Umbau städtischer Lebenswelten** zwar verstärkt in **ökologischer Perspektive** aber dennoch im Wesentlichen unter **technokratischen und bürokratischen Gesichtspunkten**. Zur "**Ermöglichung des Unmöglichen**" R. Musil in seinem Roman "Der Mann ohne Eigenschaften": "Utopien bedeuten ungefähr soviel wie Möglichkeiten; darin, daß eine Möglichkeit nicht Wirklichkeit ist, drückt sich nichts anderes aus, als daß die Umstände, mit denen sie gegenwärtig verflochten ist, sie daran hindern, denn andernfalls wäre sie ja nur eine Unmöglichkeit; löst man sie aus ihrer Bindung und gewährt ihr Entwicklung, so entsteht die Utopie" (ders., 1952, S. 246). Das Gleiche gilt heute für Utopien der "**Ökologischen Stadtentwicklung**" nach ihrer "**Befreiung**" von **technokratischen und bürokratischen Zwängen**.

3.

Gesellschaftliche Strukturen und die Bewußtseinsformen vieler Bürger blockieren die Arbeit an Utopien

In vielfacher Hinsicht scheint die **gesellschaftliche Utopiearbeit** gegenwärtig **blockiert** bzw. **verengt**. Ich konzentriere mich in diesem Zusammenhang auf vier Aspekte: die **wissenschaftlich-technische, die bürokratische, die sozialstrukturelle und die ideologisch-personale Ebene der Blockade gesellschaftlicher Phantasietätigkeit**:

a) Die **technokratische Blockade**: Nach H. Schelsky (1965, S. 439 ff.) trat in den letzten Jahrzehnten die Welt als wissenschaftlich-technische Konstruktion, als technisch Machbare und Berechenbare ins Zentrum unseres Lebensalltages. Dabei gewann sie Eigenleben. Ihr Vorbild ist nicht mehr die Natur. Dieses Eigenleben ist der Menschheit künstliches Werk. D.h., heute kann sich ein in städtischen Waren- oder Personenbeförderungssystemen, in Kommunikationsnetzen, in Umweltverträglichkeitsprüfungen, in Ver- und Entsorgungssystemen oder in Produktionsüberwachungssystemen geronnener technischer Wille - als künstliches Werk - gegen den unmittelbaren menschlichen Willen wenden. Mit anderen Worten: Der Mensch löst(e) sich vom Naturzwang ab, um sich seinen eigenen - und künstlich geschaffenen - Produktions-, Verteilungs- und Reproduktionszwängen zu unterwerfen. So produzieren wir die technisch-wissenschaftliche Zivilisation nicht mehr nur als Technik, sondern zudem als Herrschaftsprinzip, als **Technokratie**. Vor diesem Entwicklungshintergrund prognostizierte H. Schelsky, daß durch die "Konstruktion der wissenschaftlich-technischen Zivilisation ein neues Grundverständnis von Mensch zu Mensch geschaffen wird, in welchem das Herrschaftsverhältnis seine alte persönliche Beziehung der Macht von Personen über Personen verliert. An die Stelle der politischen Normen und Gesetze aber Sachgesetzmäßigkeiten der wissenschaftlich-technischen Zivilisation treten, die nicht als politische Entscheidung setzbar und als Gesinnungs- oder Weltanschauungsnormen nicht verstehbar sind. Damit verliert auch die Idee der Demokratie sozusagen ihre klassische Substanz: an die Stelle eines politischen Volkswillens tritt die Sachgesetzmäßigkeit, die der Mensch als Wissenschaft und Arbeit selbst produziert" (ders., a.a.O., S. 453). D.h., ein in Maschinen geronnener technischer Wille tritt dem unmittelbaren menschlichen Willen (seiner Phantasiearbeit, seiner Utopieproduktion) gegenüber und schneidet ihn zurück auf technische **Machbarkeit und Wünschbarkeit**. Diese Entwicklung erhält ihre gesellschaftliche Relevanz u.a. dadurch, daß insbesondere auch der Staat sich zum technokratischen Staat deformierte: "Wenn der moderne Staat - so Schelsky, A.d.V. - in allen seinen Wirkungsweisen eine (...) Fusion mit der modernen Technik eingeht, dann muß er auch in seinem Wesen als universeller technischer Körper begriffen werden können" (ders., a.a.O., S. 455).

Ziel des Staates, staatlichen Handelns - auch auf der lokalen Ebene der Stadtentwicklung - ist es dann, die höchste Wirksamkeit der in ihm verfügbaren technischen Mittel zu garan-

tieren. Städtisches Leben verkürzt sich so auf technische Fragestellungen. Souverän bleibt bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme nur der Staat, der über die höchste Wirksamkeit der in einer Gesellschaft angewandten wissenschaftlich-technischen Mittel verfügt. In diesem Zusammenhang bedarf moderne Technik - so Schelsky - keiner Legitimation mehr. Mit ihr "herrscht" man, weil sie funktioniert und solange sie optimal funktioniert. Sie bedarf auch keiner anderen (z.B. demokratischen, A.d.V.) Entscheidungen als der nach technischen Prinzipien" (ders., a.a.O., S. 456). Der technokratische Staat entzieht, ohne 'antidemokratisch' zu sein, der Demokratie ihre Substanz. Nach Schelsky's Überlegungen können wissenschaftlich-technische Entscheidungen "keiner demokratischen Willensbildung unterliegen, sie werden auf diese Weise nur ineffektiv" (ders., a.a.O., S. 459). Demokratie (und auf diesem Hintergrund zu entwickelnde "demokratische Utopien") schrumpft(en) - entlang dieses z.T. und nicht nur in NRW soziale Wirklichkeit gewordenen Entwicklungsmusters - zum technokratischen Staat(sapparat), zur technokratischen Planung, Kontrolle und Herrschaftsausübung (und in Verlängerung hierzu auch zu technokratischer Utopiearbeit). Herrschaft, die Planbarkeit der Gesellschaft verfestigte sich dabei zur scheinbar objektiven Herrschaft bzw. Planung von Technokraten und schuf sich als scheinbar nicht mehr revidier- und veränderbare im Bewußtsein vieler Menschen Platz.

b) Die **bürokratische Blockade**: Mit kommunalen Entwicklungsmaßnahmen verbundene Konflikte können immer seltener von den Bürgern selbst bewältigt werden. Ihre Lösung bzw. Schlichtung wurde in den vergangenen Jahrzehnten verstärkt in die **technokratisch organisierte Verwaltung** verlagert. Vor dieser zunehmenden Aufgabenfülle sowie den Strukturprinzipien der **planenden und ausführenden Verwaltung** sank nicht nur ihr **Lösungspotential** sondern es entstand auch eine **Blockade bürgerschaftlicher Utopiearbeit**. Wieso dies, könnte man sich fragen. Meinen Beobachtungen zufolge haben kommunale Verwaltungen äußerst **stabile und eigensinnige Milieus** entwickelt. Sie sind - von Ausnahmen abgesehen - geprägt durch **vertikale Befehls- und Ausführungsstrukturen**, durch **mittelschichts- und aufstiegsorientiertes Planungs- und Entscheidungsverhalten**, durch **konservative Weltbilder, Phantasien von Ruhe und Ordnung, (tages-) politischen Opportunismus** (bedingt durch Ängste, nicht befördert zu werden). Sie werden nicht zuletzt bestimmt durch ein nur **gering ausgeprägtes Interesse an sozialer Gerechtigkeit, innovativen Experimenten und demokratischen Aushandlungsprozessen**. Obwohl sich in den meisten Kommunen einige wenige Fachleute auch mit dem "Möglichwerden bzw. Möglichmachen" "konkreter Utopien" befassen, scheitert ihre Arbeit in der Regel per Saldo an der **macht- und herrschaftssichernden Interessenstruktur der Verwaltung**.

c) Die **sozialstrukturelle Blockade**: Bezogen auf die Sozialstruktur unserer verstädterten Gesellschaft, können wir heute nicht mehr von **homogenen Schichten** geschweige denn

von Klassen sprechen. Vielmehr scheint sich unsere Gesellschaft - entsprechend **gesellschaftlicher Individualisierungs- bzw. sozio-kultureller Pluralisierungsschübe** - in vielfältige **Milieus** aufzulösen (vgl. dazu P. Bourdieu, 1982 und U. Beck, 1986). Das SINUS-Institut (vgl. DER SPIEGEL, 1986, S. 34) unterschied in einer Untersuchung beispielsweise acht gesellschaftliche Milieus/Gruppen. Skizziert werden das konservativ gehobene Milieu, das kleinbürgerliche Milieu, das traditionelle Arbeitermilieu, das aufstiegsorientierte Milieu, das technokratisch-liberale Milieu, das hedonistische Milieu und das alternative Milieu (vgl. S. Hradil, 1990, S. 141 ff.). Vergleichbare Überlegungen zu Prozessen des Auseinanderfließens gesellschaftlicher Strukturen wurden von H. Klages für das Zerbröckeln von Wertorientierungen oder von P. Gluchowski für politische Lebensstilgruppen und Freizeit-Lebensstilgruppen angestellt. Ähnliche Untersuchungen wurden von Kern/Schumann für den industriellen Arbeitsbereich oder von Beck/Beck-Gernsheim für den familialen Lebensbereich vorgelegt. Wichtig scheint mir dabei zu sein, daß mit den sozialstrukturellen Auflösungserscheinungen und dem Auseinanderdriften milieuspezifischer Interessen auch die **Utopieproduktion zersplitterte**, entsprechende Inhalte und Ideen voneinander **entkoppelt** wurden und die menschlichen Hoffnungen äußerst **unübersichtlich resp. nur schwer bündelbar** geworden sind.

d) Die **ideologisch-personale Blockade**: Viele der Verantwortung tragenden **KommunalpolitikerInnen und Verwaltungsfachleute** kommen aus dem **kleinbürgerlichen Milieu** (aufgestiegen u.a. aus der SPD und der Gewerkschaft), dem **traditionellen Arbeitermilieu** oder dem **aufstiegsorientierten Milieu**. Politische Entscheidungen entsprechen dabei häufig ihrer **Werthaltung**. Diesbezüglich wies Hans Magnus Enzensberger schon frühzeitig auf die politikdefinierende Kraft und dabei sozialen Fortschritt verweigernde und utopische Energien blockierende Geisteshaltung aufstiegsorientierter "**Kleinbürger**" hin. Nach seinen Überlegungen sind sie historisch eine **schwankende Gruppe zwischen den historischen Ständen, Schichten und Klassen**: Um in gesellschaftlichen Umbruchsituationen nicht in den **Strudel des Abstiegs** zu geraten, orientiert sie sich in ihren Entscheidungen an über ihnen liegenden Schichten und Gruppen. Das Kleinbürgertum verfügt - so Enzensberger - in allen hochindustrialisierten Gesellschaften über die kulturelle Hegemonie. Es ist zu einer Gruppe aufgestiegen, "die im massenhaften Maßstab die Lebensformen des Alltags produziert und für alle andern verbindlich macht. Sie bestimmt, was gedacht wird. (...) Sie erfindet Ideologien, Wissenschaften, Technologien. Sie diktiert, was Moral und Psychologie bedeuten. Sie entscheidet darüber, was im sogenannten Privatleben 'läuft'. (...) Jede alternative Regung innerhalb unserer Kultur hat - so Enzensberger - das Kleinbürgertum unverzüglich enteignet und absorbiert (...)" (Enzensberger, 1976, S. 6). Diese These läßt sich auch am gescheiterten Prozeß des "Möglichwerdens vieler Raumutopien" belegen (vgl. u.a. "Boden- und Wohnreformprojekte" der 20er und 30er Jahre dieses Jahrhunderts, die im Laufe der Zeit strukturverändernden Durchkapitalisie-

rungs- und Durchstaatlichungsprozessen ausgesetzt waren (vgl. S. Krätke, 1990, S. 269 ff.)).

Um die vielfachen **Blockaden gesellschaftlicher Utopiearbeit** aufzubrechen und abzutragen, bedarf es u.a. des **Zurückdrängens technokratischer Stadtentwicklungspolitik**, des **Aufbaus demokratischer Verwaltungsstrukturen**, der **zukunftsorientierten Vernetzung progressiver Milieugruppen** und der **Brechung der kulturellen Vorherrschaft des Kleinbürgertums** in kommunalen Planungs- und Entscheidungssituationen im Rahmen einer zivilgesellschaftlichen Utopie.

4.

Von der "arbeits- zur zivilgesellschaftlichen" Utopie

In seinem bereits erwähnten Vortrag "Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien" vor dem spanischen Parlament im Jahr 1985 verwies J. Habermas darauf, daß die "**arbeitsgesellschaftliche Utopie**" aus vielfältigen Gründen ihre "**Überzeugungskraft**" eingebüßt hat (ders., 1985, S. 146). Diese Utopie entstand im Zentrum der Krise der kapitalistischen Industriegesellschaft im endenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. An sie waren - wie gesagt - nicht nur "**Raumutopien**" gebunden, sondern mit der Universalisierung "industrieller Arbeit" wurden sowohl Arbeitsplätze und zunehmend auch humane Arbeitsplätze, sowie im Zuge der "europäischen Arbeiterbewegung" auch die "sozialgerechte Verteilung" gesellschaftlich produzierter Werte erwartet. Damit sind aber die Elemente dieser "konkreten Utopie" noch nicht erschöpfend dargestellt. Weiterhin sollten auch gesündere städtische Lebensverhältnisse, bessere Ausbildungsmöglichkeiten und Strukturen der gesundheitlichen Vorsorge eingerichtet werden (ich erinnere an das "Einküchenhausmodell" u.a. in Wien). Auch damit nicht genug: Parallel zur Umverteilung gesellschaftlich produzierter Werte wurde langfristig auch ein breit gespanntes und eng geflochtenes Netz der Sozialen Sicherung verlangt, erkämpft und auch eingerichtet.

Sorgte die "**arbeitsgesellschaftliche Utopie**" bis in die 60er Jahre dieses Jahrhunderts für relative **Soziale Sicherheit und materiellen Wohlstand**, so verlor sie in den 70er und 80er Jahren rapide an **Überzeugungskraft**: Produktivkräfte schlugen - wie es J. Habermas ausdrückt - in **Destruktivkräfte** um. Betriebliche Arbeit konnte nicht ausreichend von ihrer entfremdenden und verdinglichenden Wirkung befreit werden. Planungskapazitäten wurden vielfach zu **Stör- und Risikokapazitäten** (mit J. Habermas verweise ich hier auf die "katastrophennah operierenden Großtechnologien"). Und nicht zuletzt: **Sozialpolitik** dient zunehmend auch der **Ausgrenzung statt der sozialen Integration**. Mit dieser in wenigen Stichworten dargestellten "**Erschöpfung utopischer Energien**" wich auch das

Interesse vieler Menschen, sich an der Gestaltung ihrer Zukunft unter den Bedingungen herrschender Gruppen und des Staatsapparates zu beteiligen, sprachloser Resignation. An die Stelle der "**arbeitsgesellschaftlichen Utopie**" traten vielerorten "**Ideenmontagen**" wie die "Postmoderne" oder "Flexibilisierungsszenarien" in Produktion und Reproduktion (ein vielgepriesenes Beispiel stellt im zuletzt genannten Zusammenhang die "Französische Regulationsschule" dar). Sie verfügen nach meiner Einschätzung über nur **wenig "Utopiegehalte"**. Eher verzögern Sie die **Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme**.

In ihrer Arbeit "Über den Umgang mit Unsicherheit-Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft" (1987) verweisen A. Evers und H. Nowotny ebenfalls auf dieses Dilemma: Stand zur Glättung der "Krise des Industriekapitalismus" die "**arbeitsgesellschaftliche Utopie**" am Horizont gesellschaftlicher Hoffnungen, so verfügen wir heute über kein entsprechendes Konzept. Als Zwischenschritt und - im Anschluß an Arbeiten von Harre - schlagen sie vor, die "**sozialen Kompetenzen**" der Gesellschaftsmitglieder auf den Ebenen "**Wissen, Kontrolle und Identität**" (dies, 1987, S. 319) zu stärken. Damit könnte - so meine ich - in einem ersten Schritt die vielschichtige innere "**Blockade der Gesellschaft**" aufgeweicht werden. Auf dieser Grundlage könnte dann u.a. auch die **gesellschaftliche Utopiearbeit reaktiviert** werden.

In diese Richtung verweist auch die von dem italienischen Philosophen und Politologen A. Gramsci aktualisierte, in den USA vertiefte und von der "Dritten Generation" der "Frankfurter Schule" weiterentwickelte "**zivilgesellschaftliche Utopie**": Gramsci versuchte mit dem Konzept der "**Zivilgesellschaft**" die **Erweiterung der bürgerlichen Gesellschaft** bzw. eine "spezifische Realität demokratischer Gesellschaften in den Blick zu nehmen, den umfassenden Komplex von Institutionen (...) in dem sich jene private Initiative zur Ausarbeitung eines für sie verbindlichen Konsenses entfalten kann, und in dem die gesellschaftlichen Widersprüche auf spezifische Weise, nämlich im Nahbereich von Interaktionen, alltäglichen Gewohnheiten, Erfahrungen und Überzeugungen (...) ausgetragen werden" (S. Demirovic, 1991, S. 42).

Etwas schwierig ist für uns der Einstieg in diese Diskussion deshalb, weil wir in der Regel nicht mit dem Begriff des "**Zivilbürgers**", sondern mit dem des "**Staatsbürgers**" arbeiten. Denken, Planen und Handeln wird nach dem Konzept der "**Zivilgesellschaft**" nicht in erster Linie durch das Nadelöhr von **Staat und Bürokratie** eingefädelt. "**Zivilgesellschaft**" beschreibt in dieser Diskussion den **Entfaltungsraum privater Initiativen und Interessen**. Dabei darf sich - so Gramsci - ein "Kollektivwille" nur auf der "Grundlage der Vielzahl von Einzelinitiativen" bilden (A. Gramsci, 1967, S. 422 ff.). "**Zivilgesellschaft**" wird nach Ulrich Rödel, Günter Frankenberg und Helmut Dubiel "kritisch jeder Herrschaft entgegengestellt, die politische Kommunikationsrechte beschränken möchte und muß" (A. Demiro-

vic, 1991, S. 49). Dabei meint "Zivilgesellschaft" kein "verfassungsrechtliches Minimum", sondern eine "historisch offene soziale Sphäre" (V. Gransow, 1990, S. 243). Die moderne "Zivilgesellschaft" wird "autonom und handlungsfähig" indem sie eine "eigenständige öffentliche Sphäre des Politischen" herausbildet und sichert (U. Rödel u.a., 1989, S. 90). Aber erst "mit der Selbst-Erklärung der Menschenrechte und der wechselseitigen Zuerkennung des Rechts, Rechte zu haben, instituiert sich die Zivilgesellschaft als eine handlungsfähige und konfliktintensive Pluralität, die in der Lage ist, die öffentliche Sphäre gegenüber der (traditionellen, A.d.V.) Macht zu behaupten" (dies., 1989, S. 106). Mit dem sozialen, politischen und prozeßhaften Konzept der "**Zivilgesellschaft**" wird eine "**konkrete Utopie**" angeregt, vor deren Hintergrund abermals "**utopische Energien**" verstärkt bzw. freigesetzt werden könnten. Möglich werden könnten damit verknüpfte **Hoffnungen durch Lernprozesse**, in denen "**soziale Kompetenzen**" - im Sinne von Evers/Nowotny - gefestigt und so "**Autonomie und Handlungsfähigkeit**" - im Sinne des Konzepts der "**Zivilgesellschaft**" entsteht.

5.

Der "zivilgesellschaftliche Umbau der verstädterten Gesellschaft"

Die "**zivilgesellschaftliche Utopie**" wurde auf der sozialen und politischen Ebene, auf der **Selbstbestimmungs- und Menschenrechtsebene**, der Ebene des Rechts, Rechte zu haben, formuliert. Ich meine hier liegen **Bausteine** verborgen, mit denen eine - im Sinne meiner Ausgangsthese - "**ökologische Utopie der Stadtentwicklung**" wieder skizzierbar wird. Von Wichtigkeit ist in diesem letzten Zusammenhang, daß wir in ökologischer Perspektive nicht von einem "naturwissenschaftlichen Naturbegriff" (der unsere Umwelt unter naturwissenschaftlichen Analyse- und Synthesepinzipien begreift), sondern - mit Thomas Jahn - von einem "**gesellschaftlichen Naturbegriff**" ausgehen sollten (einem Naturbegriff, der unsere Umwelt auch unter sozialen, kulturellen, ökonomischen, symbolischen und politischen Gesichtspunkten einbezieht): "Die Krise der Stadt - so Th. Jahn, A.d.V. - ist eine Krise des städtischen Modells der Regulierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Entsprechend sind die sozialen Konflikte - ob Nutzungs- und Entwicklungskonflikte oder Auseinandersetzungen um die gesellschaftliche Teilhabe an Möglichkeiten, die die Stadt ihren BewohnerInnen zu bieten verspricht - überwiegend sozial-ökologische Konflikte, da es immer um die soziale und materiale Regulierung und sozio-kulturelle Symbolisierung von gesellschaftlichen Nutzungsverhältnissen geht" (Th. Jahn, 1991, S. 51).

In diesem Sinn legte E. Hahn in den letzten Jahren ein beachtenswertes ökologisches "**Umbauprogramm für unsere Städte**" vor (vgl. E. Hahn, 1991, S. 63 ff.). Von den **städtischen Macht- und Lebensverhältnissen** gehen nach seinen Erfahrungen nicht nur die gegenwärtig **größten Gefahren** für die (Welt-)Gesellschaft aus, sondern in den Städten

können heute bereits die **Lösungen für die Überwindung der "Krise der Moderne"** entwickelt und erprobt werden. In mehreren - auf die Veränderung der Praxis gerichtete - wissenschaftlichen Arbeiten, die er am WZB in Berlin vorlegte und an konkreten Planungen in Berlin (z.B. um den Moritz- und Potsdamer-Platz) überprüfte, erarbeitete er ein Konzept, das dem der "**Zivilgesellschaft**" in vielen Punkten nahe kommt. So wird der **Protest in und an der Gesellschaft** - auch nach Hahn's Erfahrungen - bereits heute im wesentlichen von "**selbstbestimmten Projekten**" und "**Initiativen von unten**" vorgetragen. Viele dieser **Projekte(-mitarbeiterInnen)** sind dabei der politischen Überzeugung, daß das geltende Recht sie hierzu berechtigt. Außerdem sind ihre VertreterInnen der Meinung, daß sie in dieser Gesellschaft ein Recht auf Arbeit, eine Wohnung, einen unversehrten Körper und das Recht auf eine unversehrte Umwelt haben. Zur Realisierung und Stärkung bürgerschaftlicher Initiativarbeit schlägt er im Rahmen einer "**ökologischen Stadt- und Quartiersplanung**" a) die Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen u.a. auf der ökonomischen, finanz- und verteilungspolitischen sowie rechtlichen Ebene vor (dies durch die **Einrichtung von ökologischen Beschäftigungsinitiativen, ökologischer Buchhaltung, verbrauchsorientierten Abrechnungsverfahren und Emissionsabgaben** sowie durch die **Einrichtung von Ressourcensteuern**); weiterhin fordert er b) zur **Umwandlung der gesellschaftlichen Praxis** auf. Dabei schlägt er neue Formen der **Mitbestimmung und Mitverantwortung**, die **Dezentralisierung der Verwaltung**, die **Etablierung von Umweltinformations- und Umweltberichterstattungskonzepten, Umweltbildungs-, Beratungs- und Qualifizierungsprogrammen, neuen Träger- und Genossenschaftsmodellen, Ökostationen als dezentrale Umweltkommunikations- und Kulturzentren** oder die **Erprobung von neuen Wohn- und Nachbarschaftsmodellen** vor. Auf der **städtischen Gestaltungsebene** fordert er c) den **umweltschonenden, sozialgerechten, ressourcensparenden und gesundheitserhaltenden Umgang mit Baustoffen, Energie, Wasser, Verkehr, Abfall, Grünraum, Stadtvegetation und Naturraum, Stadtklima, Boden oder Lärm** entsprechend des inzwischen fortgeschrittenen Diskussions- und Entwicklungsstandes (vgl., ders., 1991, S. 81).

Nicht nur nach den Erfahrungen von E. Hahn sind heute ausreichend **Geld, Ideen und Projektträger** vorhanden, im Rahmen einer zu **konkretisierenden "Zivilgesellschaft"** den **sozialen, politischen und ökologischen Umbau der Gesellschaft** - als "**Großprojekt der vernetzten 1000 kleinen Projekte**" - beschleunigt fortzusetzen. Das **Recht** hierzu haben wir.

Literaturangaben:

Beck, U., Risikogesellschaft - Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main 1986.
Beck, U., E. Beck-Gernsheim, Das ganz normale Chaos der Liebe, Frankfurt/Main 1990.

- Bollerey, F.**, Architekturkonzeptionen der utopischen Sozialisten - Alternative Planung und Architektur für den gesellschaftlichen Prozeß, Berlin 1991.
- Bourdieu, P.**, Die feinen Unterschiede, Frankfurt/Main 1982.
- Braun, H.-J.**, Hrsg., Utopien - Die Möglichkeit des Unmöglichen, Zürich 1989.
- Breckner, I., Ch. Hemmer, K.M. Schmals**, Wissenschaftliche Begleituntersuchung der Münchner Arbeitsförderungsinitiative, München 1986, 1988 und 1990.
- Breckner, I., K.M. Schmals**, Wohnforum München, München 1990/91.
- DER SPIEGEL**, Schleichen statt Leichen, Heft Nr. 45, Hamburg 1991.
- Demirovic, A.**, Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit, Demokratie, in: Das Argument - Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, 33. Jg., Heft Nr. 185, Berlin 1991.
- Evers, A., H. Nowotny**, Über den Umgang mit Unsicherheit - Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft, Frankfurt/Main 1987.
- Enzensberger, H.M.**, Von der Unaufhaltsamkeit des Kleinbürgers, in: Kursbuch, Heft Nr. 45, Berlin 1975.
- Gluchowski, P.**, Freizeit und Lebensstile, Erkrath 1988.
- Gramsci, A.**, Philosophie der Praxis, Frankfurt/Main 1967.
- Gransow, V.**, Zivilgesellschaft und demokratische Frage, in: Das Argument - Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, 32. Jg., Heft Nr. 180, Berlin 1990.
- Habermas, J.**, Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: ders., Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt/Main 1985.
- Hahn, E.**, Ökologischer Stadtumbau - Theorie und Konzept, in: papers des Wissenschaftszentrum Berlin, Heft Nr. FS II 91-405, Berlin 1991.
- Hahn, E.**, Hrsg., Siedlungsökologie - Ökologische Aspekte einer neuen Stadt- und Siedlungspolitik, Karlsruhe 1988.
- Hradil, S.**, Postmoderne Sozialstruktur? Zur empirischen Relevanz einer 'modernen' Theorie sozialen Wandels, in: ders., P.A. Berger, Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Sonderband Nr. 7 der Sozialen Welt, Göttingen 1990.
- Huber, J.**, Unternehmen Umwelt - Weichenstellungen für eine ökologische Marktwirtschaft, Frankfurt/Main 1991.
- IBA-Emscher Park Informationen, Hrsg.**, 50 Architektinnen schickten Entwürfe für Frauenbauprojekt, Heft Nr. 9, Gelsenkirchen 1990.
- Ipsen, D.**, Raumbilder. Zum Verhältnis des ökonomischen und kulturellen Raumes, in: BfLR, Hrsg., Informationen zur Raumentwicklung, Heft Nr. 11/12, Bonn 1986.
- Jahn, Th.**, Das Problemverständnis sozial-ökologischer Forschung. Umriss einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverständnisse, in: links, Informationsrundbrief des Sozialistischen Büros, Heft Nr. 96, Sonderausgabe, Frankfurt 1991.
- Kennedy, M.**, Hrsg., Öko-Stadt - Prinzipien einer Stadtökologie, 2 Bde., Frankfurt/Main 1984.
- Klages, H.**, Wertorientierungen im Wandel, Frankfurt/Main 1984.
- Kondratieff, N.D.**, Die langen Wellen der Konjunktur, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band Nr. 56, Tübingen 1926.
- Krätke, S.**, Fordistischer Wohnungsbau in Deutschland..., in: R. Borst u.a., Hrsg., Das neue Gesicht der Städte, Basel 1991.
- Kreibich, R., u.a.**, Hrsg., Ökologisch produzieren, Weinheim u.a. 1991.
- Kruft, H.-W.**, Städte in Utopia - Die Idealstadt vom 15. bis zum 18. Jahrhundert, München 1989.
- Lötsch, B.**, Ökologisches Bauen als Ausdruck eines neuen Bewußtseins, in: BDA, Hrsg., Architektur+Natur, Hamburg 1988.
- Lutz, R.**, Ökopolis - Eine Anstiftung zur Zukunfts- und Umweltgestaltung, München 1987.
- Mirbach, Th.**, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in Hamburg. Überblick über eine neue Initiative 1980-1986, Hamburg 1986.
- Mußmann, O.**, Das Utopische im Ungebauten - Zum Zusammenhang von Utopie und Architekturgeschichte, in: Ungebautes Hannover - Städtebauliche Projekte, Ideen und Utopien, AG Stadtleben, Hrsg., Hannover 1991.
- Musil, R.**, Der Mann ohne Eigenschaften, (1952) 1965.
- Nipperday, Th.**, Die Funktion der Utopie im politischen Denken der Neuzeit, in: Archiv für Kulturgeschichte, Heft Nr. 44, 1962.
- Rödel, U., G. Frankenberg, H. Dubiel**, Die demokratische Frage, Frankfurt/Main 1989.
- Schelsky, H.**, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, in: ders., Auf der Suche nach der Wirklichkeit, Düsseldorf u.a. 1965.

- Segin u.a.**, Das Genossenschaftsprojekt Rheinpreussensiedlung, Darmstadt 1984.
- Voskamp, W.**, Einleitung, in: Utopieforschung, 3 Bde., Frankfurt/Main 1985.
- Wahl, K.**, Die Modernisierungsfalle, Frankfurt/Main 1989.
- Wentz, M.**, Stadt-Räume. Die Zukunft des Städtischen, in: Frankfurter Beiträge, Band Nr. 2, Frankfurt/Main 1991.

Veranstaltungshinweis

Institut für Wasserversorgung,
Abwasserbeseitigung und Raumplanung

6100 Darmstadt, Petersenstr. 13
Telefon (06151) 16 21 48 / 16 27 48
Telefax (06151) 16 37 58

*Technische Hochschule
Darmstadt*



Nutzungsmischung in städtischen Strukturen - Lösungsansätze
für räumliche, soziale und verkehrsplanerische Probleme?

Ort: Technische Hochschule Darmstadt
El-Lissitzky-Str. 1
(Lichtwiese - Gebäude 60)

Zeit: 13. Oktober 1992, 9.00 - 17.00 Uhr

Teilnehmerbeitrag: Ist zu erfragen!

Anmeldung: Dipl.-Ing. Uwe Ferber
Institut für Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Raumplanung - THD
Petersenstr. 13
6100 Darmstadt
Tel. (06151) 16-3548
Fax: (06151) 16-3758

III. Forschungsprojekte

INSTITUT FÜR FREIRAUMENTWICKLUNG UND PLANUNGSBEZOGENE SOZIOLOGIE UNIVERSITÄT HANNOVER

Ulfert Herlyn, Barbara Lettko, Gitta Scheller, Wulf Tessin

Neue Lebensstile in der Arbeiterschaft? Zum Zusammenhang von Arbeit und Freizeit in der Stadt.

Die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse drücken sich in einer allmählichen Auflösung traditioneller Lebensmuster und einer zunehmenden sozialstrukturellen und soziokulturellen Ausdifferenzierung aus. Das Interesse an der Fragestellung ergibt sich aus den bisherigen, relativ schwachen empirischen Grundlagen für die These der ubiquitären Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile. Es ist nicht auszuschließen, daß sowohl eine mittelschichtorientierte wie großstadtzentrierte Sichtweise den Blick für die realistische Einschätzung der Lebenssituation aller Bevölkerungsgruppen verstellt. Ziel dieses Forschungsprojektes ist es, der Frage nachzugehen, ob sich in der Arbeiterschaft eine Pluralisierung von Lebensstilen feststellen läßt, und inwieweit von städtischen Kontextbedingungen eine hemmende bzw. fördernde Wirkung auf diese Prozesse ausgeht.

Im einzelnen soll sich die Untersuchung auf folgende Fragestellungen konzentrieren:

1. Ist eine Pluralisierung von Lebensstilen im Arbeitermilieu zu beobachten und welche Veränderungen gehen damit in den Bereichen von Arbeiten, Wohnen, Familie, Freizeit und Konsum einher? Welche Bedeutung kommen im Hinblick auf diese Veränderungsprozesse der Geschlechterdifferenz einerseits, der Technisierung des Erwerbslebens und des Alltags andererseits zu?
2. Welchen Einfluß haben sozial-räumliche Stadtstrukturen auf die Entfaltung und Realisierung neuer Lebensmuster und Verhaltensweisen in der Arbeiterschaft und wie wirken neue Lebensstile auf Stadtstruktur und Stadtentwicklungspolitik ein?

Um soziokulturelle Ausdifferenzierungen innerhalb der Arbeiterschaft in modernen und traditionellen Strukturen herauszuarbeiten, soll die Untersuchung in Wolfsburg als Beispiel einer modernen und in Hamm als Beispiel für eine traditionelle Arbeiterstadt durchgeführt werden.

Es soll eine Kombination von quantitativen und qualitativen Methoden der empirischen Sozialforschung zur Anwendung kommen. Es ist geplant, eine teilstandardisierte Befragung von ca. 400 Arbeitern/innen in beiden Städten durchzuführen, die sich auf Einstellungen und Verhaltensweisen in den zentralen Lebensbereichen Familie, Arbeit, Wohnen, Konsum und Freizeit beziehen wird. Aus dem Kreis dieser Befragten sollen danach eine Reihe von Personen ausgewählt werden, die als "Repräsentanten/innen" neuer Lebensstile angesehen werden können. Mit ihnen sollen biographisch orientierte Intensivinterviews durchgeführt werden. Für Wolfsburg ergibt sich aufgrund früherer Untersuchungen aus den 60er und den 80er Jahren die Möglichkeit, Daten der Eltern- und Großelterngeneration in Verhältnis zu setzen.

Das Forschungsvorhaben wird vom Bundesministerium für Forschung und Technologie im Rahmen des Förderungsschwerpunktes "Wechselwirkungen zwischen Arbeit, Technik und Freizeit" gefördert und wird in der 2. Hälfte des Jahres 1993 abgeschlossen.

Universität Dortmund

Private Kulturförderung und Stadtentwicklung in Dortmund

Wolfgang Börstinghaus, Barbara Paul (Bestandsaufnahme Dortmund)

Das Projekt im Auftrag des Oberstadtdirektors der Stadt Dortmund steht im Kontext kommunalpolitischer Überlegungen zu Veränderungen des Stadt- sowie Kulturmarketings. Die Stichworte der aktuellen Diskussion in diesem Zusammenhang sind: Wirtschaftsfaktor Kultur, Kultur als Standortfaktor, Kulturfaktor Wirtschaft etc.

Konkretes Anliegen in Dortmund war es,

- den Bereich der Privaten Kulturförderung, Initiativen und Formen in ihrer Bandbreite von Mäzenatentum, Förderung der Unternehmenskultur, Ausstellungsaktivitäten bis hin zum Sponsoring als systematischem Marketinginstrument zu erkunden;
- darüber hinaus in Erfahrung zu bringen, was die mit etwaigem Engagement verbundenen Vorstellungen und Erwartungen sind, welche Bedeutung auf Unternehmensseite Kultur beigemessen wird, welchen Stellenwert das kulturelle Angebot und das kulturelle Image der Stadt haben.
- Ergänzend dazu sollte auch Aufschluß darüber gewonnen werden, wie auf der Seite der kulturellen Institutionen und Künstler über unternehmerische Kulturförderung, Kultursponsoring gedacht wird bzw. welche Erfahrungen gemacht wurden und welche Erwartungen - vielleicht auch im Hinblick auf gewünschte Hilfestellungen (Information, Beratung, Koordination) - bestehen.

Im Rahmen der Arbeit sind vielfältige Informationen auch über Diskussionen und Aktivitäten anderer Kommunen sowie unternehmensbezogene Themenaspekte (Unternehmens-/Imageprofile, Corporate Identity-Konzeptionen etc.) zusammengetragen und in der Arbeit umgesetzt worden.

Über dies initiierte das Projekt einen Gesprächskreis von Vertretern der Dortmunder Wirtschaft und der Kulturseite der Stadt, dessen Zielsetzung im Aufbau von Verbindungen und Austausch zum besagten Thema bestand. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt sind Teile der Projektkonzeption in den Medien und einschlägigen Gremien der Dortmunder Industrie- und Handelskammer publiziert worden.

Bericht Erhältlich über:

Stadt Dortmund
Amt des Oberstadtdirektors
Dr. R.Reetz
Rathaus/Friedensplatz
4600 Dortmund 1

IV. Lehrveranstaltungen

Lehrveranstaltungen am Fachgebiet soziologische Grundlagen der Raumplanung/Fachbereich Raumplanung der Uni Dortmund im SS '92:

<u>VeranstalterInnen</u>	<u>Titel der Veranstaltung</u>
Gabriele Sturm	Räumliche Organisation gesellschaftlicher Prozesse
Klaus M Schmals	Planungspolitik und Planungsverwaltung
Rainer Stierand, Michael Wegener	Planungstheorie seit 1945
Volker Kreibich, Sebastian Müller, Ursula v. Petz, Klaus M Schmals, Michael Wegener, Peter Zlonicky	Westliche Metropolen verändern ihr Gesicht? (Ringvorlesung)
Wolfgang Börstinghaus, Sebastian Müller, Klaus M Schmals, Rainer Stierand, Gabriele Sturm	Neue Kooperationsmodelle und neue Akteure bei der Lösung sozialer Probleme in der modernen Stadt
Wendelin Strubelt: (BfLR)	Von der DDR zu den fünf neuen Bundesländern - im Spiegel der wissenschaftlichen Politikberatung für Raumordnung und Städtebau
Wolfgang Börstinghaus, Christian Kuthe:	Neue Wege in der Wohnungspolitik (Kolloquium kommunale Handlungsfelder in der Wohnungspolitik) Ringvorlesung (Kompaktseminar)

V. Literatur - Hinweise

Information

Deutscher Universitäts-Verlag GmbH
 Büro Opladen
 Reuschenberger Straße 55
 Postfach 30 09 44
 D-5090 Leverkusen 3 (Opladen)
 Telefon 10 21 71 4 47 41
 Telefax 10 21 71 4 83 08
 Telex 4 186 928 vvv

DUV Deutscher Universitäts-Verlag
 GABLER · VIEWEG · WESTDEUTSCHER VERLAG

Volker Kirchberg

Kultur und Stadtgesellschaft

Empirische Fallstudien zum kulturellen Verhalten der Stadtbevölkerung
und zur Bedeutung der Kultur für die Stadt

1992. VII, 349 Seiten, 47 Abb., 73 Tab., Broschur
ISBN 3-8244-4102-0

In diesem Buch wird den Ursachen des individuellen kulturellen Verhaltens nachgegangen, um damit die Bedeutung kultureller Einrichtungen in der Stadt erklären zu können. Der Verfasser beschreibt die heute üblichen Instrumentalisierungen der Stadtkultur für Wirtschaftsförderung und Stadtplanung. Er vergleicht weiter unterschiedliche soziologische Lebensstil-Konzepte, die auf dem Besuch von Kultureinrichtungen beruhen und dieses Kulturverhalten als statusunterscheidendes Symbol verstehen. Zur Ermittlung der Bedeutung kultureller Einrichtungen in der Stadt erstellte der Verfasser drei empirische Fallstudien in der amerikanischen Stadt Baltimore. Die erste Studie ist eine Repräsentativbefragung der Stadtbevölkerung, die zweite eine Totalerhebung der städtischen Kultureinrichtungen und die dritte eine Sekundärdatenanalyse der sozio-ökonomischen Strukturen der Einzugsgebiete ausgewählter kultureller Einrichtungen. Die Bedeutung kultureller Einrichtungen in der Stadt wurde mittels jährlicher Besucherzahlen, der Größe der Einzugsgebiete und des Bezuges der Bevölkerung zu den Einrichtungen gemessen. Ein hohes Alter, eine zentrale Lage und eine klare Zielgruppenausrichtung bei den Einrichtungen garantieren eine hohe Bedeutung. Diese Bedeutung bestimmt wiederum die Publikumsstruktur: Mit höherer Bedeutung ist das Publikum wohlhabender, älter und überwiegend weiblich. Die traditionelle Annahme, daß der häufige Besuch von Hochkultur durch eine hohe sozio-ökonomische Position ihrer Besucher erklärt werden kann, wird bestätigt. Weniger bekannt ist, daß demographische Merkmale einen höheren Erklärungswert für den Besuch populärer Kultureinrichtungen haben.

Hochkultur ist in der und für die Stadt bedeutender als populäre Kultur, weil ihr Besuch Indikator wie Determinante einer höheren gesellschaftlichen Position ist. Der Besuch dieser Kultur ist als "expressiver Lebensstil" Inszenierung des sozialen Status. Besuche populärer Kultur, die durch demographische Faktoren wie Alter oder Lebenszyklusposition beeinflußt werden, tragen nicht zu einer derartigen Inszenierung bei und sind deswegen weniger bedeutend für die Stadtgesellschaft.

U. Herlyn
B. Lettko
*Institut für Freiraumentwicklung
und planungsbezogene Soziologie,
Hannover, Deutschland*
U. Lakemann
ASIF-Institut, Bielefeld, Deutschland

SF 33
Stadtforschung aktuell
Band 33

Armut und Milieu

Benachteiligte Bewohner in großstädtischen Quartieren

1991. 260 Seiten.
Broschur.

ISBN 3-7643-2692-1

Benachteiligte Bewohner und Bewohnerinnen sind aufgrund mangelnder Organisations- und Konfliktfähigkeit kaum in der Lage, ihre Interessen öffentlich zu vertreten und durchzusetzen. Sie bedürfen deshalb u. a. der Unterstützung von Wissenschaft. Anliegen dieser vor allem durch die Zunahme der Armutsbevölkerung und die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt aktuelle Untersuchung über Armut und Milieu ist es, anhand empirischer Befunde die Lebensbedingungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen aufzuzeigen sowie Öffentlichkeit und Politik darüber aufzuklären.

Entgegen einer weitverbreiteten Annahme leben Arme nur selten allein, sondern meist mit anderen Benachteiligten in räumlicher Nähe zusammen. Um dieses Zusammenleben in seiner Konsequenz für die Lebenslage des einzelnen zu erfassen, wurde die Bedeutung des Wohnmilieus für die alltägliche Lebensbewältigung der Betroffenen insbesondere in der Bereichen Wohnen, Arbeiten, soziale Beziehungen (Netzwerke), Sozialverwaltung und soziale Infrastruktur herausgearbeitet. Die Ergebnisse dieser Untersuchung geben Hinweise für eine „Milieuarbeit“ als sozialpolitische Aufgabe.

Interessenten:

Wissenschaftler und Studenten der Sozialwissenschaften, Angehörige der kommunalen Sozial- und Wohnungsverwaltung, Sozialpolitiker und Sozialarbeiter

Lieferbar

Inhalt

1. Vorwort und Einführung

"Verzichtet mir das Wünschen nicht!" -
"Neue" Wohnungsnot und kommunale Wohnungspolitik
Beata Huke-Schubert 8

2. Kommunale Wohnungspolitik zwischen Eigentümer- und Mieterinteressen

Kommunale Wohnungspolitik - "Lückenbüßer" oder "Reformchance"?
Dirk Schubert 20

3. Zur Geschichte und Aktualität von Mieterbeteiligung und Mietermitwirkung

Konzepte der Mieterbeteiligung in der Weimarer Republik
Ronald Kunze 38

Ausnahme und Regel -
von der Mieterbeteiligung zur Selbstverwaltung;
Ansätze für eine neues Mieter-Vermieter-Verhältnis
Andreas Pfadt 58

4. Kommunaler Wohnungsbau im Ausland - Modelle und Erfahrungen

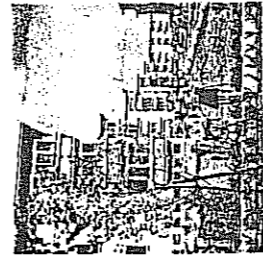
Kommunaler Wohnungsbau in Großbritannien -
Strukturen, Probleme und Mieterbeteiligung
Hans Harms 70

Bestandspolitik in den Wiener Gemeindewohnhausanlagen
Gerhard Salomon 82

Mietermitbestimmungsrechte und Organisationsformen der Bewohner
im Sozialwohnbau in Skandinavien
Britta Tornow 102

DIRK SCHUBERT (HRSG.)

W O H N E N
K O M M U N A L E
W O H N U N G S -
P O L I T I K
Z W I S C H E N
E I G E N -
T Ü M E R - U N D
M I E T E R -
I N T E R E S S E N
A L



WYŻSZA SZKOŁA PEDAGOGICZNA W RZESZOWIE

TERRITORIAL BASE OF SOCIAL STRUCTURES

Edited by
KAZIMIERZ Z. SOWA and WENDELIN STRUBELT

Proceedings of the Sixth Polish - German
Symposium on Urban and Regional Sociology
Sienlawa, July 15th to 22nd, 1989

RZESZÓW 1992

Contents

Mietermitbestimmung in den Niederlanden <i>Helga Fassbinder</i>	112	7. Genossenschaftliche Modelle und Lösungen - Beispiele und Probleme	
5. Wohnungs- und Wohnungsteilmärkte unter veränderten Bedingungen in den 90er Jahren		Genossenschaft als Übernahmehmodell - die Mietergenossenschaft Sendling-Moosach-Giesing e. G. in München <i>Christian Herde</i>	238
Wohnungspolitische Zielsetzungen für städtische Wohnungsbestände in Hamburg <i>Knut Gustafsson</i>	126	Ziele und Probleme einer Genossenschaftsgründung - die Genossenschaft der Fritz-Schumacher-Siedlung Langenhorn e. G. <i>Bernd Brunhöver</i>	253
Chancen für die Erhaltung kommunaler Wohnungsbestände <i>Michael Sachs</i>	144	Behutsame und ökologische Sanierung, Mieterselbstverwaltung und intermediäre Organisationen - das Erhaltungskonzept für die Falkenried-Terrassen in Hamburg <i>Manuel Osório</i>	261
Können gesellschaftlich und ökonomisch ausgegrenzte Gruppen über kommunale Wohnungsbestände versorgt werden? <i>Jürgen Evers / Wolfgang Pickert</i>	153	8. Kommunale Wohnungspolitik und Mieterbewegungen	
Wirtschaftliche und gesellschaftliche Umstrukturierungen und Grenzen kommunaler Wohnungsbestandpolitik <i>Jens S. Dangschat</i>	161	Die Mieter der Hohnerkamp-Siedlung zwischen Immobilien-Spekulanten, baulichem Verfall, Modernisierungsabsichten und sicherem Wohnen <i>Wilfried Lempfuhr</i>	272
Differenzierungs-, Polarisierungs- und Deregulationsprozesse im kommunalen Wohnungsbestand in Hamburg <i>Dirk Schubert / Michael Ferner</i>	180	"Weil wünschen und Gegenwehr allein nicht reicht" - zur Zukunft städtischer Wohnungsbestände in Hamburg <i>Achim Woens</i>	291
6. Strategien und Modelle im kommunalen Wohnungsbestand		9. Anhang	
Soziale Trägerformen für preiswerte Wohnungsbestände unter den Bedingungen sozialer Polarisierung - die Stiftung "Sozial wohnen - selbst verwalten", Hamburg <i>Barbara Kayser / Peter Schroeders</i>	206	Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V.: Gründungshilfe Was ist eine Genossenschaft? Darstellung der Rechtsgrundlagen	300
Kommunale Wohnungspolitik und Wohnprojekte im Alt- und Neubau <i>Herbert Brinkmann</i>	218	Gemeinsam planen, zusammen wohnen. Ein Leitfaden für Wohngruppenprojekte in Düsseldorf. Eine Information der Landeshauptstadt Düsseldorf.	307
		Johann Daniel Lawaetz-Stiftung: Leitfaden für Genossenschafts-GründerInnen	315
		Die Autorinnen und Autoren	329

Preface	5	The Interconnections between the Individual Level and Spatial Ag- gregates by Jens S. Dangschat, Hamburg	165
I. Territory - Culture - Politics		Strategies of Local Authorities in Poland by Andrzej Kowalczyk, Warsaw	187
Decline and Renaissance of Localism in the 20th Century by Kazimierz Z. Sowa, Rzeszów	11	Organization and Consciousness: On Determining Factors of Urban Communities by Krzysztof Frysztański, Cracow	203
Thinking Globally and Acting Locally: Global Arguments for Local Reform by Bernd Hamm, Trier	27	IV. Towns and Villages in Transition	
Operating between Small Units and Large-Scale Social Structures: the Case of Voluntary Welfare Associations in the USA and West Germany. A Socio-historical Comparison by Rudolph Bauer, Bremen	41	The West-German Village as Locally Oriented Social System at the Crossroads between Social Change and Governmental Policies by Wendelin Strubelt, Bonn	213
Regional and Local Development in a Socialist Economy before Reforms (on the example of Poland) by Grzegorz Gorzalek, Warsaw	71	Chances for Small Cities: Do They Profit from Decentralization of Metropolitan Areas? by Rainer Mackensen, Berlin	245
Local Authorities and Central Political Institutions by Wiesław Gumula, Rzeszów	85	Identification of Local and Central Factors in the Functioning of a Town (from experiences of studies relating to an average town- ship in the Wrocław district) by Władysław Misiak, Wrocław	271
II. Locality as a Social Phenomenon		Waldkraiburg - a New Residential and Industrial Town in a Rural Area. Questions of Investigation Concerning its Future Development by Rainer Sterand, Dortmund	285
The Meaning of the Local Entity: Locality and Urban Sociology by Walter Siebel, Olenburg	99	Space and Urban Local Communities: The Study of the Sociology of Everyday Life by Marek S. Szczepański, Katowice	307
On the Local Identity by Bohdan Jakowiecki, Warsaw	109	The Role of Tradition in Formation of Urban Centres (as exemplified by the cities of Rzeszów and Jarosław) by Anna Bańkuk and Jerzy Chłopecki, Rzeszów	331
Locality as Homeland by Zbigniew Pucek, Cracow	131	The City as a Cultural Phenomenon. An Attempt to Conceptualize Warsaw's Social Atlas by Krzysztof Herbst, Warsaw	351
III. Social and Economic Processes in Local Communities			
Between Economy and the New Feudalism: The Role of Enterprises in the Territorial Development of Czechoslovakia by Michal Illner, Prague	153		

Das Buch kann gegen einen geringen Unkostenbeitrag bestellt werden bei:
Wendelin Strubelt
c/o Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Postfach 20 01 30,
5300 Bonn 2



EUROPÄISCHE PROVINZ WEIMAR
Schriften der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

INHALTSVERZEICHNIS

1.	SOZIALE DIMENSIONEN DER STADT	1	5.5.	Empfohlene Planungsziele	122
1.	<u>Europäische Provinz Weimar - Deutung und Selbstdeutung</u>	1	6.	<u>Weimar Nord</u>	124
	Christine Weiske / Uta Schäfer			Birgit Schmidt	
2.	<u>Kulturstadt Weimar</u>	15	6.1.	Das Gebiet	124
	Birgit Schindhelm / Frank Schröder		6.2.	Probleme und Potentiale	126
2.1.	(Un)voreingenommene Beobachtungen bei einem Spaziergang durch Weimar	15	6.3.	Zusammenfassung	137
2.2.	Prolog	18	7.	<u>Landfried</u>	141
2.3.	Erster Blick auf die Kulturstadt Weimar	19		Katja Rempel	
2.4.	Der zweite Blick auf die Kulturstadt Weimar	19	7.1.	Das Gebiet	141
2.5.	Einkauf und Stadterleben	19	7.2.	Entstehung und Entwicklung des Gebietes	142
2.6.	Essen, Trinken, Gastlichkeiten	23	7.3.	PRO Wohnfunktion	147
2.7.	"Kulturstätten"	28	7.4.	Schlußfolgerungen	155
2.8.	Selbstgemacht - Alternativen	37	III.	METHODISCHE PROBLEME	157
2.9.	Zusammenfassung	45	8.	<u>Weimar in der Wende - Untersuchungsansatz und Methodenkritik</u>	157
2.10.	Ausblicke	47		Uta Schäfer	
3.	<u>Weimar weiblich</u>	52	8.1.	Wendezeiten I	157
	Uta Schäfer		8.2.	Methodenauswahl	158
3.1.	Die Lebensbedingungen von Frauen und Männern in Weimar	53	8.3.	Auswahl der Untersuchungsgebiete	159
3.2.	Frauenräume - Männeräume?	61	8.4.	Zur Repräsentativität der Gesprächsstichprobe	162
3.3.	Ausblicke	89	8.5.	Wendezeiten II	163
II.	WEIMARER WOHNMILIEUS	97	9.	<u>Sozialpsychologische Prozeßbegleitung des Leitungsteams</u>	167
4.	<u>Soziale Beziehungen im Wohnumfeld: Familie und Nachbarschaft</u>	97		Olaf Hauer	
	Christine Weiske		9.1.	Einleitung	167
5.	<u>Südviertel 1990</u>	107	9.2.	Mein Verständnis von Gruppen und sozial-psychologischer Gruppenarbeit	168
	Rosalinde Rasche		9.3.	Meine Aufgaben in Weimar	170
5.1.	Das Gebiet	107	9.4.	Die verwendeten Methoden	171
5.2.	Räumlich-räumliche Analyse	109	9.5.	Ergebnisse und Erfahrungen	174
5.3.	Sozial-räumliche Analyse	113	9.6.	Einschätzungen und Ausblicke	180
5.4.	Entwicklungspotentiale	120	9.7.	Ein abschließendes Wort in eigener Sache	182
				Die Autoren	185

Auszug aus den "Schnellinformationen" der BfLR über neue erworbene Literatur für die Bibliothek

BEAB Schmoll, Fritz
TITL Metropolis Berlin? Prospects and problems of post-November 1989 urban developments.
IMPR In: Internat.J.of urban and regional Res., London 14(1990)Nr.4, S.676-686, Lit.
SACH Stadtentwicklung, Großstadt, Wirtschaftspolitik, Standortfaktor, Städtebaupolitik, Sozialstruktur, Regional, Zukunft
REGI Berlin
SIGN BfLR; Z 2566

BEAB Esser, Hartmut (Hrsg.); Friedrichs, Jürgen (Hrsg.)
TITL **Generation und Identität.** Theoretische u. empirische Beiträge zur Migrationssoziologie.
IMPR Opladen: Westdt.Verl. 1990. 344 S., Abb., Tab.; Lit. =Stud.z.Sozialwiss. Bd.97
SACH Ausländer, Volksgruppe, Sozialpsychologie, Räumliche Identität, Segregation, Biographie, Familie, Kultur, Sozialpolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 712

BEAB Henckel, Dietrich
TITL Berlin, die Städte und das Teilen. Gedanken zur Zukunft des deutschen Städtesystems.
IMPR In: Stadtbauwelt, Gütersloh 109(1991), S.574-577, Lit.
SACH Siedlungsstruktur, Stadtentwicklung, Regionalentwicklung, Stadtregion, Großstadt
REGI Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland, BB, MV, SN, ST, TH, Berlin
SIGN BfLR; Z 264a

TITL Stadt und Raum. Soziologische Analysen.
IMPR Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft 1991. 207 S., Abb.; Tab.; Lit.=Stadt,Raum u.Gesell. Bd.1
SACH Raumentwicklung, Stadtentwicklung, Sozialwandel, Sozialwissenschaft, Stadtsoziologie, Historische Raumforschung, Stadt-Land-Beziehungen, Wohnen
SIGN BfLR; A 11 338

BEAB Böhret, Carl
KORP Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Hrsg.)
TITL Die Mittelstadt. Eine Vision für 2022.
IMPR Speyer 1991. 63 S., Abb.; Tab.; Lit.=Speyerer Arbeitsh. 92
SACH Stadtentwicklung, Mittelstadt, Gesellschaft, Bevölkerungsstruktur, Sozialstruktur, Stadtgeschichte, Kultur, Regional, Stadtgestalt, Freifläche, Kommunikation, Kommunalpolitik, Szenario
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 21 288

BEAB Grundmann, Siegfried; Müller-Hartmann, Irene; Schmidt, Ines
KORP Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien -BISS- (Hrsg.)
TITL Ausländer in Ostdeutschland. Eine soziologische Studie.
IMPR Berlin 1990. 555 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Ausländer, Regional, Herkunftsgebiet, Sozialstruktur, Wanderungsmotivation, Lebensqualität, Wohnen, Einkommen, Arbeit, Sozialbeziehung, Befragung
REGI Ostdeutschland, BB, MV, SN, ST, TH
SIGN BfLR; C 21 101

- BEAB Henckel, Dietrich; Hollbach, Beate
KORP Deutsches Institut für Urbanistik -Difu-, Berlin (Hrsg., Verant.)
TITL Neue Techniken auf alten Flächen. Der Beitrag technintensiver Betriebe zur Revitalisierung des Ruhrgebiets. Zus. dt.; engl.
IMPR Berlin 1991. 167 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Difu-Beitr.z.Stadtforsch. 2
SACH Strukturwandel, Regional, Industrieregional, Technologie, Gewerbliche Brachfläche, Altlasten, Betriebsgründung, Standortfaktor
REGI Ruhrgebiet, NRW
SIGN BfLR; B 11 812
- BEAB Monheim, Heiner; Monheim-Dandorfer, Rita
TITL Straßen für alle. Analysen u. Konzepte zum Stadtverkehr der Zukunft.
IMPR Hamburg: Rasch u.Röhring 1990. 530 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Stadtverkehr, Verkehrsplanung, Verkehrspolitik, Stadtplanung, Umweltverträglichkeit, Verkehrsverhalten, Verkehrsmittelwahl, Öffentlicher Personennahverkehr, Fahrradverkehr, Fußgängerverkehr
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 738
- BEAB Winkler, Gunnar (Hrsg.)
TITL Frauenreport '90.
IMPR Berlin/Ost: Verl.Die Wirtschaft 1990. 256 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Frau, Berufsausbildung, Berufsqualifikation, Frauenerwerbstätigkeit, Familie, Gesundheit, Rentner, Kriminalität, Politik, Gesellschaft, Partei, Partizipation
REGI DDR
SIGN BfLR; B 11 691
- BEAB Brückner, Jürgen; Schmitt, Walter
TITL Suburbanisierung und die Zuordnung von Wohnen und Arbeiten. Eine Untersuchung zur Entwicklung von Standortstrukturen u. Verflechtungsbeziehungen in Verdichtungsräumen am Beispiel des östlichen Ruhrgebietes.
IMPR Dortmund: Dortmunder Vertrieb f.Bau-u.Planungslit. 1988. ca. 579 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Stadtumland, Verstädterung, Standortvorsorgeplanung, Wohnstandort, Industriestandort, Dienstleistungsstandort, Bevölkerungswanderung, Intraregional, Aktionsraum, Pendlerverkehr
REGI Dortmund/Raum, Ruhrgebiet, NRW
SIGN BfLR; A 11 353
- KORP Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Institut für Kommunalwissenschaften,
TITL Sankt Augustin (Hrsg.)
IMPR Stadtplanung und Städtebau.
SACH Düsseldorf: Kommunal-Verl. 1990. 54 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Arbeitsh.z. Kommunalpolit. 1
REGI Stadtplanung, Städtebau, Städtebauziel, Städtebaupolitik, Stadterneuerung, Stadtentwicklung, Sozialwandel, Stadtökologie, Städtebaurecht, Baugesetzbuch, Bauleitplanung
SIGN Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 21 115
- BEAB Hesse, Joachim Jens (Hrsg.)
TITL Kommunalwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland.
IMPR Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1989. 501 S., Abb.; Tab.; Lit.; Re.=Schr.z.kommunalen Wiss.u.Prax. Bd.2
SACH Kommunalwissenschaft, Stadtforschung, Stadtgeschichte, Städtebaurecht, Stadtökonomie, Stadtgeographie, Stadtplanung, Sozialwissenschaft, Kultur, Stadtökologie, Literaturbericht
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 765
- BEAB Seggern, Hille von (Bearb.); Kotzke, Gabriele (Bearb.); Leiska, Christiane (Bearb.)
KORP Ohrt-v.Seggern-Partner, Architektur-Städtebau-Stadtforschung, Hamburg (Bearb.); Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Hrsg., Auftr.)
TITL Studentisches Wohnen - Ungewöhnliche Beispiele. Forschungsvorhaben des Experimentellen Wohnungs- u. Städtebaus.
IMPR Bonn 1991. 163 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Wohnen, Wohnung, Wohnheim, Studenten
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 829
- BEAB Pfeiffer, Ulrich
TITL Das Wachstum steuern. Wie bewältigen wir die Explosion der Flächenansprüche?
IMPR In: Stadtbauwelt, Gütersloh 107(1990), S.1784-1791, Abb.; Lit.
SACH Stadtplanung, Flächenbedarf, Verkehrsplanung, Wirtschaftsplanung, Dezentralisation, Kosten, Preis, Technologie, Planungscoordination
SIGN BfLR; Z 264a
- BEAB Gatzweiler, Hans-Peter
TITL Vereint, aber noch weit auseinander. Regionale Disparitäten in Deutschland.
IMPR In: Stadt u.Umwelt, Berlin (1990)Nov., S.8-11, Kt.; Lit.
SACH Regionale Disparität, Raumplanungsziel, Raumordnung, Raumplanungspolitik, Informationssystem, Raumentwicklung, Regionalisierung, Dezentralisation, Themakarte
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; Z 585
- BEAB Diehr, Marion (Proj.-Ltg.); Hermann, Günter (Proj.-Ltg.)
KORP Daimler-Benz AG, Forschungsinstitut Berlin (Hrsg.)
TITL Struktur- und Funktionswandel der Region Berlin.
IMPR Berlin 1990. III, 122 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Großstadt, Stadtregion, Strukturwandel, Regionalanalyse, Stadtentwicklung, Stadtplanung, Regionalplanung, Hauptstadt, Arbeitsmarkt, Kriminalität, Ausländer, Sozialstruktur
REGI Berlin/Raum, BLN, BB
SIGN BfLR; C 21 514
- BEAB Hamm, Rüdiger; Wienert, HeImut
KORP Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen (Hrsg.)
TITL Strukturelle Anpassung altindustrialisierter Regionen im internationalen Vergleich.
IMPR Berlin: Duncker u.Humboldt 1990. 327 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr.d. Rhein.-Westf.Inst.f.Wirtschaftsforsch. N.F. H.48
SACH Industrieregion, International, Regionalanalyse, Strukturwandel, Wirtschaftsentwicklung, Produktionsfaktor, Regionale Wirtschaftspolitik, Erfolgskontrolle
REGI Pittsburgh/Pa./Region, Lowell/Mass./Raum, USA, West Midlands/Region, Großbritannien, Saar-Lor-Lux-Region, SSARL, RHPF, Lothringen, Luxemburg, Roubaix/Raum, Tourcoing/Raum, Frankreich, Ruhrgebiet, Mönchengladbach
SIGN BfLR; B 11 762
- BEAB Smith, Michael Peter (Hrsg.); Geagin, Joe R. (Hrsg.)
TITL The capitalist city. Global restructuring and community politics.
IMPR Oxford: Blackwell 1991. 393 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Ideas
SACH Stadtentwicklung, International, Kapitalismus, Informelle Wirtschaft, Städtebaupolitik, Arbeitsteilung, Städteökonomie, Kapital, Bürgerinitiative
REGI USA, Europa, Lateinamerika
SIGN BfLR; B 11 839
- BEAB Rietdorf, Werner (Bearb.); Baeseler, Horst (Bearb.); Pfau, Wilfried (Bearb.); Hultsch, Manfred (Bearb.); Thiemann, Hans (Bearb.); Schultz, Harald (Bearb.); Güther, Harald (Bearb.); Wurbs, Peter (Bearb.); Kohl, Inge (Bearb.); Koven, Karin (Bearb.); Schulze, Dieter (Bearb.)
KORP Bauakademie, Institut für Städtebau und Architektur, Berlin (Bearb.); Institut für Bauwerkserhaltung und Sanierung (Bearb.); Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Hrsg.; Auftr.)
TITL Vitalisierung von Großsiedlungen. Expertise. Informationsgrundlagen zum Forschungsthema Städtebauliche Entwicklung von Neubausiedlungen in den fünf neuen Bundesländern. Forschungsvorhaben des Experimentellen Wohnungs- u. Städtebaus.
IMPR Bonn 1991. 213 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Stadterneuerung, Wohnungsmodernisierung, Wohnsiedlung, Neuer Stadtteil, Wohnumfeld, Bestandsaufnahme, Planungsgrundlage, Städtebau, Modellvorhaben
REGI Ostdeutschland, BB, MV, SN, ST, TH, Dessau, Magdeburg, ST, Brandenburg/Havel, BB, Rostock, MV, Berlin-Marzahn, BLN
SIGN BfLR; B 11 830
- BEAB Higers, Wolfgang W.
TITL Lebensraum, Sozialisation und Identitätsbildung. Sozialökologische sowie umweltpsychologische Erklärungsansätze zur symbolischen Ostbezogenheit. Zus.dt.
IMPR Düsseldorf 1990. 197 S., Abb.; Tab.; Lit. Phil.Diss.; Düsseldorf 1990
SACH Räumliche Identität, Sozialökologie, Umweltpsychologie, Stadtraum, Wohnungsmobilität, Sozialstruktur
SIGN BfLR; A 11 384
- BEAB Blanke, Bernhard (Hrsg.); Wollmann, Hellmut (Hrsg.)
TITL Die alte Bundesrepublik. Kontinuität u. Wandel.
IMPR Opladen: Westdt. Verl. 1991. 579 S., Abb.; Tab.; Lit.=Leviathan. S.-H.12
SACH Staat, Verfassung, Föderalismus, Politik, Gesellschaft, Politikwissenschaft, Sozialwandel, Strukturwandel
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 878
- KORP Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (Hrsg.)
TITL Zur geschichtlichen Entwicklung der Raumordnung, Landes- und Regionalplanung in der Bundesrepublik Deutschland.
IMPR Hannover 1991, XV, 455 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Forsch.-u.Sitzungsber. Akad.f.Raumforsch.u.Landesplanung. Bd.182
SACH Raumplanung, Raumordnung, Landesplanung, Regionalplanung, Planungsorganisation, Geschichte
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 794
- BEAB Nerb, Gernot (Bearb.); Reuter, J. (Bearb.); Graf, H. A. (Bearb.); Schückhaus, U. (Bearb.); Ruppert, W. (Mitarb.); Städtler, A. (Mitarb.)
KORP Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung e.V., München (Bearb., Hrsg.); Kienbaum Unternehmensberatung GmbH, Düsseldorf (Bearb., Hrsg.); Hamburg, Wirtschaftsbehörde (Auftr.)
TITL Auswirkungen der Vollendung des EG-Binnenmarktes, der deutschen Vereinigung sowie der Öffnung der osteuropäischen Märkte auf Hamburg. Gemeinschaftsgutachten.
IMPR München 1991. 235 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH EG-Binnenmarkt, Wirtschaftsentwicklung, International, Regional, Wirtschaftsraum, Wirtschaftssektor, Unternehmenspolitik, Wettbewerb, Interregional, Standortfaktor, Infrastruktur
REGI Hamburg
SIGN BfLR; C 21 717
- BEAB Bachtler, John (Hrsg.)
KORP Univ. of Strathclyde, European Policies Research Centre, Glasgow (Hrsg.); European Communities, Commission, Brüssel (Auftr.)
TITL Socio-economic situation and development of the regions in the neighbouring countries of the Community in central and eastern Europe. Final report to the European-Commission - Summary report-.
IMPR Glasgow 1991. 144 S., Kt.; Tab.; Lit.
SACH Raumentwicklung, International, Politik, Bevölkerungsentwicklung, Arbeitsmarkt, Sozialprodukt, Einkommen, Investition, Umwelt, Infrastruktur, Regionale Disparität, Regionalpolitik
REGI Europa/Mitte, Europa/Ost, DDR, Bulgarien, Ungarn, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien
SIGN BfLR; C 21 702
- BEAB Wolch, Jennifer R. (Hrsg.); Dear, Michael J. (Hrsg.)
TITL The power of geography. How territory shapes social life.
IMPR Boston/Mass.: Unwin Hyman 1989. XVI, 393 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
SACH Geographie, Gesellschaft, Kapitalismus, Produktion, Verbrauch, Sozialgruppe, Arbeitsplatzmobilität, Frauenerwerbstätigkeit, Staat, Sozialpolitik, Privatisierung
SIGN BfLR; B 11 846
- BEAB Gottdiener, Mark (Hrsg.); Komminos, Nicos (Hrsg.)
TITL Capitalist development and crisis theory; Accumulation, regulation and spatial restructuring.
IMPR Houndmills: Macmillan 1989. XV, 408 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Wirtschaftsentwicklung, International, Strukturwandel, Kapitalismus, Wirtschaftstheorie, Konjunktur, Außenhandel, EG, Kapitalmarkt, Wohlfahrtsökonomie, Regionale Disparität, Raumentwicklung
REGI USA, großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Europa
SIGN BfLR; B 11 851
- BEAB Ache, Peter; Bremm, Heinz-Jürgen; Kunzmann, Klaus R.
KORP Univ. Dortmund, Fachbereich Raumplanung, Institut für Raumplanung - IRPUD - (Hrsg.); Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Auftr.)
TITL Das Binnenmarktprojekt: Konsequenzen für die Raum- und Siedlungsstrukturen der Bundesrepublik Deutschland. 1. Arbeitsbericht aus dem Forschungsprojekt: Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes auf die Raum- u. Siedlungsstruktur des Bundesgebietes -EBIRAS-. Vorstudie
IMPR Dortmund 1990. 41 S., Abb.; Lit.=Arbeitspapier. 92
SACH EG-Binnenmarkt, Raumentwicklung, Siedlungsstruktur, Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftsentwicklung, Technologie, Politik, Verkehr, Wohnen, Gesellschaft, Umwelt
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 21 574
- KORP Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW-, Projektgruppe "Das Sozio-ökonomische Panel", Berlin (Hrsg.)
TITL Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern.
IMPR Frankfurt/M.: Campus Verl. 1991. 360 S., Abb.; Tab.; Lit.=Sozio-ökon.Daten u.Anal.f.d.Bundesre.Dtld. Bd.5
SACH Lebensqualität, Regional, Sozialstruktur, Einkommen, Wohnen, Arbeit, Zeitbudget, Verhalten, Indikator, Befragung
REGI Ostdeutschland, BB, MV, SN, ST, TH
SIGN BfLR; A 11 468

BEAB Ribhegge, Wilhelm
 TITL Europa - Nation - Region. Perspektiven der Stadt- u. Regionalgeschichte.
 IMPR Darmstadt: Wiss.Buchgesellschaft 1991. XIV, 388 S., Lit.
 SACH Historische Raumerforschung, Stadtgeschichte, Politik, Partei, Gesellschaft, Konfession, Kultur, Regional, Kommunalpolitik
 REGI Europa, Rheinland, Westfalen, Hamm, Düsseldorf, Ruhrgebiet, Nordrhein-Westfalen, Deutschland, Estland, Lettland
 SIGN BfLR; B 11 896

KORP Deutsches Institut für Urbanistik - Difu-, Berlin (Hrsg.)
 TITL Urbanität in Deutschland.
 IMPR Stuttgart: Kohlhammer 1991. 173 S., Tab.; Lit.=Schr.d.Dt.Inst.f.Urbanistik. Bd.83
 SACH Stadtentwicklung, Städtebauziel, Städtebaupolitik, Stadtplanung, Sozialismus, Kultur, Regional, Wohnungsbau, Stadtgestalt, Stadterneuerung
 REGI Hamburg, Leipzig, Dresden, SN, Berlin, Rostock, MV, Frankfurt/Oder, BB, Ostdeutschland, BB, MV, SB, ST, TH, Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; B 11 946

BEAB Frieling, Hans-Dieter von (Hrsg.); Strassel, Jürgen (Hrsg.)
 TITL Stadtentwicklung, Weltmarkt, nationales Wirtschaftswachstum. Studien zum Prozeß der Stadtentwicklung in europäischen Zentrums- u. Peripherieländern. Band 1-2.
 IMPR Oldenburg/Oldb.: Bibl.-u.Informationssyst.d.Univ. Oldenburg 1986. ca. 572 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Stadtentwicklung, Stadtökonomie, Wirtschaftsentwicklung, International, Wirtschaftsordnung, Wirtschaftskooperation, EG, Kapitalmarkt, Wirtschaftswachstum, Strukturwandel
 REGI Europa/West, Irland, Spanien, Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; A 11 533/1-2

TITL France-Allemagne. Themenheft.
 IMPR In: Econ.et Statist., Paris 246/247(1991), 139 S., Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Politik, Wirtschaftsentwicklung, Währung, Arbeitsmarkt, Sozialprodukt, Außenhandel, Produktivität, Investition, Berufsausbildung, Szenario, Forschungspolitik, Wirtschaftspolitik
 REGI Frankreich, Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; Z 2382

TITL Spuren und Strukturen der deutschen Einheit. Themenheft.
 IMPR In: WSI-Mitteilungen, Köln 44(1991)H.11, S.653-708, Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslohn, Strukturpolitik, Umweltpolitik, Regional, Chemieindustrie, Arbeitsmarktpolitik, Unternehmen, Innovation, Produktion, Gewerkschaft
 REGI Ostdeutschland, BB, MV, SN, ST, TH, Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; Z 418

KORP Evangelische Akademie Loccum, Rehburg-Loccum (Hrsg., Veranst.); Kulturpolitische Gesellschaft e.V., Hagen (Hrsg., Veranst.)
 TITL Lebensstil und Gesellschaft - Gesellschaft der Lebensstile? Neue kulturpolitische Herausforderungen. Materialien u. Diskussionsergebnisse des 30. Loccumer Kulturpolitischen Kolloquiums vom 23. bis 25. Febr.1990 in Loccum.
 IMPR Regubrg-Loccum 1991. 243 S., Lit.=Loccumer Prot.6-90/Dokumentation. 39
 SACH Gesellschaft, Sozialwandel, Wertvorstellung, Lebenshaltung, Stadt, Kultur, Regional, Medien, Jugend, Biographie, Sozialwissenschaft, Politik
 REGI München, BAYR, Berlin, Köln, NRW, Bundesrepublik Deutschland, DDR, Glasgow, Großbritannien
 SIGN BfLR; Y 448/186

BEAB Strubelt, Wendelin
 TITL Verstädterung. Die Entwicklung der Städte u. der Agglomerationsräume in der Bundesrepublik Deutschland.
 IMPR In: Städte-u.Gemeindegewandlung, Göttingen 45(1990)9, S.322-332, Lit.
 SACH Verstädterung, Stadtentwicklung, Siedlungsstruktur, Raumerforschung
 REGI Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; Z 239b

BEAB Keim, Karl-Dieter (Hrsg.); Werner, Alexandra (Hrsg.)
 KORP Univ. Bamberg, Fakultät für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften(Hrsg.)
 TITL Leipzig - Aufbruch oder Abbruch? Probleme des Übergangs bei der ostdeutschen Stadtentwicklung.
 IMPR Bamberg 1991. 122 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.z.Urbanistik u. Sozialplanung
 SACH Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnungsversorgung, Regional
 REGI Leipzig, SN
 SIGN BfLR; C 21 706

Ausgewählte Veröffentlichungen
 der Bundesforschungsanstalt für
 Landeskunde und Raumordnung

Informationen zur
 Raumentwicklung

Regionale Disparitäten in der
 Wohnungsverversorgung
 Heft 5/6.1991, DM 14,--

Räumliche Probleme der Ausländerintegration
 Heft 7/8.1991, DM 14,--

Materialien zur
 Raumentwicklung

Raumentwicklung in den alten und neuen
 Bundesländern. Arbeitsbeiträge zum
 Raumordnungsbericht der Bundesregierung 1991
 Heft 41, DM 14,--

Wohnsituation Alleinerziehender
 Heft 43, DM 14,--

Die Veröffentlichungen sind über den Buchhandel zu beziehen oder beim
 Selbstverlag der BfLR, Postfach 20 01 30, 5300 Bonn 2